

Fachhochschule Dortmund

Fachbereich 7: Sozialarbeit

Sozialarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika – zu Situation und Aussichten mit Beispiel in Bolivien

Als Diplomarbeit vorgelegt von:

Thomas Riebe
Münsterstr. 153

44145 Dortmund

Dortmund, 25.05.2001

1. Prüfer: Prof. Baldur Schruba
2. Prüfer: Prof. Dr. Franco Rest

Inhaltsverzeichnis

<u>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS:</u>	4
<u>TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS</u>	6
<u>EINLEITUNG</u>	7
1 <u>ENTWICKLUNGSPROBLEMATIK</u>	10
1.1 <u>Begriffsklärungen</u>	10
1.1.1 <u>Entwicklung</u>	10
1.1.2 <u>Entwicklungshilfe/ -zusammenarbeit</u>	14
1.1.3 <u>Entwicklungsländer</u>	18
1.1.4 <u>Dritte Welt</u>	20
1.2 <u>Entwicklungstheorien</u>	24
1.2.1 <u>Wachstumstheorie</u>	25
1.2.2 <u>Modernisierungstheorie</u>	27
1.2.3 <u>Dependenztheorie</u>	30
1.2.4 <u>Grundbedürfnisstrategie</u>	32
1.2.5 <u>Sustainable Development</u>	35
1.3 <u>Vier Dekaden Entwicklungspolitik</u>	37
1.3.1 <u>Ausgangsbedingungen</u>	37
1.3.2 <u>Erste Entwicklungsdekade, 1961 – 1970</u>	39
1.3.3 <u>Zweite Entwicklungsdekade, 1971 – 1980</u>	41
1.3.4 <u>Dritte Entwicklungsdekade, 1981- 1990</u>	44
1.3.5 <u>Vierte Entwicklungsdekade, 1991 – 2000</u>	48
1.4 <u>Problembereiche Lateinamerikas</u>	54
1.4.1 <u>Ernährung</u>	55
1.4.2 <u>Gesundheit</u>	56
1.4.3 <u>Bevölkerungsentwicklung</u>	59
1.4.4 <u>Verstädterung</u>	60
1.4.5 <u>Umweltzerstörung</u>	62
1.4.6 <u>Politische Instabilität</u>	64
1.4.7 <u>Drogenproblematik</u>	66

<u>2</u>	<u>SOZIALARBEIT IN LATEINAMERIKA</u>	78
<u>2.1</u>	<u>Entwicklung der Sozialarbeit in Lateinamerika</u>	79
<u>2.2</u>	<u>Arbeitsfelder der Sozialarbeit</u>	84
<u>2.3</u>	<u>Die Rolle der katholischen Kirche (als Beispiel einer NRO)</u>	89
<u>2.4</u>	<u>Gemeinwesenarbeit (GWA)</u>	93
<u>2.5</u>	<u>Unterschiedliche Ansichten von Sozialarbeit</u>	96
<u>2.6</u>	<u>Praxisbeispiel Cochabamba, Bolivien</u>	98
2.6.1	<u>Persönlicher Hintergrund</u>	98
2.6.2	<u>Bolivien, eine kurze Darstellung</u>	99
2.6.3	<u>Vorstellung des Projektes</u>	101
2.6.4	<u>Kinderdorf „Aldea de Niños (‘Cristo Rey’)”</u>	102
2.6.5	<u>Schule „Colegio Particular Mixto Suizo-Aleman”</u>	103
2.6.6	<u>Gefängnisseelsorge „Solidaridad Carcelaria Cochabamba”</u>	104
2.6.7	<u>‘Urwaldpfarrei’ „Parroquia del Proyecto Santisima Trinidad”</u>	106
2.6.8	<u>Finanzierung</u>	106
2.6.9	<u>Bewertung des Projektes</u>	107
2.6.9.1	<u>Befunde:</u>	108
2.6.9.2	<u>Schlussfolgerungen:</u>	110
<u>3</u>	<u>SOZIALARBEIT IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT</u>	112
3.1.1	<u>Zusammenhang von Sozialarbeit und Entwicklungszusammenarbeit</u>	113
3.1.2	<u>Situation (beispielhaft dargestellt am DED)</u>	115
3.1.3	<u>Probleme</u>	122
3.1.4	<u>Aussichten und Fazit</u>	127
<u>4</u>	<u>LITERATUR</u>	136
	<u>ANHANG</u>	143

Abkürzungsverzeichnis:

AGEH	Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe
AKP-Staaten	Afrika-Karibik-Pazifik Staaten
BIP/ BSP	Bruttoinlandsprodukt/ Bruttonsozialprodukt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenar- beit und Entwicklung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CD/ GWA	Community Development/ Gemeinwesenarbeit
CEPAL	UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika
DAC	Development Assistance Committee (der OECD)
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
EL	Entwicklungsland/ -länder
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GTZ	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenar- beit
IDA	International Development Association
IL	Industrieland/ -länder
ISFW	International Federation of Social Workers
IWF	Internationaler Währungsfond
LDC	Less Developed Country
LLDC	Least Developed Country
LIC	Low Income Country
NGO/ NRO	Non-Governmental Organisation/ Nicht- Regierungsorganisation
NIC	Newly Industrialized Country
ODA	Official Development Aid
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Deve- lopment
OPEC	Organisation for the Petroleum Exporting Countries

PKE	Pro-Kopf-Einkommen
PZ	Personelle Zusammenarbeit
TZ	Technische Zusammenarbeit
UN	United Nations
UNDCP	United Nations Drug Control Programme
UNDP	United Nations Development Programme
UNODCCP	United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention
WCED	UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung
WHO	World Health Organisation
ZPM	Zentrum-Peripherie-Modell

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabellen:

Tabelle 1:	Hierarchie von elementaren Lebenszielen.....	34
Tabelle 2:	Durchschnittliche Wachstumsraten des Volkseinkommens pro Kopf zu konstanten Preisen.....	44

Abbildungen:

Abbildung 1:	Illegaler Kokaanbau in den 90er Jahren.....	69
Abbildung 2:	Arbeitsfelder sozialer Berufe in der Zusammenarbeit des DED mit Lateinamerika.....	119
Abbildung 3:	Entwicklungshelfer des DED in der Gemeinwesenarbeit.....	120

Einleitung

Interkulturelle Erfahrung scheint im Rahmen der Sozialarbeit immer wichtiger zu sein, bedenkt man die steigende Zahl von ausländischen Mitbürgern und den Fakt, dass gerade diese Bevölkerungsgruppe häufig Empfänger sozialer Dienstleistungen ist. Die Sozialarbeiterausbildung hierzulande bietet wenig Möglichkeiten, sich in dieser Richtung kundig zu machen, so dass die Frage entsteht, woher solche interkulturelle Erfahrung kommen soll. Auslandseinsätze bieten sich somit an, solche Kenntnisse zu gewinnen und die Anwendbarkeit auf hiesige Verhältnisse zu überprüfen.

In diesem Zusammenhang bietet das Feld der Entwicklungszusammenarbeit sinnvolle Möglichkeiten dazu.

Bei näherer Betrachtung wird man feststellen, dass Sozialarbeit und Entwicklungszusammenarbeit viele Gemeinsamkeiten haben, obwohl dies nicht unbedingt sofort ersichtlich ist. Aber gerade die inhaltliche Nähe beider Begriffe und die Ähnlichkeiten ihrer Arbeitsmethoden, die sich einem bei Beschäftigung mit diesem Thema präsentieren, scheint Sozialarbeit für die Mitarbeit zu prädestinieren. Dies scheint den Einsatz in der Entwicklungszusammenarbeit in zweifacher Hinsicht sinnvoll zu machen, nämlich einen Nutzen für die Sozialarbeit im Heimat- wie auch für die gesellschaftliche Entwicklung im fremden Land zu erzielen.

Die eigene Erfahrung des Autors durch ein Praktikum in Bolivien bildete die Grundlage wie auch eine Bestärkung in dem Vorhaben, die Zusammenhänge von Entwicklungszusammenarbeit und Sozialarbeit zu erforschen sowie die Möglichkeiten einer Beschäftigung in diesem Bereich zu beleuchten.

Die eingehendere Beschäftigung mit dem Thema erbrachte, dass obwohl oben erwähnter Zusammenhänge von Sozialarbeit und Entwicklungszusammenarbeit allgemeine Untersuchungen der Thematik auf dem Literaturmarkt recht rar gesät sind. Dies sowie das Interesse an den Hintergründen der Entwicklungszusammenarbeit zwecks intensiverer Aufarbeitung der gemachten praktischen Erfahrungen, vor allem in entwicklungspolitischer Richtung, machen es notwendig, dass der erste Teil der vorliegenden Arbeit sich intensiv mit entwicklungsbezogener Thematik und Problematik beschäftigt. Hier werden zuerst die Begriffe der Entwicklung, Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungsländer sowie der Dritten Welt diskutiert, um als Voraussetzungen für die weitere Bearbeitung des Themas zu dienen.

Im Anschluss daran werden die verschiedenen Entwicklungstheorien erörtert und im folgenden Unterkapitel ihre Einbindung in die einzelnen Entwicklungsdekaden aufzuzeigen. Dies verdeutlicht die ‚Entwicklung‘ innerhalb der Diskussion um den Sinn oder die Notwendigkeit von Theoriebildung anlässlich Entstehung und Bekämpfung von Unterentwicklung.

Dem folgt die Darstellung der wichtigsten Problembereiche gesellschaftlicher Entwicklung, wobei dies hier am lateinamerikanischen Beispiel spezifiziert wird. Aufgrund der Relevanz, gerade für die Sozialarbeit, die sich mit den Folgen der Drogen-, bzw. Kokainkriminalität für die Gesamtbevölkerung anhand von Einzelschicksalen auseinandersetzen muss, wird der Problematik an jener Stelle mehr Platz eingeräumt.

Im nächsten Kapitel folgt die Erörterung der einheimischen Sozialarbeit, da dies für die Einschätzung der Notwendigkeit ausländischer Fachkräfte erforderlich ist. Als Beispiel sozialer Arbeit in Lateinamerika soll das Projekt, in dem der Autor tätig war, fungieren. Da es allerdings von deutschen Missionaren initiiert wurde, dient es als Überleitung zum letzten Kapitel, das sich mit Sozialarbeit und ihrer Einbindung in die Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt.

Hier werden die momentane Situation dargestellt, Probleme erörtert sowie als Abschluss die Aussichten auf eine stärkere Beteiligung der Sozialarbeit innerhalb der Kooperation mit lateinamerikanischen Ländern diskutiert.

Wenn im Verlauf der Arbeit südamerikanische Länder häufiger als Exempel auftreten, dann geschieht dies nicht ohne Absicht. Der Begriff „Lateinamerika“ umfasst eine große Zahl an verschiedenen Ländern und damit auch Regionen, welche differente Problematiken aufweisen. Südamerika selbst kann man in diverse Regionen zu Erklärungen verschiedener Thematiken einteilen. Aufgrund ähnlicher Kulturkreise nehmen verschiedene Autoren (beispielsweise NOHLEN/ NUSCHELER in Handbuch der Dritten Welt Bd. 2+3) eine Unterteilung Lateinamerikas in Südamerika einerseits sowie Mittelamerika und Karibik andererseits vor.

Da der Autor Erfahrungen lediglich in Südamerika gemacht hat, kann er Beispiele praktischer Erfahrungen nur für diese Region angeben.

Als Abschluss an dieser Stelle möchte der Autor sich bedanken bei Pater Erik Williner und Schwester Ingrid Pentzek, mit deren Erlaubnis ihr Projekt als praktisches Beispiel dieser Arbeit dienen durfte. Daneben soll auch Christa Doumat gedankt werde, die dem Autor freundlicherweise ihre Unterlagen über ebenjenes Projekt und der Unterstützung der St. Ludgerus Gemeinde zur Verfügung stellte.

1 Entwicklungsproblematik

1.1 Begriffsklärungen

Zunächst sollen einige Begriffe erläutert werden, die für das Verständnis des vorliegenden Forschungsgegenstands von großer Wichtigkeit sind. Es handelt sich um Kernbegriffe und Grundlagen, über deren Bedeutung (oder auch Vielschichtigkeit/Schwammigkeit) man sich immer im klaren sein sollte, wenn man über Angelegenheiten in Zusammenhang mit dem Forschungsgegenstand nachdenkt, spricht oder diskutiert. Es sollen die Begriffe Entwicklung, Entwicklungsland und Entwicklungszusammenarbeit (-hilfe) beleuchtet werden, ohne eine eindeutige Klärung herbeiführen zu können. Ein solcher Versuch wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt, da die Bedeutungen und Werte, die hinter diesen Begriffen stehen, der gesellschaftlichen „Entwicklung“ unterworfen sind und sich somit ständig verändern.

1.1.1 Entwicklung

NUSCHELER geht in einer kritischen Stellungnahme von der eigentlichen Bedeutung des Wortes aus, nämlich von einem ‚Sich-entwickeln‘, einem Auswickeln von schon vorhandenen, eigenen Fähigkeiten (in: SAUERWALD, FLOCK, HEMKER (Hg.), 1992, S.353).

Der einzige Punkt in dem man sich einig ist, scheint der, dass der Begriff der Entwicklung sehr schwammig ist. Er umfasst zuviel, als dass man von einem genau definierten Gegenstand sprechen könnte. Die Beibehaltung

des Begriffs wird kontrovers diskutiert, manche sind der Überzeugung, er beinhalte gar nichts mehr. So SACHS (1989, zitiert nach NOHLEN/ NUSCHELER, 1993):

“ Inzwischen ist ‚Entwicklung‘ zu einem qualligen, amöben-gleichen Wort geworden. Es fasst nichts mehr, weil seine Konturen verschwimmen... Wer es ausspricht, benennt gar nichts, doch nimmt für sich alle guten Absichten dieser Welt in Anspruch. Zwar hat es keinen Inhalt, aber doch eine Funktion: es verleiht jedem beliebigen Eingriff die Weihe, im Namen eines höheren, evolutionären Ziels vollzogen zu werden. ‚Entwicklung‘ ist ausgehöhlt bis auf ein leeres Plus.“ (a.a.O., S.55)

Dies ist eine sehr dramatische Begriffserklärung, die jedoch nicht ganz unberechtigt zu sein scheint. Denn gerade in der Entwicklungshilfe wird unter dem Deckmantel der „Guten Tat“ das Profitdenken und –machen versteckt. Es werden zusätzlich Abhängigkeiten geschaffen oder verstärkt, beispielsweise durch Knebelverträge, oder aber die ‚Entwicklung‘ einzelner Staaten wird behindert, z.B.: durch Lieferung veralteter Techniken. Insgesamt wird aber sehr wohl bedacht, dass der Entwicklungsbegriff mit Schwierigkeiten behaftet ist. MUSTO (in SCHWEFEL, 1987) beschreibt ‚Entwicklung‘ als Zielzustand, der jedoch keine nachvollziehbare, reproduzierbare und realisierbare Beschreibung hat. Für ihn steht fest, dass „Wissenschaften, die sich mit sozioökonomischer Entwicklung beschäftigen, keinen festen Gegenstand haben“. Bei seiner Argumentationsweise geht er u.a. von der evolutionären Systemtheorie aus, und betont ‚Entwicklung‘ als Fortschreitenden Prozess mit zunehmender Selbstregulierungs- und Anpassungsfähigkeit. Hierbei scheint ihm der Übertrag auf sozioökonomische Entwicklung fraglich (a.a.O., S. 422).

Trotz solcher Schwierigkeiten ist für NOHLEN/ NUSCHELER (1993) klar, dass der Begriff an sich notwendig ist, um Analysen und Bewertungen durchführen zu können. Man müsse nur verstehen, dass ‚Entwicklung‘

kein feststehender Begriff mit Allgemeingültigkeit sei, sondern dass er genau wie sein Gegenstand Veränderungen sowie individuellen und kollektiven Wertvorstellungen unterworfen sei. Man könne lediglich aufgrund von Erfahrungen und raumzeitlichen Bedingungen einen Kernbestand von Eigenschaften definieren, die zusammen ‚Entwicklung‘ ausmachten. NOHLEN/ NUSCHELER leiten diese aus theoretischen Vorstellungen ab (a.a.O., S. 56).

Solch raumzeitliche Bedingungen berücksichtigt NOHLEN im *Lexikon Dritte Welt* (2000, S. 217) wenn er Entwicklung definiert aus den Elementen **Arbeit**/Beschäftigung, wirtschaftliches **Wachstum**, soziale **Gerechtigkeit**/ Strukturwandel, **Partizipation**, politische und wirtschaftliche **Unabhängigkeit** sowie **Lebensgrundlagenschutz** (im Sinne von nachhaltiger Ökologie).

Denn hier erweiterte er sein ursprünglich aufgestelltes „**Magisches Fünfeck der Entwicklung**“ (NOHLEN/ NUSCHELER, 1993, S. 64ff) um den Aspekt des **Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen**.

Auch NUSCHELER gibt zu, bei dieser Definition einen überaus wichtigen Punkt nicht berücksichtigt zu haben, nämlich „die ökologische Dimension im Sinne einer ‚dauerhaften Entwicklung‘“ (in: SAUERWALD, FLOCK, HEMKER (Hg), 1992, S.352). Überhaupt scheint dieser Aspekt erst die letzten Jahre in das Bewusstsein der Forscher und Politiker gelangt zu sein. Anscheinend durch die eigene Entwicklung und die Beobachtung der Folgen für Umwelt und Gesellschaft als auch der sich daraus ergebenden Einsicht, dass Entwicklung auch ökologisch verträglich sein muss, um dauerhaft sein zu können.

Zusammen verweisen sie 1993 auf den so genannten „Brandt-Bericht“ (1980) in welchem eine weitere Schwierigkeit bei der Verständigung über den Begriff der Entwicklung angedeutet wird, und zwar in der Definition: Entwicklung „bezeichnet, weit gefasst, den erwünschten sozialen und wirt-

schaftlichen Fortschritt – und es wird immer unterschiedliche Auffassungen darüber geben, was erwünscht ist“ (a.a.O., S.64). Hier erscheint auch das Problem der Perspektive. Es stellt sich die Frage, von welcher Seite etwas erwünscht wird, von der helfenden (schon ‚entwickelten‘) oder der nicht oder unterentwickelten? Was ist Unterentwicklung? Ein Ansatz zum Verständnis hierzu findet sich weiter unten in dieser Arbeit.

Ein weiterer Aspekt in diesem Kontext, den man bedenken sollte wenn man über Entwicklung spricht, ist der Zusammenhang mit Kultur. In der Diskussion um Entwicklung tritt dieser Punkt oft stark in den Hintergrund, da es häufig nur um wirtschaftliche und soziale Prozesse geht, die allerdings von den Industrieländern auf die sog. Entwicklungsländer übertragen werden, bzw. wurden. Hierbei scheint die Frage angebracht, ob Kultur nicht überhaupt einen wesentlicher Aspekt in der Entwicklung des Menschen darstellt, und warum dieser im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Entwicklung so stark vernachlässigt wird. Insgesamt muss auch gefragt werden, wie kulturell stark entwickelte Gesellschaften (wie z.B. indische in Lateinamerika) sich an die schon eingeführte westliche Lebensweise (Wirtschaft) gewöhnen können, ohne die eigene Identität zu verlieren. Kann die kulturelle Identität beibehalten oder zurückgewonnen werden, obwohl die Globalisierung nicht mehr rückgängig zu machen ist?

Zusammenfassend kann man darstellen, dass Entwicklung immer verschiedene Dimensionen umfasst , und zwar:

- Kultur
- Ökologie
- Wirtschaft
- Gesellschaft

Diese Dimensionen sind hier lediglich künstlich gespalten, praktisch stehen alle in Interaktion zueinander, so dass klare Trennungslinien nicht zu ziehen sind. Natürlich könnte man einwenden, dass man diese Dimensio-

nen noch weiter differenzieren könnte, doch es geht hier um vereinfachte Darstellung der Sachlage, so dass dies hier zu weit führen würde.

1.1.2 Entwicklungshilfe/ -zusammenarbeit

Auch bei dem Begriff der Entwicklungshilfe muss man sich der Problematik des Entwicklungsbegriffes bewusst sein.

Im folgenden werde ich die Entwicklungshilfe Entwicklungszusammenarbeit nennen aufgrund der besseren Eignung zur Beschreibung der Beziehung der Organisationen/ Staaten untereinander. Heute ist man der Ansicht, dass Entwicklungshelfer und Sich-entwickelnder gleichgestellte Partner sind. Der Begriff ‚Entwicklungshilfe‘ impliziert aber eine Höherwertigkeit des einen, die nicht gegeben ist nach heutigen Vorstellungen.

Aus oben benannter Problematik ergeben sich auch für die Entwicklungszusammenarbeit Schwierigkeiten.

Zunächst einige Erläuterungen, was unter Entwicklungszusammenarbeit zu verstehen ist. Man muss die Entwicklungszusammenarbeit klar von der Entwicklungspolitik unterscheiden, obwohl beide doch untrennbar miteinander verbunden sind. Oft werden beide Begriffe synonym gebraucht. Hierbei hat man zu bedenken, dass Entwicklungspolitik weit umfangreicher ist als die –zusammenarbeit, denn sie umfasst „alle Mittel, Maßnahmen und Strategien, die von den EL oder den IL im Hinblick auf die wirtschaftliche und/ oder soziale E. geplant oder angewandt werden“ (THIBAUT in: NOHLEN(Hg.): Lexikon Dritte Welt, 2000, S. 220).

Entwicklungszusammenarbeit ist also nur ein Teil, ein Mittel der Entwicklungspolitik. Man kann sie grundsätzlich unterscheiden in finanzielle Hilfen wie Kredite, Zuschüsse sowie technische Hilfen. Zudem werden bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit differenziert. Bei bilateralen Hilfen wer-

den Staaten direkt aktiv, meist in Form von technischer oder finanzieller/materieller Unterstützung für das empfangende Land. Die technische Hilfe entsendet Fachleute in bestimmte Projekte (in Deutschland läuft dies unter dem Begriff „Personelle Zusammenarbeit“ und wird von Organisationen wie dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) oder der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt) oder auch auf Antrag des jeweiligen Empfängerlandes. Weiterhin entfallen in den bilateralen Bereich Warenhilfe, Nahrungsmittel oder andere materielle Hilfen. Finanzielle Hilfe im bilateralen Sektor geht häufig über die Gewährung von Krediten hinaus (Zuschüsse).

Multilaterale Hilfe wird in der Regel von internationalen Organisationen erbracht. Durch sie wird von den Regierungen indirekte Entwicklungszusammenarbeit geleistet. Die bedeutendste Organisation in diesem Bereich, wie auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit insgesamt, ist die Weltbank. Diese, bzw. ihre Tochter, die *International Development Association* (IDA) vergeben Kredite an Entwicklungsländer zu besonderen Konditionen, welche an die wirtschaftliche und Leistungskraft der Entwicklungsländer angepasst werden. Die von der IDA vergebenen Kredite beinhalten günstigere Konditionen als die direkt von der Weltbank vergebenen, da diese aus den Kapitalmärkten der Welt gespeist werden.

Weitere wichtige Organisationen die multilaterale Hilfe gewähren, sind die regionalen Entwicklungsbanken und Agenturen aus der UNO-Familie. Hier sind vorrangig das *Development Programme* der UNO (UNDP) oder auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu nennen. Diese operieren auf dem Sektor der Technischen Zusammenarbeit (TZ), so dass die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit nicht nur finanziell Entwicklungsländer unterstützt.

Sämtliche Hilfen werden zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zur Verfügung gestellt.

Maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklungspolitik hat seit 1961 der Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC), der von den Mitgliedsländern der Or-

ganisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingerichtet wurde. Dieser Ausschuss erarbeitet Normen und Zielvorgaben für die Entwicklungspolitik der Mitgliedsländer und kontrolliert auch die Einhaltung dieser. Seine Ergebnisse hierzu werden in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Er besitzt auch starken Einfluss auf die Entwicklungszusammenarbeit, welche zum großen Teil aus finanziellen Mitteln besteht.

Man darf neben diesen Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Aid* – ODA) nicht die privatwirtschaftlich erbrachten Leistungen unterschlagen. Diese werden nicht den ODA durch den DAC zugerechnet.

Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit ist durchaus angebracht, denn sie beinhaltet zum einen den Entwicklungsbegriff mit all seinen Problemen, was man nicht vergessen sollte. Allein hieraus ergeben sich schon vielfältige Fragestellungen hinsichtlich Sinn und Zweck von Entwicklungszusammenarbeit.

Zum anderen muss man beachten, selbst wenn von einem positiven Sinn und Zweck ausgegangen wird, dass hinter den besten Absichten, nämlich einem Beitrag zur Weiterentwicklung der Empfängerländer von Entwicklungszusammenarbeit, immer auch nationale Interessen der Geberländer stehen. Diese sind v.a. von der Außenpolitik und der Wirtschaft beeinflusst, die neben der Wohlfahrt natürlich einen Vorteil für die eigene Volkswirtschaft erreichen wollen.

Gerade auch im Spannungsfeld des Kalten Krieges stellten Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit außenpolitische Mittel dar, neue Partner zu finden oder an sich zu binden.

Zusätzliche Abhängigkeiten der Entwicklungsländer wurden geschaffen durch vertraglich vereinbarte Lieferbindungen, die von vielen überaus kritisch beurteilt werden. In diesem Zusammenhang wird sogar von ‚Neokolonialismus‘ gesprochen.

Sogar die großen Organisationen gaben Anfang der 90er Jahre zu, mit der Konzentration auf die Konzeption und finanzielle Ausstattung von Projekten die falsche Strategie verwandt zu haben. Insgesamt wird von allen, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit beschäftigen immer wieder auf die ‚Projektitis‘ hingewiesen, welche in der Entwicklungszusammenarbeit vorherrscht. Damit ist die nicht-systematische, so wenig überschaubare Arbeit in vielen einzelnen Projekten gemeint. Der ‚Projektitis‘ fehlt der Blick auf die übergeordneten Zusammenhänge.

Aber nicht allein das „Wie“ der Entwicklungszusammenarbeit wird kritisiert, sondern es werden Rufe nach der Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit im allgemeinen laut. So spricht eine ehemalige Mitarbeiterin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) von „tödlicher Hilfe“ und kommt zu folgendem Schluss:

„Entwicklungshilfe schadet allen, denen sie angeblich nützen soll, ganzen Ländern, wie einzelnen Betroffenen. Sie muss deshalb sofort beendet werden. Ohne Entwicklungshilfe ginge es den Ländern in der Dritten Welt besser

(ERLER, 1985, S. 8). “

Hierzu gibt FLOCK aber zu bedenken, dass weder die politischen Voraussetzungen für die Abschaffung der Entwicklungszusammenarbeit gegeben sind, noch die Wünsche der Entwicklungsländer in diese Richtung gingen. Allerdings sei die Entwicklungszusammenarbeit dringend reformbedürftig, womit er in Forscherkreisen auf offenes Gehör stößt. Ebenso müsste Entwicklungszusammenarbeit mittlerweile global gedacht werden, da die Probleme der Entwicklungsländer auch die Industrieländer über kurz oder lang betreffen (in: SAUERWALD, FLOCK, HEMKER (Hg), 1992, S.335).

Dieser Meinung kann sich der Autor der vorliegenden Arbeit an dieser Stelle nur anschließen, denn es kann nicht möglich sein, nach 40 Jahren Entwicklungspolitik und all den Problemen, die diese den Entwicklungs-

ländern gebracht hat, jene darauf sitzen zu lassen. Allein aus diesem Grund haben die Industrieländer eine Verantwortung zu erfüllen.

1.1.3 Entwicklungsländer

Zum weiteren Verständnis der vorliegenden Arbeit soll noch kurz der schon ein paar Mal benutzte Begriff des Entwicklungslandes umrissen werden.

Bei den Ansätzen zur Definition des Begriffes muss man differenzieren, ob Unterentwicklung als Zustand/ bzw. Stadium oder als Struktur begriffen wird.

Der strukturellen Auffassung von Unterentwicklung liegt die Überlegung zugrunde, dass Entwicklungsländer in benachteiligender Weise in die Weltarbeitsteilung eingebunden sind, indem sie in ihrer Produktionsstruktur auf die Befriedigung von Bedürfnissen der Industrieländer ausgerichtet sind. Hier spielen die exogenen Faktoren, d.h. die Abhängigkeit von und die Einbindung in äußeren Strukturen die zentrale Rolle.

Demgegenüber steht die Auffassung über die Entstehung von Unterentwicklung durch überwiegend endogene Faktoren, also gesellschaftsimmanente Bedingungen. Als Maßstab für Entwicklung gelten hierbei die Industrieländer, d.h. es werden aufgrund von hauptsächlich wirtschaftlichen und sozialen, aber auch soziokulturellen Merkmalen Vergleiche zu den Industrieländern gezogen.

Als wirtschaftliche Merkmale sind beispielsweise niedriges Pro-Kopf-Einkommen (PKE), geringe Spar- und Investitionstätigkeit, geringe Produktivität, niedriger technischer Ausbildungsstand sowie mangelnde materielle Infrastruktur zu nennen, mit denen Entwicklungsländer definiert werden.

Soziale Kennzeichen von Entwicklungsländern sind niedrige Lebenserwartung und hohe Kindersterblichkeit, (rel. hohe) Analphabetismusrate wie

auch ungenügende Ernährung (gemessen anhand von Kalorien- und Proteinaufnahme).

Diese beiden Merkmalskategorien werden überwiegend verwandt in wirtschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Forschung sowie auch von internationalen Organisationen, die sich mit der Beschreibung von Entwicklung (und Unterentwicklung) beschäftigen, um Entwicklungsländer zu beschreiben. Die Kategorie der soziokulturellen Merkmale hingegen findet keine große Anwendung, da sie weniger leicht messbar und schwer aufzustellen sind, d.h. Ländervergleiche sind diffiziler durchzuführen. Als Merkmale werden nicht abgeschlossener ‚nation-building-process‘, geringe soziale Mobilität, vorherrschende traditionale Verhaltensmuster sowie geringe soziale Differenzierung angeführt. (vgl. NOHLEN im *Lexikon Dritte Welt* (2000, S. 221ff)

Entwicklungsländer werden trotz aller Unterschiedlichkeit in verschiedenen Kategorien subsummiert, um eine für übergeordnete internationale Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit notwendige Handlichkeit herzustellen. So gibt es zu den Entwicklungsländern (*less developed countries* → LDC) seit 1971 von der UN-Vollversammlung gesondert herausgestellte ärmste Länder, die sogenannten *least developed countries* (LLDC). Eine Zuordnung zu dieser Gruppe erfolgt über die ‚Erfüllung‘ von drei Indikatoren: BIP pro Kopf unter 473 US-\$, Industriequote am BIP unter 10%, Alphabetisierungsrate (Altersgruppe > 15 Jahre) unter 20%. Eine Zuordnung zu dieser Gruppe bedeutet für ein Land vor allem beachtliche finanzielle Vergünstigungen, welche von Entwicklungszusammenarbeits-Organisationen und Ländern gewährt werden. Das macht diese Liste problematisch, weil eine Eliminierung hiervon natürlich von den Empfängerländern nicht gewünscht ist, auch wenn sie die Kriterien für LLDC nicht mehr erfüllen. Eine solche Streichung ist politisch nicht durchsetzbar. Aus diesem Grund hat die Weltbank eine eigene Kategorie eingeführt, die LICs (*low income countries*).

Eine weitere Schwierigkeit bei der Verwendung dieser Begriffe ist die praktische Handhabung der Kürzel LLDC und LDC. Denn alle internationalen Organisationen verwenden für die ärmsten Länder die Abkürzung LDC wohingegen in der Literatur auf die Differenzierung von LDC und LLDC Wert gelegt wird.

Nach DAC Liste 2000 waren dies insgesamt 47 Länder, wovon mit Haiti lediglich ein Land aus dem lateinamerikanischen Raum stammte (vgl. im Anhang DAC Entwicklungsländerliste).

Neben den LLDC gibt es die Schwellenländer (auch: *Newly Industrialized Countries* = NICs), deren Name sich von dem Stand der Entwicklung ableitet, auf welchem sie sich befinden (auf der ‚Schwelle‘ zum Industrieland), Für NICs sind allerdings keine genauen Kriterien festgelegt. Dieser Begriff hat sich seit den 70er Jahren einen festen Platz in den Kategorisierungen erwirkt.

1.1.4 Dritte Welt

Als ‚Oberbegriff‘ für alle Entwicklungsländer kann man den der ‚Dritten Welt‘ bezeichnen. Dieser entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg für Länder die sich weder zu den kapitalistischen (Erste Welt), noch zu den sozialistischen (Zweite Welt) zugehörig fühlten und einen dritten Weg suchten. Im Laufe der Jahre umschloss der Begriff aber nicht nur diejenigen Länder, die sich blockfrei verstanden, sondern alle Entwicklungsländer in Übersee. Auch heute finden sich hinter diesem Begriff all diese Länder, die sich auch selber als Teil dieser ‚Dritten Welt‘ verstehen und sich darüber identifizieren. Es gibt auch einige Untergruppen, wie z.B. die Gruppe der 77, der fast alle Entwicklungsländer angehören, der Blockfreienbewegung sind 80% der Entwicklungsländer angeschlossen, die OPEC (*Organisation of Petroleum Exporting Countries*), die AKP- Staaten (**A**frika- **K**aribik- **P**azifik). Alle sind politische Organisationen und dienen der

Durchsetzung von Interessen der Entwicklungsländer. Aus ihren Zusammenschlüssen beziehen sie Stärke und Solidarität.

Insgesamt gesehen ist dieser Begriff nur ein beschreibender, er bezeichnet eine Ländergruppe im internationalen System, für die es keinen geeigneteren gibt. Als übergeordnetes Kennzeichen aller dieser Länder ist Unterentwicklung zu betrachten, daneben darf man aber auf keinen Fall vergessen, dass sich diese (große) Gruppe äußerst heterogen zusammensetzt, sowohl im Hinblick auf wirtschaftliche als auch auf politische Faktoren.

Viele Autoren lehnen allerdings all diese Begriffe ab, vor allem wegen mangelnder Wertfreiheit, bzw. Neutralität. So erklären schon NOHLEN/NUSCHELER (1993): „Geliebt ist die Assoziation der dritten Welt mit einer zur Drittklassigkeit degradierten Staatengruppe, mit den Habenichtsen oder *Underdogs* des internationalen Systems (a.a.O., S. 16).“ Auffallend ist die Besetzung mit negativen Werten, wo doch ursprünglich ‚Dritte Welt‘ für einen neuen, anderen (besseren) Weg stand, und somit eine positive Bedeutung hatte.

Beschrieben wird immer wieder das Abwerten der gesamten Entwicklung von Staaten, Völkern durch die Konzentration auf ökonomische Aspekte. Beklagt werden auch der Geltungsverlust von „seit Jahrtausenden gewohnter Unterscheidung der Kulturen (mit sehr unterschiedlicher Wertung von wirtschaftlicher Leistung und ökonomischem Niveau)“ (WENDORFF, 1984, zit. n. KAISER/ WAGNER: Entwicklungspolitik; S. 71 in KOSLOWSKI, 1995, S. 34).

Kritisiert wird vor allem die Rangfolge, welche der Begriffskomplex ‚erste, zweite, dritte Welt‘ beinhaltet, und somit auch die betreffenden Länder bewertet. Eine solche Bewertung ist völlig unsinnig, denn man kann immer nur an seinen eigenen Maßstäben urteilen. Und wer könnte heute noch so überheblich sein und andere Kulturen abwerten, wo doch permanent klarer wird, dass unser kapitalistisches System nicht das Nonplusultra ist und

nur auf Ausbeutung (sozial und ökologisch) beruht sowie dadurch selbst kulturlos scheint.

Konsequenz aus diesen Überlegungen ist die Einführung eines neuen Begriffes der definitiv neutral ist. Die wenigsten Autoren führen tatsächlich einen solchen ein. Viele verweisen lediglich auf die Schwierigkeiten, die bei der Benutzung von o.g. Begriffen implizit sind, einige füllen sie aber auch mit ihren eigenen Definitionen. So verfährt beispielsweise PASSON (1999), der auf den Gebrauch des Ausdrucks ‚Dritte Welt‘ völlig verzichtet und der „durch die Termini Entwicklungs- und Industrieländer lediglich eine geopolitische Einordnung“ (a.a.O., S. 12) ermöglichen will.

Wenige Autoren verzichten aber tatsächlich ganz auf die Verwendung eben dieser Ausdrücke, wie z.B. KOSLOWSKI (1995), die stattdessen ‚südliche Länder‘ als Alternative einführt. Diese Formulierung leitet sie ab von der Vorstellung, dass auch ein anderer Begriff, nämlich der des Westens, nicht nur westliche Länder und dem mit ihnen verbundenen Lebensstandard und Staatsform beschreibt, sondern auch bestimmte Werthaltungen, welche sie mit „rationale Weltsicht, individualistische und materialistische Einstellungen, bestimmte kulturelle Prägungen – eben den *western way of life*...“ benennt (a.a.O., S. 35). Analog dazu bildet sie die Kategorie der ‚südlichen Länder‘ die auch nicht unbedingt im Süden liegen müssen, sondern der Ausdruck beinhaltet dann ebenso geopolitische und sozio-ökonomische Bedeutungen. (vgl. ebd., S. 32ff)

Inzwischen ist aber auch der Begriff der „Einen Welt“ geprägt worden, welcher symbolisiert, dass man nicht einfach in verschiedenen Kategorien einteilen kann, sondern dass alles zusammenhängt und deshalb auch immer systemisch betrachtet werden muss, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll im Sinne von Veränderung, bzw. Verbesserung der Lebensumstände etc..

Was bedeuten all diese Überlegungen und Darstellungen nun aber für die vorliegende Arbeit? Im Folgenden soll weiter mit den üblichen Begriffen der Entwicklungszusammenarbeit gearbeitet werden, allein deshalb, da sie gebräuchlich und nun auch verständlicher sind (im Sinne eines Verständnisses für die gesamte Problematik). Mit einer Ahnung, worum es sich handelt und welche Probleme und Kontroversen auftauchen, wenn von Entwicklung, Entwicklungsländern, Dritter Welt die Rede ist, wird das Verständnis einzelner Aspekte erleichtert.

Der Autor wird im Folgenden die oben angesprochenen Begriffe des Südens und südlichen Ländern synonym zu Entwicklungsländern verwenden, ebenso wie die des Nordens oder Westens zu Industrieländern, auch wenn ihm dafür manche Kritik entgegentreten wird, doch zu bedenken gilt, dass es keine Wandlung bei der Verwendung von verschiedenen Begriffen von heute auf morgen geben wird. Vielmehr sollte angenommen werden, dass durch den synonymen Gebrauch langsam die Erkenntnis reift, dass Entwicklungsländer als Partner anzusehen sind und sich dies langsam auch in der Begriffswahl widerspiegelt. Wobei unbestritten bleiben soll, dass dieses Umdenken stattfinden muss, sollen die Probleme global gelöst werden. An dieser Stelle sollen obige Überlegungen und Darstellungen ausreichen um ein Bild von der Lage und der Problematik rund um den Begriff der Entwicklung zu erhalten.

1.2 *Entwicklungstheorien*

Aufgrund der globalen Situation, vielmehr der Situation in den Entwicklungsländern, wurden verschiedene Theorien entworfen, um notwendig gewordene Handlungsstrategien ausarbeiten zu können. Da aber die durchgeführten Interventionen wegen der vorhandenen Komplexität der gesamten Problematik bis heute keine durchschlagenden Erfolge verbuchen konnten, wurden immer neue Theoriegebilde entwickelt, um der Lage Herr zu werden.

Seit den 80er Jahren gibt es in der Wissenschaft eine von vielen beobachtete ‚Theoriekrise‘. BOECKH sieht als Gründe hierfür zum einen die Uneinheitlichkeit der so genannten Dritten Welt, eingeleitet durch die unterschiedliche Entwicklung der sich unter dem Begriff subsumierten Länder. Er geht noch weiter und zweifelt den Begriff der Dritten Welt grundsätzlich an: „Allerdings kann man vermuten, dass die Dritte Welt nicht nur aufgehört hat zu existieren; es hat sie vermutlich nie gegeben in dem Sinne, dass man ihr gemeinsame Strukturmerkmale, Entwicklungsvoraussetzungen und ähnliche Entwicklungsdynamik je hätte unterstellen können (in: NOHLEN/ NUSCHELER 1993, S. 111) .“

Ein weiteres Problem sieht er darin, dass Theorien, die sich lediglich mit Teilaspekten von Entwicklungsprozessen beschäftigten, dahin tendierten, als allgemeine Entwicklungstheorien ausgegeben und aufgefasst zu werden (ebd., S. 112).

Unstimmigkeiten gab es anscheinend auch zwischen den einzelnen Disziplinen, die Theorien aufstellten. Diese neigten stark dazu ‚Konkurrenzergebnisse‘ abzutun oder gar zu übersehen. Diese Spaltung in verschiedene Lager führt wiederum BOECKH auf die Zwiespältigkeit von Entwicklungstheorien zurück: „Es handelt sich bei ihnen nicht nur um Versuche der Erklärung von Prozessen der Entwicklung und Unterentwicklung , sondern

immer auch um gesellschaftspolitische Entwürfe.“ (in: NOHLEN/ NUSCHELER 1993, S. 115)

Jene Punkte sollen aber hier nicht (im Detail) abgehandelt werden; es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Wenn auch die verschiedenen - z.T. in Konkurrenz stehenden – Theorien kontrovers diskutiert und ob ihrer einseitigen Sichtweise kritisiert werden, ist ihre Darstellung für diese Arbeit unerlässlich, haben sie doch für die Organisation in der Entwicklungszusammenarbeit wichtige Impulse gegeben.

Im nächsten Kapitel wird dann die Einbindung der Theorien in die einzelnen Entwicklungsdekaden aufgezeigt.

1.2.1 Wachstumstheorie

Nach dem Zweiten Weltkrieg, d.h. in den 50er und 60er Jahren erlangten die Entwicklungsländer zunehmend ihre politische Freiheit. Allerdings offenbarten sich nun auch die Probleme in diesen Ländern, womit sich für die Industrieländer das neue Betätigungsfeld der Entwicklungspolitik auf tat. Zunächst fiel der materielle Mangel stark ins Auge, so dass für die Entwicklungspolitik Erklärungsmuster und –theorien geschaffen werden mussten. Daraus wurde abgeleitet, dass Handlungsstrategien vonnöten seien, die wirtschaftliches Wachstum anstreben um diesen materiellen Mangel auszugleichen. Hierbei wurde auf die Wirtschaftswissenschaft zurückgegriffen, die auch jene Wachstumstheorien produzierte. Die beiden wichtigsten dabei waren die ökonomisch-historische Stadientheorie von ROSTOW sowie die bereits bekannte Wachstumstheorie von HARROD/DOMAR. ROSTOW formulierte fünf Entwicklungsstadien, welche die Länder zwangsläufig durchlaufen:

die traditionelle Gesellschaft → die Übergangsgesellschaft → die Startgesellschaft → die reife Industriegesellschaft → die Massenkongsumgesellschaft.

Die heutigen Industrieländer befinden sich nach dieser Einteilung in der vierten und fünften Phase. Die Entwicklungsländer wurden hierbei in die dritte Phase eingeordnet, an einem Punkt bei dem es darauf ankommt, den Eintritt in einen sich selbst tragenden Wachstumsprozess durch das Ausbrechen aus dem Teufelskreis der Armut zu schaffen. Die Bedeutung dieser zirkulären Kausalkette sieht so aus:

Armut bringt geringe Ersparnisse hervor → geringe Investitionen → geringe Produktionssteigerung → geringes Einkommen → Armut...

An dieser Stelle wurde der Kapitalmangel also als Wachstumshindernis angesehen. Daraus folgte für die Entwicklungspolitik, dass es einen „*big push*“ geben musste, d.h. eine Kapitaltransfer durch Entwicklungshilfe und private Direktinvestitionen. Hierdurch sollte ein „*take off*“ ermöglicht werden, also sinnbildlich das Abheben in eine neue Ära. Dies sollte möglich werden durch das Erzeugen von steigenden (wirtschaftlichen) Erwartungen (und Bedürfnissen) in der Bevölkerung, was wiederum die Leistungs- und Innovationsbereitschaft heben und so eine umfassende sozial-ökonomische Veränderung hervorrufen sollte. Diese Theorie meinte durch eine Steigerung des Faktors Kapital eine notwendige und hinreichende Bedingung für einen sich selbst tragenden Entwicklungsprozess zu sehen. Die Umsetzung des Marshall-Planes in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg stellte hierbei das Vorbild für das Einführen der Wachstumstheorie dar. Es wurden allerdings wichtige Unterschiede bei der Anwendung übersehen. Im Nachkriegs-Europa waren zwar die Lebensstandards teilweise unter denen der Entwicklungsländer heute, es herrschte Kapitalmangel in Form technischer und finanzieller Hinsicht, doch der Unterschied zu den Entwicklungsländern war der, dass das notwendige Wissen und der ent-

scheidende Produktionsfaktor „*human capital*“ vorhanden waren. Es fehlte also das entsprechende Kapital, um eine Entwicklung in Gang zu setzen, die im Nachhinein als ‚Wirtschaftswunder‘ angesehen wird. Aber gerade an diesem fehlt den Entwicklungsländern, ebenso wie an Infrastruktur und an psychologischen, sozialen und politischen Voraussetzungen für eine Entwicklung im Sinne von Industrialisierung. Als einzigen Indikator für Wachstum, also Entwicklung sieht diese Theorie das Pro-Kopf-Einkommen (PKE) vor, das sich zusammensetzt aus dem Verhältnis von BSP oder BIP zur Bevölkerung. Dies wird jedoch bis heute aufgrund verschleiender Aussagen kritisiert.

Ein ganz entscheidender Fehler der Wachstumstheorie war die Annahme, dass sich infolge eines Wirtschaftswachstums auch ein Strukturwandel vollziehen würde. Dieser ist aber zugleich dessen Voraussetzung, so dass sich eine weitere zirkuläre Kausalkette komplementär zur Armut abzeichnet. Ebenso wurde davon ausgegangen, dass bei Anwachsen des PKE alle Bevölkerungsteile davon profitieren würden. Tatsächlich aber blieb eine Verteilung des Gewinnes aus. Ein weiterer Mangel der Wachstumstheorie war zudem, dass keine exakten Aussagen über Ursachen von Unterentwicklung und auch den Entwicklungsprozess an sich gemacht werden konnten.

1.2.2 Modernisierungstheorie

Die Suche nach weiteren Entwicklungshemmnissen neben dem mangelhaften Erfolg der lediglich technisch-ökonomisch bedingten Wachstumsstrategie, rief die Disziplinen Politologie sowie Soziologie auf den Plan. Sie entwickelten in den 60er Jahren die Wachstumstheorie dahingehend weiter, dass außer dem wirtschaftlichen Wachstum noch weitere Komponenten berücksichtigt wurden, nämlich sozialer Wandel, kulturelle und soziologische Spezifika. Somit betont die Modernisierungstheorie (als einzige

der Entwicklungstheorien) kulturelle sowie sozialpsychologische Faktoren. Das Ziel zu neuen sozialökonomischen Strukturen zu gelangen, sollte über Kulturwandel (d.h. Veränderung des Bewusstseins und des Wertesystems, Herausbildung rationaler Denkweisen sowie ökonomischen Verhaltens), politische und administrative Modernisierung als auch durch Investitionen im sozialen Bereich, kurz Dynamisierung und Modernisierung von gesellschaftlichen Strukturen erreicht werden. Dabei bildeten die Begriffe Tradition und Moderne Ausgangs- und Endpunkt eines Entwicklungsweges, der sich an dem der Industrieländer orientierte. D.h. die Modernität westlicher Industrieländer galt als das Ziel, welches auch die Entwicklungsländer zu erreichen hatten. Eine entscheidende Rolle im Modernisierungsprozess wurde den Eliten in den Metropolen der Entwicklungsländer zugeschrieben. Durch sie sollten die neuen modernen (westlichen) Werte Einzug in die Gesellschaft erhalten und diese dahingehend beeinflussen, dass traditionelle Segmente und Räume nach und nach akkulturiert werden. Hierdurch sollte der herrschende interne Dualismus und somit die Unterentwicklung überwunden werden. Man hielt diesen Entwicklungsprozess, der von der Entwicklungshilfe der Industrieländer angestoßen wird, ursprünglich für uniform (für alle Entwicklungsländer gleich) sowie unilinear (geradlinig auf eine gesellschaftliche Zielvorstellung zulau fend). Den Industrieländern kommt in diesem Zusammenhang eine positive Funktion durch Orientierung und Hilfestellung zu.

Als Grundannahmen der Modernisierungstheorie galten: - Unterentwicklung ist ein frühes Stadium gesellschaftlicher Entwicklung; - die Frage nach Ursachen der Unterentwicklung ist hier unerheblich, vorrangig ist die Suche nach Faktoren, die den sozialen Wandel behindern, wobei diese als endogen (d.h. intern, innergesellschaftlich) verstanden werden; - Industrieländer sind Vorbild und Ziel des Entwicklungsprozesses; - interne Struktur ist dualistisch, d.h. es gibt moderne und traditionelle Sektoren und Verhaltensweisen; - die Entwicklungsländer imitieren den Entwicklungsprozess der Industrieländer und vollziehen ihren eigenen in vergleichbaren Schrit-

ten, wobei auch Unterschiede v.a. in der Ressourcenausstattung gegeben sind.

Daraus lassen sich im wesentlichen aber auch die Kritikpunkte ableiten. Der Modernisierungstheorie wird hauptsächlich vorgehalten, das Modernitätsleitbild zu stark auf die westlichen Länder zu fixieren. Ebenso fehlt ein Erklärungsansatz, wodurch Unterentwicklung zustande kommt. Der Focus richtet sich im wesentlichen auf endogene Hindernisse des Entwicklungsprozesses, somit werden internationale Zusammenhänge übersehen, bzw. nicht wahrgenommen. Des weiteren wird von den Kritikern die Tendenz zu monokausalen Erklärungsmustern bemängelt, was der komplexen Thematik nicht gerecht werde. Aus realitätsfremden Überwindungsstrategien folgert ein praktisches Scheitern der Modernisierungstheorie.

1.2.3 Dependenztheorie

Die starke Kritik an Wachstums- und Modernisierungstheorie führte ab Mitte der 60er Jahre zum Entwurf der Dependenztheorie, oder auch *dependencia*, da sie ihren Ursprung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Lateinamerika hat. Das bemerkenswerte an dieser Theorie ist, dass sie als einzige aus den Entwicklungsländern selbst stammte (vielleicht war sie von daher schon stark ideologisch geprägt in dem Sinne, dass den Industrieländern alleinige Schuld an Unterentwicklung gegeben wurde).

Die Erschaffer der *dependencia* nahmen für ihre Theorie in Anspruch, in doppeltem Sinne Geltung zu haben. Und zwar einerseits als Erklärung von UE auf theoretischer Ebene, und als Überwindungsstrategie von UE auf politischer Ebene andererseits. Die *dependencia* nahm sich des Komplexes an, den die Modernisierungstheorie ausgelassen hatte: den der externen Entwicklungshindernisse, die in nationalen und internationalen Herrschaftsbeziehungen, Ausbeutungsstrukturen und strukturellen Deformationen bestehen. Neben diesem Mangel der Modernisierungstheorie kritisierte die *dependencia* überdies die meist ahistorische Zugriffsweise und ihren starken Ethnozentrismus.

Erstmals rückte die *dependencia* die exogenen Faktoren für Entwicklungshemmnisse in den Vordergrund, die v.a. in der Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die Industrieländer gesehen wurden. Dies versuchte Raúl Prebisch mit seiner Theorie der sich verschlechternden *terms of trade*, d.h. der ökonomischen Austauschbeziehungen zwischen industrialisierten und nicht-industrialisierten Ländern zu belegen. In der Dependenztheorie spielen auch der Begriff der strukturellen Heterogenität als auch das Zentrum-Peripherie-Modell wichtige Rollen.

Das Zentrum-Peripherie-Modell (ZPM) wurde wiederum von Raúl Prebisch entworfen (ursprünglich zur Analyse von internationalen Wirtschaftsbezie-

hungen), und wird primär von *dependistas* verwandt. Eine Annahme des Modells ist die hierarchische Struktur der Weltgesellschaft, welche durch den Welthandel entstanden ist. In dieser Hierarchie bilden nun die höchstentwickelten kapitalistischen Nationen das Zentrum, während die Entwicklungsländer die Peripherie darstellen. In diesem Modell wird auch angenommen, dass Entwicklung und Unterentwicklung gleichzeitig existieren und auf abhängiger Interaktion des Zentrums und der Peripherie beruhen. Unterentwicklung wird hier so interpretiert, dass das Zentrum durch Verlagerung der Kosten in die Peripherie dort die autonomen Wachstumsmöglichkeiten beschränkt. Somit ist Unterentwicklung extern verursacht durch die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern. Dies ist der globale Aspekt des ZPM.

Daneben gibt es auch regionale (bestimmte Länder in ihrer Region bilden ein Zentrum), als auch nationale Aspekte. National gesehen bilden die großen Städte die Zentren, in denen alle wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen getroffen werden. Hier siedeln sich auch internationale Konzerne an und bilden somit eine Verbindung an den globalen Markt. Die Verbindung der nationalen zu den regionalen Zentren funktioniert häufig besser als die Kommunikation mit der nationalen Peripherie. Diese wiederum besteht aus dem überwiegend agrarischen Rest des Landes, in dem der Lebensstandard bei weitem nicht so hoch ist wie in den Zentren, ebenso wie die Produktivität.

Im ZPM knüpft an dieser Stelle der Begriff der strukturellen Heterogenität an. Dieser beschreibt die grundlegenden Unterschiede in wirtschaftlicher, politischer, technologischer und kultureller Hinsicht, die zwischen Zentren und Peripherien bestehen. Weiterhin meint er auf nationaler Ebene die internen Unterschiede zwischen einem entwickelten modernen Sektor und einem rückständigen traditionellen Sektor. In einer strukturell heterogenen Gesellschaft existieren parallel verschiedene Produktionsweisen (Urgemeinschaft, Clan/ Stammesgemeinschaft, asiatische Produktionsweise, Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus), im Gegensatz zu einer homogenen Gesellschaft, die auf nur einer Weise der Produktion beruht.

Wie oben bereits erwähnt, versuchte die *dependencia* die Ursachen nur in der Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die Industrieländer zu beweisen und stellte damit nur die Modernisierungstheorie auf den Kopf. Als Konsequenzen zur Überwindung von Ausbeutung und Abhängigkeit sahen nahezu alle Verfechter der Dependenztheorie lediglich eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft. Viele versuchten auch dem Weltmarkt den Rücken zu kehren (Dissoziation), um durch Importsubstituierung und Binnenmarktkonzentration aus der strukturellen Abhängigkeit zu entkommen und Unterentwicklung zu überwinden.

Diese Theorie ließ durch die völlige Konzentration auf exogene Faktoren die internen außen vor. Dadurch musste sie als Theorie mit dem umfassenden Anspruch, sowohl zu erklären als auch Handlungsstrategien vorgeben zu können, scheitern.

Gerade auch die Entwicklung, die z.B. in den asiatischen so genannten Tigerstaaten stattfand, nämlich Erfolg durch Integration in den Weltmarkt, widerlegte die *dependencia*. Eine solche Differenzierung innerhalb der Dritten Welt konnte sie nicht erfassen, da sie in ihrer Zweiteilung, Zentrum und Peripherie, bestimmte starre Strukturmerkmale zuwies.

Begreift man die Dependenztheorie lediglich als kritische Situationsanalyse der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Nationen zueinander und der damit verbundenen Sicht auf internationale Arbeitsteilung und deren Auswirkung auf Entwicklungsfähigkeiten der Entwicklungsländer, so hat sie auch heute noch großen Wert.

Das ist allerdings die aktuelle Sicht. Mitte der 70er Jahre wurde die *dependencia* in den Diskussionen um Entwicklungstheorien durch den Blick auf die Bedürfnisse der Menschen verworfen, die bis dahin völlig vernachlässigt wurden.

1.2.4 Grundbedürfnisstrategie

In den 70er Jahren wurde die Forderung nach Erfüllung der Grundbedürfnisse gestellt. Formuliert wurde diese übergreifend in der so genannten Grundbedürfnisstrategie. Auffallend hierbei war, dass nicht mehr von einer Theorie gesprochen wurde. In der momentanen Diskussion um die so genannte Theoriekrise, die in den 80er Jahren eintrat, wird diese vorsichtigere Begriffswahl als Vorzeichen der Verunsicherung des kommenden Jahrzehnts gewertet.

Hauptanliegen von Grundbedürfnis orientierten Entwicklungsstrategien war die Verbesserung der Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung mit dem Ziel der Selbstverwirklichung des Menschen. Zur Verbesserung der Lebensbedingungen sollten die Grundbedürfnisse für einen größtmöglichen Anteil der Bevölkerung innerhalb eines politisch vertretbaren Zeitraumes befriedigt werden. Man ging von zwei Komponenten aus, welche die Befriedigung von Grundbedürfnissen ausmachen sollten. Dies war einerseits die Versorgung mit den Basisgütern des privaten Gebrauchs wie Nahrung, Obdach, Kleidung sowie bestimmten Haushaltsgegenständen. Zum anderen sollte die Bereitstellung von grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet werden, wie der Trinkwasserversorgung, sanitäre Anlagen, Transport, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Darüber hinaus wurden auch die Erfüllung immaterieller Bedürfnisse beispielsweise in Form von politischer Beteiligung der Zielgruppen (Partizipation) als außerordentlich wichtig angesehen. Als Zielgruppen wurden diejenigen betrachtet, deren Verbrauch an Grundbedarfsgütern einen absoluten oder auch relativen Standard nicht erreichte. Für den begrifflichen Rahmen der Ausgestaltung von Strategien zu Grundbedürfnisbefriedigung lässt sich eine Hierarchie von elementaren Lebenszielen aufstellen, aus welcher man die konkreten Bedürfnisse einer bestimmten Zielgruppe ableiten kann, jedoch unter Berücksichtigung des jeweiligen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontextes, d.h. es soll auch das subjektive Empfinden einer bestimmten Zielgruppe miteingerechnet werden (vgl. Abbildung).

Tabelle 1: Hierarchie von elementaren Lebenszielen

Hierarchie elementarer Lebensziele	Komponenten eines grundbedürfnisorientierten Güterbündels
Überleben bei Befriedigung materieller und immaterieller Grundbedürfnisse	Güter, die die Teilhabe an <durchschnittlichen> Konsumgewohnheiten ermöglichen
	Partizipation an Entscheidungen, die die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen betreffen
Produktives Überleben	Zugang zu Produktionsmitteln (insbesondere Land)
	Funktionale Basiserziehung
	Zusätzliche Nahrungsmittel
	Schutz gegen schwächende Krankheiten
Fortdauerndes Überleben	Hinreichende Wohnung
	Schutz gegen tödliche Krankheiten
Bloßes Überleben	Nahrungsmittel, Trinkwasser (physiologischer Minimalinput)

Entnommen aus NOHLEN: *Lexikon Dritte Welt*, 2000

Aus der Grundbedürfnisbefriedigung (v.a. Gesundheit, Bildung, Ernährung) resultiert im Endeffekt auch, und das ist ebenfalls ein ganz wesentlicher Aspekt aus ökonomischer Sicht, die (Wieder-)Herstellung, bzw. die Erhöhung der menschlichen Produktivität.

Aber auch an dieser Strategie ist Kritik laut geworden. Es fehle die theoretische Untermauerung war ein Kritikpunkt, ein anderer sei die mangelnde Operationalität. Im Zuge der praktischen Umsetzung von Handlungen, welche auf die Grundbedürfnisbefriedigung abzielten, waren aber „sogar Maßnahmen wie Lebensmittelhilfe wieder ‚salonfähig‘ geworden, die früher schon verworfen wurden, weil sie nicht die Selbsthilfe sondern die Abhängigkeit förderten“ (KOSLOWSKI 1995, S. 59). Daraus leiteten die Regierungen der Entwicklungsländer, sicher nicht ganz zu unrecht, eine Ablenkungstaktik der Industrieländer ab, nicht auf die Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung reagieren zu wollen. Somit standen sie dem Konzept der Grundbedürfnisbefriedigung sehr konträr gegenüber.

Einig sind sich aber alle, dass auch aufgrund von fehlendem Wissen über Kausalrelationen von Grundbedarf und dessen Befriedigung, Strategien zu dieser Erfüllung Teil der Entwicklungspolitik insgesamt bleiben soll, da sie wichtiges Detailwissen schon erarbeitet haben und der Politik von ihnen zur Verfügung gestellt werden können.

1.2.5 Sustainable Development

Im Rahmen der Theoriediskussion ist an dieser Stelle auch der in den 80er Jahren in die Entwicklungspolitik eingezogene Begriff ‚*sustainable development*‘ darzulegen. Obwohl der Begriff lediglich ein Konzept und keine Theorie darstellt, soll er hier doch kurz erläutert werden, da er in den aktuellen Überlegungen zur Entwicklung eine wichtige Rolle spielt. Die UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) führte den Begriff in dem so genannten Brundtland-Bericht 1987 ein. Im Deutschen bedeutet er soviel wie Nachhaltigkeit, Dauerhaftigkeit oder auch Zukunftsfähigkeit. *Sustainable Development* besagt, dass die Entwicklungsbemühungen nicht nur kurzfristig gedacht sein sollen, sondern langfristig und systematisch durchdacht sein müssen, um so positive Auswirkungen auf zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen nehmen zu können. Er beinhaltet und betont vor allem auch ökologische Dimensionen, die Umweltverträglichkeit von Technologie und sozialer Organisation in den Entwicklungsbemühungen um die Grundbedürfnisbefriedigung der Armen, welche für *Sustainable Development* überwiegenden Vorrang hat. Diese Umweltverträglichkeit ist es, die in allen anderen Theorien bislang nicht bedacht worden war, obwohl sie doch einen ganz erheblichen Aspekt darstellt. Zumal die Industrieländer stets darauf bedacht waren, dass die Entwicklungsländer zwar in etwa die gleiche Entwicklung wie sie selbst durchlaufen mussten, aber doch ihnen unterlaufene Fehler nicht auch machen sollten. Hierzu gehört auf jeden Fall die absolute Rücksichtslosigkeit, mit der die Industrialisierung voran getrieben wurde.

Die WCED berücksichtigte nun diesen Aspekt und formulierte folgende Zwischenziele: Belebung des Wachstums in Industrieländern sowie Entwicklungsländern, Veränderung der Wachstumsqualität, Befriedigung von menschlichen Grundbedürfnissen, Stabilisierung des Bevölkerungswachstums, Erhalt der Ressourcenbasis, Neuorientierung der Technologiepolitik und effektives Risikomanagement.

Die Umsetzung dieses Ansatzes scheint aber angesichts der Globalisierung und der damit verbundenen Weltordnungspolitik Schwierigkeiten zu machen. Aktuelle Trends in internationalem Handel und Wirtschaft zeigen eher das Gegenteil zu vorgenannten Zielen: die kapitalistischen Marktregeln berücksichtigen nicht unbedingt die Ökologieverträglichkeit von bestimmten Handlungen. Umstritten ist auch, inwiefern individuelle und kollektive Verhaltensweisen beeinflusst werden können und sollen.

Durch das frühere Scheitern aller Erklärungsversuche der Theorien, die allesamt der Meinung waren, recht einfache Antworten auf die Frage geben zu können, wie Entwicklung zu bewerkstelligen sei, ist man heute viel vorsichtiger geworden, was das vorschnelle Aufstellen von umfassenden Theorien betrifft. Gegenwärtige Ansätze versuchen die Multikausalität von Entwicklung zu berücksichtigen indem sie sich aus allen bisherigen Theorien und Strategien die klaren Punkte herausuchen und zusammenfügen. Dabei zeigt sich, dass durch bisherige Erfahrungen in den Entwicklungsdiskussionen offensichtlich alle involvierten Parteien bemüht sind, keine allzu konkreten Aussagen zu machen und Handlungsempfehlungen auszusprechen, um auf jeden Fall einen konsensfähig zu bleiben.

(viele der Informationen in diesem Kapitel stammen aus NOHLEN: *Lexikon Dritte Welt*, 2000, unter dem jeweiligen Stichwort)

1.3 Vier Dekaden Entwicklungspolitik

Um die Einbindung und Bedeutung der Entwicklungstheorien zu verdeutlichen sollen im folgenden Kapitel die Entwicklungen in den einzelnen von der UN ausgerufenen Dekaden kurz aufgezeigt werden. Gleichzeitig wird versucht, dies nicht nur allgemein auf die gesamte Dritte Welt zu beziehen, sondern an Lateinamerika zu konkretisieren.

1.3.1 Ausgangsbedingungen

Spätestens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konnten sich auch die letzten Kolonien von ihren Besatzern befreien. Damit war das Ende des sogenannten Kolonialismus gekommen und für die Länder des Südens ergab sich die Möglichkeit neuer Entwicklung. Allerdings hatten die Kolonialländer denkbar schlechte Voraussetzungen hinterlassen, um den Entwicklungsländer ein Aufholen zum Entwicklungsstand der Industrieländer, wie diese sich vorgenommen hatten, zu ermöglichen. Auf fast allen gesellschaftlichen Ebenen zeichneten sich negative Wirkungen der Kolonialherrschaft ab, so dass die Entwicklungsländer in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt waren. So war meist nur eine Minderheit der Bevölkerung überhaupt in der Lage sich für die Gestaltung des neuen unabhängigen Staates zu engagieren. Als Folge daraus konnten sich Eliten an der Staatsspitze ansiedeln, die teilweise über Jahrzehnte hinweg den Weg der Nation bestimmten.

Mit dem Abziehen der Kolonialmächte wurden den neuen Ländern deren Investitionsschulden zugerechnet, so dass viele Länder mit einem großen Schuldenberg in die Unabhängigkeit starteten. Meist wurden auch das Erbe des übergebenen Wirtschaftskonzeptes und die dadurch vorhandene Monokultur in der Landwirtschaft sowie die Orientierung auf den Export

von Rohstoffen durch die Industrie, als äußerst belastend erlebt. Ebenso gravierend war in diesem Zusammenhang der Abfluss von fachlichem Wissen (*brain drain*) und technischem Material, das die ehemaligen Kolonialmächte bei ihrem Abzug mitnahmen. Auch auf sozialem Sektor war die Ausgangslage für die neuen Länder nicht besonders erfreulich. Natürlich wirkte sich die schlechte Lage in Wirtschaft und Politik auch auf die Gesellschaftsschichten aus, so dass zumindest im Bereich der Wirtschaft die Industrieländer Starthilfe geben mussten. Freilich taten sie das nicht nur aus Wohlfahrt, sondern sie hatten auch (wirtschaftliche) Interessen, auf die sie sich positive Auswirkungen erhofften. Im Bereich der Politik hielt man sich dagegen stark zurück, da etwaige Kommentare in diesem Bereich von den neuen unabhängigen Ländern als Einmischung in innere Angelegenheiten angesehen wurden. Ein solcher Eingriff hätte sich auf die zukünftigen Beziehungen der Länder negativ ausgewirkt.

International entstand eine Nord-Süd-Politik, die stark ideologisch bestimmt war. Durch die konträren Haltungen von Ost und West, Nordamerika und die Sowjetunion, war die Ausrichtung der Außenpolitik geprägt von der Konkurrenz, den neuen Ländern die eigenen Wirtschaftskonzepte und Staatsformen schmackhaft zu machen. Damit verknüpft war in gewissem Sinne auch die Suche nach Verbündeten.

Durch dieses Konkurrieren miteinander und dem Aufbauen von außenpolitischen Beziehungen war eine neue Politik entstanden, die Entwicklungspolitik.

Die Vereinten Nationen (UN) riefen 1961 die erste so genannte Entwicklungsdekade aus. Dies ist ein 10-Jahres Zeitraum, für den die UN eine Dekadenstrategie beschließen, welche Globalziele für die Entwicklung der Entwicklungsländer und die internationale Entwicklungspolitik enthält. Leider haben diese Strategien nur unverbindlichen Charakter, so dass einige Ziele von den Industrieländern bis heute noch nicht erreicht wurden (s. Kapitel 1.3.5).

1.3.2 Erste Entwicklungsdekade, 1961 – 1970

Die erste Entwicklungsdekade stand ganz im Zeichen von Wachstum als vornehmlichen Entwicklungsindikator. Hier finden sich die Vorstellungen der Wachstums- und Modernisierungstheorien wieder, dass wirtschaftliches Wachstum sich auf die ganze Gesellschaft positiv auswirke und somit Entwicklung sei. Unter Berücksichtigung dieser Vorstellungen war das erste Entwicklungsjahrzehnt sogar ein sehr erfolgreiches, denn mit den Zielvorgaben eines Wirtschaftswachstums von 5% lag man durchaus im realistischen Bereich, nachdem in den 50er Jahren die Entwicklungsländer mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4,6% sogar die Wachstumsraten der USA übertroffen hatten (vgl. NUSCHELER 1991, S. 44). Als Globalziele wurden für diese Dekade ein jährliches Wachstum des BSP von 5%, des PKE von 3%, der Industrieproduktion von 8,5% sowie der landwirtschaftlichen Produktion um 4% festgelegt. Ganz deutlich sieht man bei diesen Zielen die absolute Ausrichtung auf wirtschaftliches Wachstum. Betrachtet man die Grundlage der Modernisierungstheorie, war dies durchaus logisch. Allerdings sollte man die erfolgreiche Statistik auch hinterfragen, welche besagt, dass das Ziel des BSP-Wachstums durchschnittlich sogar erreicht wurde. Wenn man das globale Wachstum in Bezug zum Bevölkerungswachstum setzt und regional untergliedert, lässt sich klar erkennen, dass nicht in allen Regionen das nun durchschnittliche **BSP-Wachstum pro Kopf** von 2,5% erreicht wurde. So kam Lateinamerika nur auf 1,7%, Afrika hingegen nur auf 1,5%.

Aus diesen Zahlen lässt sich gut ableiten, dass dieses Jahrzehnt erfolgreich war unter der Voraussetzung, dass Wachstum gleich Entwicklung bedeute. Berücksichtigt man zudem noch die absolute Zahl der gewährten Entwicklungshilfe (*Official Development Aid* = ODA) von 60 Milliarden US-Dollar, so kann man zu dem Schluss gelangen, dass in den Entwicklungsländern gute Resultate erzielt werden konnten. Doch man muss dies kritischer sehen, denn mit Blick auf die relative Zahl der ODA ergibt sich

schon eine etwas andere Perspektive. Betrugen die Leistungen der DAC-Länder 1960 noch 0,52% ihres BSP, so waren es 1969 nur noch 0,36%. Was war aber mit diesem Riesenberg von Entwicklungshilfe geschehen, mit dem man doch einen großen Entwicklungsschritt hätte machen können? Angesichts der Tatsache, dass es einen starken Kapitalabfluss gab, blieb nicht viel von diesem Riesenberg übrig.

Dieser Kapitalabfluss war bedingt durch:

- Schuldentilgung für Kredite (Lateinamerika musste schon Mitte der 60er Jahre 87% der Neukredite dafür ausgeben),
- Gewinntransfer von Auslandsunternehmen, die sich zunehmend auf Entwicklungsländer stürzten, da sie hier einen neuen ertragreichen Markt sowie günstige Produktionsfaktoren sahen,
- als auch die so genannten Invisibles (d.h. Gebühren für Patente, Versicherungen und Transportleistungen etc.)
- sowie hohe Preise für Importgüter.

Als wichtigstes Instrument zur Erreichung wirtschaftlichen Wachstums wurde der Außenhandel festgelegt, der somit relevanter als die Entwicklungshilfe angesehen wurde. Es galt der Slogan „*trade not aid*“; prinzipiell sinnvoll gedacht zur Steigerung der Exporterlöse, doch durch die globalen wirtschaftlichen Bedingungen, wie z.B. niedrige und instabile Rohstoffpreise, konnte dieser Ansatz nicht zu Erfolg führen. Gerade die Konzentration der Entwicklungsländer auf den Export von Rohstoffen und den Import von Fertigwaren führte zu ungerechten Bedingungen. Lateinamerika versuchte durch sein Konzept der importsubstituierenden Industrialisierung diesen benachteiligenden Bedingungen zu entgehen, was sich aber in späteren Jahren als negativ auswirken sollte, da dies zu einer Art Isolation führte. Dies erkannte Raúl Prebisch ebenfalls und äußerte seine Kritik in Form seiner **Theorie von der säkularen Verschlechterung der *terms of trade***.

Gegen Ende dieser Entwicklungsdekade stand mit dem 1969 erstellten PEARSON-Bericht (Bericht der Kommission für Internationale Entwick-

lung) ein Instrument zur Beurteilung bisheriger Entwicklungspolitik und Konstruktion neuer Entwicklungsstrategien für die folgende Dekade zur Verfügung. Dieser Bericht beurteilte die Entwicklungssituation auch dahingehend, dass die DAC-Länder, sprich die Entwicklungshilfe gebenden Länder, entgegen den gemeinsam proklamierten Zielen, lediglich auf kurzfristige politische und/ oder wirtschaftliche Interessen aufbauend handelten. Dies erregte international Aufsehen, da hier eine Teilschuld der „Krise der Entwicklungshilfe“ durch das Verhalten der Industrieländer erklärt wurde.

1970 verabschiedete die UNO die Resolution 2626, welche besagte, dass die DAC-länder 0,7% ihres BSP als Entwicklungshilfe abführen sollten. Dies geschah allerdings ohne zeitliches Limit, bis wann dies geschehen müsste, so dass noch heute nicht alle Mitgliedsstaaten dieses Ziel erreicht haben.

1967 gründete sich die **Gruppe der 77** die aufgrund der außenwirtschaftlichen Zwangslage der EL immer stärker in deren Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit einstimmte.

(vgl. NUSCHELER 1991, S. 19-25)

1.3.3 Zweite Entwicklungsdekade, 1971 – 1980

Trotz dieser erkannten Schwierigkeiten, die mit der Konzentration auf wirtschaftliches Wachstum zusammenhingen, wurden die Ziele für die zweite Entwicklungsdekade sogar noch höher gesteckt. So sollte auf ein Wachstum des BSP von 6%, des PKE von 3,5% hingearbeitet werden. Für die Industrieproduktion und die Landwirtschaft galten Wachstumsraten von 8%, bzw. 4% als erstrebenswert. Allerdings wurde im Laufe des Jahrzehnts immer klarer, dass Wachstum alleine noch keine Entwicklung ausmacht. So erkannte der damalige Weltbank-Präsident Robert McNamara, dass die fehlende Verteilung des Einkommens innerhalb der Entwicklungsländer ein grundlegendes Problem sei. Auf einer Konferenz von Fi-

nanzministern und Notenbankpräsidenten zeichnete er ein dramatisches Bild der sozialen Lage in den Entwicklungsländern. Er machte auch darauf aufmerksam, dass vor allem in den landwirtschaftlichen Betrieben die finanzielle Lage sehr schlecht und dieser Bereich stark vernachlässigt worden sei. Ebenso betonte McNamara, dass große Bevölkerungsteile der EL nicht einmal „die grundlegenden menschlichen Existenzbedürfnisse befriedigen können“ (McNamara 1973, zit. nach NUSCHELER 1991, S. 25). Seine Rede sollte richtungsweisend für die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit sein. Der Kampf gegen die Armut sollte Priorität haben und so wurde die Diskussion um die menschlichen Grundbedürfnisse ausgelöst, in deren Verlauf die Ausrichtung bisheriger Strategien (Wachstum) grundlegend kritisiert wurden. So kam es, dass in den nächsten Jahren nach den Erkenntnissen der Grundbedürfnisstrategie gehandelt wurde. Diese tauchten auch in den Handlungskonzepten der großen (UN-)Organisationen auf, wie z.B. UNESCO („Bildung für alle“) oder WHO („Gesundheit für alle“). Die Lösung der sozialen Probleme, etwa mangelnde Bildungsmöglichkeiten, Arbeitslosigkeit, geringe medizinische Versorgung als auch Armut ganz allgemein, wurde ab nun als wichtiger Schritt zur Verbesserung der Lebenslage angesehen.

Noch eine weitere Theorie beeinflusste die Diskussion um Entwicklung maßgeblich: die *dependencia*. Sie lenkte den Focus erstmals auf die Einbindung der Entwicklungsländer als Peripherie in den vom Zentrum (Industrieländer) diktierten internationalen Handel und sah diesen als Hauptgrund für Unterentwicklung. Bezeichnend dabei ist, dass diese Theorie aus Lateinamerika stammt, also aus den Entwicklungsländern selbst. Sie ist im Zusammenhang mit den vielfältigen Befreiungsbewegungen der 70er Jahre zu sehen und hat auch sozialistische Tendenzen, da sie von der kapitalistischen Ausbeutung der Entwicklungsländer ausgeht.

Sich stützend auf diese neue Theorie forderten die Entwicklungsländer mit ihren Organisationen (Gruppe der 77, Bewegung der Blockfreien) verstärkt eine neue Weltwirtschaftsordnung. Das Vorgehen der Industrieländer, sich auf die Grundbedürfnisse zu konzentrieren sahen die Regierungen als

Ablenkung von ihren Forderungen an und fürchteten um ihre industrielle Zukunft.

Die so genannte ‚Ölkrise‘ führte den Industrieländern vor Augen, dass die Entwicklungsländer durchaus gewisse Macht hatten, zumindest durch die Vereinigung der OPEC. Diese bestimmte den Ölpreis und beeinflusste stark die Preisbildung sowie die Machtstrukturen auf dem Ölmarkt. Durch diese Krise beflügelt drängten inzwischen 130 Entwicklungsländer auf eine neue Wirtschaftsordnung, worauf die Industrieländer sich notgedrungen auf einen Nord-Süd-Dialog einlassen mussten. Im Mai 1974 wurde dann von der UN-Generalversammlung die Erklärung über die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung verabschiedet. Allerdings spielten sie auf Zeit und mit den Interessensgegensätzen der Entwicklungsländer untereinander, so dass nachfolgende Konferenzen und Verhandlungen wenig bewirkten (vgl. MATTHIES: Neue Weltwirtschaftsordnung, Hintergründe, Positionen, Argumente. Opladen 1980).

Trotz der Vielschichtigkeit und Vielfältigkeit der lateinamerikanischen Länder kann man allgemeine Aussagen über diese Region machen. So stiegen die lateinamerikanischen Wirtschaften im Schnitt in den 70er Jahren um jährlich 5,4% an, das PKE wuchs durchschnittlich um 3% p.a..

Die CEPAL unterteilt das Wachstum zwischen 1960 und 1980 in insgesamt vier Phasen, die gekennzeichnet sind durch starke Progression bis ca. 1974, danach gab es eine kurze Rezession bis 1976, bis wieder verhaltener Anstieg einsetzte. Vor allem die Erdöl exportierenden Länder konnten in dieser Phase höhere Wachstumsphasen aufweisen. Aber auch hier ist die Vernachlässigung der Landwirtschaft deutlich, der Beschäftigungsanteil der Landwirtschaft ging von 48% 1960 fast kontinuierlich auf 32% im Jahre 1980 zurück. Dies lässt sich auf politische Versäumnisse der Regierungen zurückführen, den Agrarsektor in Entwicklungskonzepte längerfristig einzubeziehen (vgl. NOHLEN/ NUSCHELER 1992, S. 31).

Die immer stärker drückende Schuldenlast machte sich ab Mitte des Jahrzehnts weiter bemerkbar. So hatte Lateinamerika 1979 Auslandsschulden von 145 Milliarden US-\$ (vgl. NUSCHELER 1991, S. 23).

Trotzdem wurde diese Zweite Entwicklungsdekade gerade auf dem Gebiet der Armutseindämmung durch Anwendung neuer Strategien (z.B. Schaffung von *Nongovernmental Organisations*, NGO), verbesserte Rahmenbedingungen durch entstandene Süd-Süd-Kooperationen sowie aufgezeigtem Wirtschaftswachstum als die ‚Goldenen Jahre‘ in der Entwicklungsarbeit angesehen. (vgl. NUSCHELER 1991, S. 25ff und PASSON 1999, S. 20ff)

1.3.4 Dritte Entwicklungsdekade, 1981- 1990

Trotz der sich abzeichnenden Krise, aber vor allem wegen der zurückliegenden ‚Goldenen Jahre‘ setzten die UN auch zu Beginn der Dritten Entwicklungsdekade weiterhin auf ihre hohen Wachstumsziele. Allerdings fügte man den herkömmlichen ökonomischen Daten (Wirtschaftswachstum von 7%, Steigerung der Agrarproduktion um 4%, der Industrieproduktion um 9%) noch soziale Zielkomponenten hinzu. So sollte die soziale Entwicklung anhand von Indikatoren wie Kindersterblichkeit, Lebenserwartung, Verbesserung der Wohnsituation, der Ausbildung, des Trinkwassers gemessen werden. Des weiteren galt es als erstrebens-

Tabelle 2: Durchschnittliche Wachstumsraten des Volkseinkommens pro Kopf zu konstanten Preisen

	1965-73	1973-80	1980-87
Lateinamerika			
Argentinien	2,6	0,3	-2,2
Bolivien	2,4	0,3	-6,6
Brasilien	7,4	3,6	1,1
Chile	1,7	0,6	-1,8
Costa Rica	3,3	2,6	-2,8
Dominikan. Rep.	4,2	1,5	-2,7
Ecuador	2,1	6,4	-4,1
El Salvador	1,2	1,8	-2,4
Guatemala	2,7	2,4	-4,8
Haiti ^a	-0,2	2,5	-4,2
Honduras	0,3	-4,4	2,3
Jamaica	3,5	-4,2	-0,5
Kolumbien	3,8	3,1	1,3
Mexiko	4,3	3,4	-2,9
Panama	5,0	0,6	1,0
Paraguay	2,9	6,2	-2,6
Uruguay	2,2	3,1	-2,4
Venezuela		2,3	-4,5

Süd- und Osteuropa			
Jugoslawien	5,2	5,3	-0,1
Polen ^a			-0,1
Portugal	8,2	0,0	1,5
Ungarn		5,5	-0,5

von 72 Ländern			
mit Wachstum über 1 %	42	46	21
mit Wachstum 1 - -1 %	14	11	20
mit Wachstum unter -1 %	5	13	30

^a 1980-1985; ^b 1974-81, 1982-87; ^c 1980-86

Quelle: Worldbank: Trends in Developing Economies 1989; Taiwan Statistical Data Book 1989.

entnommen aus NOHLEN/ NUSCHELER: Handbuch der Dritten Welt Bd 1 1992

wert Hunger und Unterernährung zu bekämpfen, um die Entwicklung voranzutreiben. (vgl. NOHLEN *Lexikon Dritte Welt*, 2000, S. 218f)

Diese Zielorientierung zerschlug sich aber recht schnell, denn innerhalb dieses Jahrzehnts sollten diverse Probleme die Entwicklung behindern. Zunächst wurde deutlich, dass man sich in einer Rezessionsphase befand. So sanken die Wachstumsraten rapide, ab 1982 befanden sie sich sogar im negativen Bereich. Nach Daten der Weltbank verzeichneten 14 von 18 lateinamerikanischen Staaten zwischen 1980 und 1987 negative durchschnittliche Wachstumsraten (s. Tabelle 2).

Von damals insgesamt 72 registrierten Entwicklungsländer hatten in diesem Zeitraum 50 Länder ein Wachstum von unter 1%, davon 30 sogar unter -1% aufzuweisen.

Auf die exportorientierten Länder wirkte sich ein hiermit zusammenhängender Importrückgang der Industrieländer direkt aus. Die Rohstoffpreise fielen äußerst stark in fast allen Bereichen, teilweise über das ganze Jahrzehnt hinweg. Der Preis für Kaffee beispielsweise lag 1989 um 68,5% unter dem Durchschnittspreis von 1980. Aber auch die Öl exportierenden Länder mussten sich mit dem raschen Preisverfall ihres Exportartikel auseinandersetzen: konnten diese Länder 1985 noch einen durchschnittliche Preis von 26 US-\$ pro Barrel erzielen, so stürzte er im folgenden Jahr vorübergehend unter 10 US-\$. Die Öleinnahmen der OPEC-Mitgliedsstaaten beliefen sich im Jahr 1980 auf rund 280 Mrd. US-\$, sechs Jahre später waren dies nur noch 90 Mrd. US-\$ (vgl. NUSCHELER 1991, S. 34). Die öffentliche Entwicklungshilfe konnte nicht einmal die Verluste ausgleichen, die bei den Exporterlösen entstanden. Daraus lässt sich gut ablesen, wie stark die Entwicklungsländer durch diese Milliardenverluste beeinträchtigt wurden.

Als Hauptgrund für die Krise, die das Jahrzehnt und die Entwicklung überaus einschneidend prägte, wird die immense Verschuldung der Entwicklungsländer angeführt, die teils aus o.a. Gründen resultierte.

Die Verschuldung der gesamten Dritten Welt belief sich 1980 auf 647 Mrd. US-\$, bis 1990 steigerte sich diese Summe aber noch einmal um ca. 240% auf 1539 Mrd. US-\$ (vgl. . NOHLEN *Lexikon Dritte Welt*, 2000, S. 793). Lateinamerikas Anteil daran betrug 41% im Jahre 1980, bzw. 34% zehn Jahre später. Diese Reduktion kam aber erst nach einer Steigerung bis Mitte der 80er Jahre (43%) zustande. Insgesamt ist also eine gewisse Konzentration der Schulden auf Lateinamerika festzustellen, vor allem Mexiko und Brasilien hatten daran Anteil, denn sie vereinigten 53% der Gesamtverschuldung der Region im Jahr 1982. Im gleichen Jahr mussten sie auch ihre Zahlungsunfähigkeit gegenüber den Schuldnern gestehen, womit die Schuldenkrise quasi offiziell wurde (vgl. NOHLEN/ NUSCHELER 1992, S. 34). Eine Ursache hierfür waren die in den 70er Jahren aufgenommenen privaten Kredite. Aufgrund des damaligen guten Geschäftes glaubte man, die Wirtschaft langfristig durch Investitionen weiter festigen und ausbauen zu können. Wie sich zeigte war dies ein Irrglaube. Denn in den folgenden Jahren kam es zu einem Kapitalumfluss. So floss zwischen 1985 und 1990 durch die Schuldentilgung der Entwicklungsländer mehr Kapital in die industrialisierten Länder als umgekehrt. NUSCHELER (1991) beschreibt diese Situation mit drastischen Worten in einer Metapher: „Es findet eine Bluttransfusion von Schwachen zu Gesunden statt. Die Dritte Welt blutet finanziell aus.“ (a.a.O., S. 32)

Man befürchtete einen Zusammenbruch des gesamten internationalen Finanzwesens, zum Teil auch weil sich viele Privatbanken bei der Gewährung von Krediten über ihre eigenen Kapitalgrenzen hinaus gewagt hatten. Deswegen zogen sich ab 1980 private Kreditinstitute aus dem Kreditgeschäft mit den Entwicklungsländern zurück. Ihr Anteil spielt ab 1982 in den Mittelzuflüssen aus den Industrieländern an die Entwicklungsländer nur noch eine untergeordnete Rolle. Als weitere Reaktionen auf die Krise schlossen sich in der Folgezeit Abkommen über Umstrukturierungen der Schulden an, so genannte Umschuldungen. Eine Hauptrolle bei dieser Art Krisenmanagement spielten der IWF (Internationaler Währungsfond) sowie die Weltbank. Sie gewährten solche Abkommen denjenigen antrag-

stellenden Ländern, die sich bereit zeigten, die damit verbundenen Auflagen zu erfüllen. Diese bestanden meist in Umstrukturierungen von Wirtschaft und Finanzpolitik, und stellten somit wesentliche Eingriffe in die Gesamtpolitik der Entwicklungsländer dar. Das Ziel, die Haushalts- und Bilanzdefizite auszugleichen, sollte mit Hilfe von starken Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor, der Abwertung der Landeswährung und der freien Preisgestaltung von Konsumgütern erreicht werden. Hierbei fielen insbesondere die staatlichen Subventionen für Nahrungsmittel und öffentliche Dienstleistungen (Gesundheitsdienste, Bildungswesen, Verkehrsmittel etc.) weg, so dass für einen Großteil der Bevölkerung nun sogar der Erwerb von Grundnahrungsmitteln wesentlich schwieriger wurde.

Nicht bedacht wurden bei der so genannten Strukturanpassung die sozialen Folgen. Im Fortgang kam es zu einer Ausweitung von Armut, Hunger und Gewalttätigkeit. Dies führte sogar soweit, dass es zu sozialen und wirtschaftlichen Spannungen, zum Teil zu politischen Unruhen kam, denn „die erzwungene Hungerkur machte vor allem den jungen und labilen Demokratien in Lateinamerika das Überleben schwer, weil die Menschen von Demokratie nicht nur das Veranstellen von Wahlen, sondern auch ein besseres Leben erwarten. Demokratie kann nicht Verhungern in Freiheit bedeuten (NUSCHELER 1991, S. 32).“

Gegen Ende der 80er Jahre sah man die Notwendigkeit der Abfederung der sozialen Folgekosten der Strukturanpassungsprogramme. Es wurden soziale Nothilfefonds eingerichtet, die aus multisektoralen Programmen bestanden, welche mehrere Aktionen unter ein programmatisches und institutionelles Dach brachten. Des weiteren kam es zu Einzelprogrammen (Beschäftigungs-, Ernährungsprogramme...). Sie alle sollten die sozialen Kosten mildern, die Armut insgesamt bekämpfen (neuerdings!) und vor allem auch die Akzeptanz der Strukturanpassungsprogramme vergrößern. Daneben wurde langsam aber auch die Sichtweise entwickelt, die das Schuldenproblem als strukturelles Entwicklungsproblem auffasste. Durch die so genannte ‚Brady- Initiative‘ (1989) wurde deutlich, dass diesem

Problem nur durch eine bedeutende Verringerung der Schulden beizukommen ist. Hiermit war insbesondere auch die Erlassung von Auslandsschulden gemeint. Im Rahmen dieses Brady-Plans konnten bis Ende 1991 Mexiko, Costa Rica, Venezuela und Chile Abkommen mit ihren Gläubigern treffen. (vgl. NOHLEN/ NUSCHELER 1992, S. 36).

Zudem wurden die Leistungen der ODA in diesen Jahren von den DAC-Ländern eingeschränkt. Anstatt der festgelegten Grenze von 0,7% des BSP wurde von ihnen gegen Ende der 80er Jahre nur ein durchschnittlicher Wert von 0,35% erreicht.

Weiterhin war dieses Jahrzehnt geprägt von Flüchtlingsströmen die ausgelöst wurden durch interne politische Probleme der Entwicklungsländer, die z.T. in Bürgerkriegen resultierten, verschiedene repressive Diktaturen, soziale Not und Hungerkatastrophen sowie Umweltkatastrophen, teils bedingt durch die Ausbeutung und Verwüstung der Ressourcen durch den Menschen selbst.

Neue Ansätze in der Entwicklungsstrategie hatten in diesem ‚verlorenen Jahrzehnt‘ (Weltentwicklungsbericht der Weltbank 1990) keine Chance aufgrund des Scheiterns oder lediglich geringe Erfolge aufweisenden Strategien der 70er Jahre. Durch zunehmende Zersplitterung und Interessenskonflikte der EL untereinander und das durch die Schuldenkrise (zwangsläufig) defensive Verhalten der EL wurden die hoffnungsvollen Aussichten einer Süd-Süd-Kooperation und die Möglichkeit auf eine Neue Weltwirtschaftsordnung zerstört (vgl. MENZEL in NOHLEN/ NUSCHELER 1993, S. 152). Ebenso sah man wieder Möglichkeiten in einer neuen Variante des Wachstumsmodells.

1.3.5 Vierte Entwicklungsdekade, 1991 – 2000

Zu Beginn der 90er Jahre schuf die Welle von politischen Veränderungen, vor allem in der ‚Zweiten Welt‘, also den sozialistischen Ländern und hier allen voran die Sowjetunion durch ihren Zerfall, neue weltpolitische Bedin-

gungen. Der Ost-West-Konflikt löste sich somit auch beinahe auf. In den Entwicklungsländern die bislang mit dem sozialistischen System sympathisiert hatten, mussten sich neu orientieren. Hierdurch kam es auch zu Entschärfungen teilweise lang andauernder interner Konflikte. Dadurch entfielen in vielen Entwicklungsländern die Rüstungsimporte sowie der Truppenaufbau, womit die Regierungen viel Geld einsparten. Ebenso bewirkte die Beendigung des Kalten Krieges einen Truppen- und Rüstungsabbau in den Konfliktparteien des Nordens.

In vielen Entwicklungsländern hoffte man, dass die Industrieländer durch die nun eingesparten Rüstungsausgaben in Höhe von mehreren Milliarden Dollar mehr öffentliche Entwicklungshilfe gewähren könnten. Da diese mittlerweile 1987/ 88 mit durchschnittlich 0,33% des BSP der DAC-Staaten auf einem sehr tiefen Stand angekommen war, schien eine Aufstockung durchaus angebracht. Im Laufe der Jahre sollte sich die ODA aber noch weiter verringern (vgl. PASSON 1999, S. 26f). Nach Angaben des *Human Development Report 2000* des UNDP (*United Nations Development Programme*) belief sich die Entwicklungshilfe der DAC-Länder auf 0,24% des BSP im Jahre 1998. Einen Tiefststand konnte die Entwicklungshilfe im Jahr 1997 verbuchen, mit einem Wert von 0,22%. In absoluten Zahlen ausgedrückt ist die gesamte Entwicklungshilfe ein wenig zurückgegangen. Der *Human Development Report 2000* berichtet von einem Rückgang von 4,7 Mrd. US-\$ (1992) auf 4,4 Mrd. US-\$ im Jahre 1998. Die steigenden Haushaltsbelastungen der Industrieländer schlagen sich in diesen Zahlen nieder. Durch das Einsetzen der Globalisierung kam es, nach einem leichten Wirtschaftsaufschwung gegen Ende der 80er Jahre, zu Beginn des neuen Jahrzehnts zu einer erneuten wirtschaftlichen Rezession. Diese erfasste natürlich auch die Entwicklungsländer. Die Inter-amerikanische Entwicklungsbank erklärte zu Beginn der 90er Jahre, dass das kommende Jahrzehnt die ‚Dekade der Hoffnung‘ für Lateinamerika sein sollte, nachdem das vorhergehende schon ein verlorenes war. Zuerst schien es so, als ob sich die Hoffnung erfüllen sollte. Schließlich erreichte man in den Jahren zwischen 1990 und 1997 ein durchschnittliches Wirt-

schaftswachstum von 3,1%, wobei im Jahr 1997 sogar zum zweiten Mal in diesem Zeitraum ein größerer Sprung von mehr als 5% erreicht wurde. Allerdings muss man hierbei auch die vielfältigen Unterschiede innerhalb der Region beachten, so blieben beispielsweise die größten Wirtschaften Brasiliens und Mexikos in dieser Zeit deutlich unter dem Durchschnitt, während Chile und Argentinien hingegen schneller als die anderen Wirtschaften Lateinamerikas wuchsen.

Als Erfolg dagegen kann man allerdings die Bekämpfung der Inflation verzeichnen, welche im vorigen Jahrzehnt äußerst rasch anstieg. 1990 lag die durchschnittliche Inflationsrate bei fast 1200%, 1997 hingegen bei nur noch 10%. 11 von 18 Ländern der Region konnten Raten unter 10% aufweisen (vgl. NOLTE in *Brennpunkt Lateinamerika*, 07/ 99, S.54;).

Allerdings scheint dies ein seltener Erfolg zu sein, denn in vielen anderen Sektoren kann man nicht von derartigen Phänomenen berichten. Was Investitionen und Sparquoten betrifft, fällt Lateinamerika im internationalen Vergleich ab, genau wie in Forschung und Entwicklung. Alle genannten Faktoren wirken sich mittelfristig negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Ebenso wird sich die Exportstruktur verändern und die Infrastruktur verbessern müssen, um international bestehen zu können.

Weiterhin wirken sich die bestehenden großen Einkommensunterschiede negativ aus. Nirgendwo gibt es einen derart krassen Unterschied zwischen Reich und Arm wie in Lateinamerika. So entfällt auf 5% der Bevölkerung ein Viertel des nationalen Einkommens, auf die obersten 10% der Bevölkerung entfallen schon 40% des Einkommens. Dies zeigt sich auch im Bildungsbereich. Hier schneidet Lateinamerika im internationalen Qualitätsvergleich schlechter ab, allerdings nicht aufgrund geringerer Ausgaben für diesen Bereich, sondern weil die Verteilung und Effizienz dieser Ausgaben nachteilig ist. Traditionell wird in dieser Region der Hochschulsektor bevorzugt, von dem wiederum hauptsächlich die Mittel- und Oberschicht einen Nutzen haben. Des Weiteren bedeuten für Lateinamerika die hohe Anzahl von Armen (1995: 150 Mill., davon fast die Hälfte in extremer Armut), die seit 1993 ansteigende Arbeitslosenquote sowie die hohe und

weiter zunehmende Zahl von Beschäftigten im so genannten informellen Sektor (1998: 58% der Beschäftigten insgesamt arbeiteten hier) große Probleme. NOLTE (1999) rechnet mit einer Zunahme des Risikos politischer Verteilungskonflikte, von sozialer Anomie sowie gesellschaftlicher Desintegration. Damit einhergehend sieht er Begünstigungen für organisierte Kriminalität, insbesondere für den Drogenhandel (auf dieses Thema wird in Kapitel 1.4.7 eingegangen), und die gewaltsame Austragung sozialer Gegensätze (a.a.O., S. 57).

Für die Entwicklungspolitik ergeben sich aus diesen Problemen verschiedene Aufgabenbereiche. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) sieht in ihrem „Regionalkonzept für Lateinamerika“ Maßnahmen in folgenden Bereichen vor:

- Um eine **Minderung der Armut**, welche Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist, zu erreichen, stehen vielfältige Aktivitäten zur Verfügung, wie beispielsweise Beschäftigungsförderung oder auch Beratung bei sozialpolitischen Reformen. Durch Schuldenerlass freiwerdende Gelder sollen zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Der Schuldenerlass erreicht eine neue Dimension durch die von IWF und Weltbank 1999 beschlossene Kölner Entschuldungsinitiative (erweiterte HIPC-Initiative), welche einen verstärkten Ausbau der Schuldenerlassung für besonders hoch verschuldete Länder (aus Lateinamerika darunter Bolivien, Honduras und Nicaragua) vorsieht.
- Ein weiterer Schwerpunkt soll der **Umwelt- und Ressourcenschutz** darstellen. Die immer weiter voranschreitende Zerstörung der Umwelt durch das nicht auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaftssystem, und vor allem die globale Bedeutung lateinamerikanischer Ökosysteme machen die Zusammenarbeit z.B. in Form von Beratung bei der Gestaltung natio-

naler Umweltpolitiken, Nutzung erneuerbarer Energien oder auch Abfallbeseitigung, so wichtig.

- Den dritten Schwerpunktbereich stellt die **Modernisierung von Staat und Gesellschaft** dar. Hierbei geht es darum, die Menschenrechte zu fördern (insbesondere die der indigenen Bevölkerungsschichten) und durch weitere Demokratisierung, Dezentralisation und Stärkung von staatlicher Ordnungspolitik künftigen politischen und gesellschaftlichen Krisen entgegenzuwirken.

(vgl. BMZ: *Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2000*, S. 70ff)

An diesen Bereichen, formuliert vom BMZ für die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit, kann man die Übernahme verschiedener Entwicklungsmodelle und auch die Entwicklung von neuen Perspektiven in der Theorie gut verfolgen. Anhand der drei Ziele für die Zusammenarbeit lassen sich die Fortschritte in der Ansicht von Entwicklung als multikausal bedingt ableiten. Es lassen sich Aspekte der Modernisierungstheorie, der Grundbedürfnisstrategie und letztendlich auch der Ansatz der nachhaltigen Entwicklung (*sustainable development*), der erst in den 80er Jahren Einzug in die Theorie fand, ausmachen.. Zusätzlich kam in dieser letzten Entwicklungsdekade aber noch ein weiterer Aspekt hinzu, dessen ‚Entstehung‘ nun hergeleitet werden soll.

Die Bundesregierung macht ihr Handeln in der Entwicklungszusammenarbeit an fünf Kriterien fest, welche sie beachtet wissen will. Dies sind die Einhaltung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und –sicherheit, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Prozessen, Schaffung einer marktfreundlichen und sozialorientierten Wirtschaftsstruktur sowie die Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns. Die Gewährung von Leistungen richtet sich nach der Erfüllung dieser Kriterien durch die Partnerländer. So kann Einfluss auf die Regierungen der Partnerländer ausgeübt werden. Entspricht deren Verhalten den an westlichen Werten orientierten Wünschen der Bundesregierung, wird dieses Verhalten (*good governan-*

ce) entsprechend belohnt. Dieses Verhalten wird als Voraussetzung für Entwicklung und die Wirksamkeit der Hilfe von außen gesehen. Diese Sichtweise hat sich mittlerweile global durchgesetzt. Hierdurch ist die Entwicklungszusammenarbeit politischer geworden, man mischt sich indirekt wieder in die Politik der Entwicklungsländer ein, um ihnen „zu helfen“. Obwohl diese Einmischung nicht ganz unkritisch zu betrachten ist (die Ausrichtung auf die westlichen Werte betreffend muss man sich fragen, ob wirklich jedes Land sich danach richten sollte), so hat HAMMEL den Fortschritt der Entwicklungszusammenarbeit doch recht treffend beschrieben als das letztendliche Ankommen an den eigentlichen Voraussetzungen für Entwicklung, den politischen Rahmenbedingungen (in: Thiel, 1999, S. 193).

Man kann also zusammenfassen, dass sich **erfolgreiche Entwicklung**, wie man sie heute verstehen kann, auf den Füßen der **Modernisierung von Staat** (*good governance*) und **Wirtschaft, Armutsbekämpfung** und **ökologischer Verträglichkeit** steht, wobei die Entwicklungszusammenarbeit keine neuen Abhängigkeiten schaffen soll. Zudem hat man erkannt, dass der Mensch im Vordergrund stehen muss und erst dann der Rest folgen kann.

1.4 Problembereiche Lateinamerikas

Entwicklungszusammenarbeit und Sozialarbeit haben immer mit der ganzen Gesellschaft und den Rahmenbedingungen welche diese vorgibt, zu tun. Deswegen ist es hier unerlässlich, auf einige Bereiche hinzuweisen, die für Lateinamerika, wie auch allgemein für Entwicklungsländer problematisch sind. Teilweise wurden diese schon erläutert, andere nur angeschnitten oder bislang überhaupt nicht erwähnt. Diese Problembereiche sollen hier nun kurz angesprochen werden, um bewusst zu machen, dass sie alle zusammenhängen und überaus relevant sind für beide Aspekte des Forschungsgegenstandes (EZ und SA), indem sie nicht nur potentielle, sondern Pflicht-Arbeitsfelder darstellen. Dies betrifft insbesondere die Ernährung, die Gesundheit, die Bevölkerungsentwicklung, die Wirtschaftsentwicklung, die Verstädterung, die Umweltzerstörung sowie die politische Instabilität mancher Länder. Der Drogenhandel bildet ebenfalls einen solchen Bereich. Aufgrund seiner Bedeutung in Lateinamerika wird diesem im letzten Teil des Kapitels mehr Platz eingeräumt. Die Wirtschaftsentwicklung wurde an anderer Stelle gleichfalls schon ausführlich behandelt (vgl. Kapitel 1.2 und 1.3), so dass sie an diesem Punkt lediglich noch einmal genannt werden soll, um deutlich zu machen, dass sie nicht von anderen Gesellschaftsbereichen abgekoppelt betrachtet werden kann, wenn es darum geht, die gesamte Entwicklung in ihren Zusammenhängen zu erläutern.

1.4.1 Ernährung

Dieser überaus wichtige Aspekt, der sich aus der Überlegung ergibt, dass die Ernährung **das** Grundbedürfnis schlechthin darstellt, muss immer berücksichtigt werden, wenn es um (Unter-) Entwicklung geht. Denn auch in Lateinamerika gibt es Probleme in diesem Bereich, wenn auch hier nicht von Unterernährung gesprochen werden kann, sondern durch die Verteilung der Lebensmittel ‚nur‘ von Mangelernährung. Diese tritt dann ein, wenn durch zu wenig Abwechslung der Nahrungsmittel eine ausreichende Versorgung mit Vitaminen, Energielieferanten, Proteinen, Spurenelementen u.ä. Nährstoffen nicht gewährleistet ist. Im Gegensatz zur Unterernährung ist die Mangelernährung nicht unbedingt auf einen Mangel an Lebensmitteln im allgemeinen zurückzuführen, sondern auf die ungerechte Verteilung dieser. D.h. theoretisch wäre eine ausreichende Menge an verschiedenen Lebensmitteln für jeden verfügbar. Allerdings kommt es gerade in Lateinamerika durch die großen Einkommensunterschiede in der Bevölkerung folglich auch zu Unterschieden im Erwerb von Nahrungsmitteln. Während die reichen Bevölkerungsteile durchaus in der Lage sind, sich qualitativ hochwertige Lebensmittel zu leisten, sind die armen Menschen darauf angewiesen, sich von günstigen Lebensmitteln zu ernähren. Oft essen sie jeden Tag Reis, Mais, Bohnen oder auch Kartoffeln. Der tägliche Verzehr führt auf Dauer zur besagten Mangelernährung.

Eine äußerst schwerwiegende Folge dieser fehlerhaften Ernährung ist die Auswirkung auf die Arbeitskraft der Menschen.

Die langfristigen Folgen der Mangelernährung sind vergleichbar mit denen der Unternährung. Diese können bestehen in geringem Antrieb, Abwehrschwäche, Infektanfälligkeit, Verschlimmerung und Chronifizierung von Krankheitsverläufen, geringer Antrieb, verminderter geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit. Im Kindesalter kann Mangelernährung zu psychischer und physischer Retardierung sowie zu einer erhöhten Sterblichkeit

führen. Man kann also sagen, dass sich Mangelernährung auf den Gesundheitszustand auswirkt, was wiederum eine Beeinträchtigung der Arbeitskraft zur Folge hat, denn eine ausreichende Reproduktion dieser ist dann nicht mehr möglich. Dadurch ist das Einkommen in Gefahr und somit die Versorgung mit Lebensmitteln...

1.4.2 Gesundheit

Im allgemeinen wird der Gesundheitszustand über die An- oder Abwesenheit von Krankheit definiert. Dies macht insofern Sinn, als dass man dadurch Indikatoren zur Bestimmung des Gesundheitszustands der Bevölkerung erhält.¹ Wie oben bereits erwähnt, ist die Ernährung wichtig für den Gesundheitszustand. Dieser wird aber zusätzlich beeinflusst von anderen verschiedenen Faktoren, auf die allerdings nicht in jedem Fall eingewirkt werden kann. So begünstigt beispielsweise das Klima einer Region ganz entscheidend die Prävalenz von durch Insekten, Viren, Bakterien und anderen Parasiten verursachten Krankheiten. Dies ist in Lateinamerika stark der Fall, da insbesondere das gesamte Amazonasgebiet hervorragende Entwicklungsmöglichkeiten für diverse Krankheitserreger bietet. Hier wären vorrangig Malaria, Wurmbefall, Gelbfieber, Cholera, Salmonellen, Typhus, Ruhr u.a. zu nennen. Diese Krankheiten sind weit verbreitet, jedoch wird die Verbreitung nicht als so schlimm angesehen, da es sich um normale Zustände der Menschen handelt.

KOSLOWSKI (1995) beschreibt den von unseren Vorstellungen abweichenden Stellenwert von Krankheit in Entwicklungsländern als „*conditio humana*“. Sie äußert sich nicht darin, dass man eine Krankheit *hat*, sondern dass man einfach krank *ist*. Sie ist darum in der Regel auch kein Grund, sich zu schonen – nur, wenn es so schlimm ist, dass man nicht mehr arbeiten kann, ist man *krank...*(a.a.O., S. 47)“. Hieraus leitet sie ein

geringes Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung in Entwicklungsländern ab, so dass entsprechende Gesundheitsprogramme Schwierigkeiten bei der Umsetzung bereiten würden.

Neben dem Klima tragen aber auch die teilweise katastrophalen hygienischen Verhältnisse in der Bevölkerung zu immer wieder auftretenden Seuchen bei. So berichtet LAUNER (1993) von der Cholera Epidemie, die 1991 399.000 Personen in Lateinamerika betraf; das sind 70% der weltweit bekannten Fälle. Ursachen hierfür seien die fehlende Abwasserentsorgung und der Mangel an sauberem Trinkwasser (a.a.O., S. 88).

Dies bestätigen auch NOHLEN/ THIBAUT: „Nur in wenigen lateinamerikanischen Ländern sind mehr als 50% der ländlichen Bevölkerung an Trinkwasserversorgung und Kanalisation angeschlossen, in städtischen Gebieten liegt der Versorgungsgrad fast durchweg bei 80%“ (in: NOHLEN/ NUSCHELER, 1992, S. 55). Dabei sollte aber beachtet werden, dass der Anteil der städtischen Bevölkerung, welcher in Armenvierteln oder Slums lebt, ständig steigt (vgl. Kapitel 1.4.4).

KOSLOWSKI nennt darüber hinaus noch andere Faktoren, die den Gesundheitsstand der Bevölkerung beeinflussen. Dazu gehören u.a. gewalttätige Auseinandersetzungen oder auch schlechte Arbeitsbedingungen, denen die Menschen unterworfen sind, wie beispielsweise nicht adäquat in Stand gehaltene Maschinen die immer wieder zu Unfällen und damit zu Verletzungen sowie Behinderungen führen. Sie weist ebenfalls auf Gefahren im Straßenverkehr hin, die sich aufgrund schlechter Straßenverhältnisse und unsicheren Verkehrsmitteln ergeben. Durch Behinderungen oder Verletzungen sind die Menschen wiederum in ihrer Arbeitskraft beeinträchtigt, was meist einen weiteren sozialen Abstieg bedeutet (vgl. KOSLOWSKI, 1995, S. 47f).

¹ Ansonsten möchte ich hier auf die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verweisen: „Gesundheit ist seelisches, körperliches und soziales Wohlbefinden.“

Trotz verbesserter Gesundheitssituation, die der *Human Development Report (2000)* an bestimmten Indikatoren aufzeigt, ist in diesem Bereich für Lateinamerika noch keine Entwarnung zu geben. Denn auch wenn die durchschnittliche Lebenserwartung zwischen 1995 und 2000 bei 69,5 Jahren lag, und damit gegenüber früheren Zeiträumen gestiegen ist (zum Vergleich: 1970-1975 lag die Lebenserwartung bei 61,1 Jahren), so muss man die regionalen Unterschiede beachten. Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel des Indikators der Müttersterblichkeit. Demnach liegt diese in Bolivien bei 390 (bezogen auf 100.000 Lebendgeburten), während in Chile dieser Wert nur bei 23 liegt. Auch innerhalb einzelner Länder gibt es starke Unterschiede, vor allem auf dem Land ist die medizinische Versorgung mangelhaft.²

² Zum Vergleich: Für Deutschland weist der HDR 2000 eine Lebenserwartung von 77,2 Jahren für den Zeitraum 95-2000 nach. Die Müttersterblichkeit liegt hier bei 8 (pro 100.000 Lebendgeburten.). Auch bei Säuglingssterblichkeit und Kindersterblichkeit (bis fünf Jahre) zeigen sich im Jahr 1998 prägnante Unterschiede. So weist Bolivien eine Säuglingssterblichkeit von 32 (pro 1000 Lebendgeburten) und eine Kindersterblichkeit von 85 (pro 1000 Lebendgeburten) auf. Im Gegensatz dazu liegen diese Werte in der BRD bei jeweils 5. (vgl. *Human Development Report 2000*)

1.4.3 Bevölkerungsentwicklung

NOHLEN/ THIBAUT (in: NOHLEN/ NUSCHELER, 1992, S. 21) berichten von 150 Mio. Einwohnern im Jahr 1945 in der ganzen Region, der *Human Development Report (2000)* zählt 1998 schon 498 Mio. Menschen in Lateinamerika. So gesehen kann man auch in diesem Gebiet von einer Bevölkerungsexplosion sprechen, wie sie insgesamt in den Entwicklungsländern stattgefunden hat, bzw. immer noch stattfindet.

Im Vergleich zu anderen sich entwickelnden Regionen hat Lateinamerika es jedoch geschafft, seine Zuwachsraten in den vergangenen Jahrzehnten stark zu reduzieren. Oben bereits genannter *Human Development Report (2000)* berichtet von jährlichen Zuwachsraten von 2,1% zwischen 1975 und 1998, für den anschließenden Zeitraum wird eine Zuwachsrate von 1,3% per anno geschätzt. Daran kann man erkennen, dass Lateinamerika durchaus auf Erfolge in der Bevölkerungspolitik verweisen kann. Auch NUSCHELER führt sinkende Schätzungen, die zukünftige Bevölkerungszahlen und Zuwachsraten betreffen, auf entsprechende politische Maßnahmen zurück (vgl. 1996, S. 209).

Hinter der Zuwachsrate verstecken sich immer zwei Variablen, wie NOHLEN/ THIBAUT (in: NOHLEN/ NUSCHELER, 1992, S. 22) angeben: diese sind die Geburtenrate sowie die Sterberate. Sie sind wichtig, um überhaupt eine Aussage über die Qualität des Bevölkerungszuwachses machen zu können, denn es können beispielsweise geburtenschwache Jahrgänge durch die Erhöhung der Lebenserwartung ‚wettgemacht‘ werden. Ohne die Betrachtung der beiden Variablen bleibt nun der Zuwachs qualitativ konstant. Die Folgen solcher Unterschiede in der Zusammensetzung der Zuwachsrate machen sich jedoch erst langfristig in der Altersstruktur des Landes oder der Region bemerkbar.

Somit ist auch die Beobachtung der Altersstruktur relevant für die Beurteilung der Bevölkerungsentwicklung. NOHLEN/ THIBAUT (ebd., S. 22) wei-

sen auf starke regionale Unterschiede in der Altersstruktur Lateinamerikas hin. So liegt der Anteil von unter 15jährigen in Zentralamerika bei ca. 45%, im Andenraum bei ungefähr 38%, während in den Ländern des *Cono Sur*³ dieser Anteil unter einem Drittel liegt (25–30%). Diese Verteilung wird in kommenden Jahren noch Probleme bereiten.

Oft wird starkes Bevölkerungswachstum als Ursache für Armut angesehen. Das stimmt nur zum Teil, denn es ist auch gleichzeitig eine Folge davon. Denn durch fehlende oder nicht erreichbare staatliche soziale Sicherungssysteme sind arme Menschen darauf angewiesen auf primäre Sicherungssysteme zurückzugreifen: den Familien- und Verwandtenzusammenhalt. Dadurch lassen sich hohe Zuwachsraten gerade innerhalb armer Bevölkerungsschichten erklären: mehr Kinder bedeuten mehr Sicherheit, da sie ab einem bestimmten Alter für Zusatzeinkommen sorgen können. Ebenso ist die hohe Kindersterblichkeit ein Grund für die (immer noch) hohe Geburtenrate. Das Zunehmen der armen Bevölkerung erklärt KOSLOWSKI als „Zweckrationalität“, nicht als „Ausdruck von Rückständigkeit oder Unbelehrbarkeit“ (1995, S. 48).

Selbst bei hohem Wirtschaftswachstum werden die Entwicklungsländer durch anhaltendes Bevölkerungswachstum weiterhin mit einem sinkenden Pro-Kopf-Einkommen rechnen müssen.

1.4.4 Verstädterung

Gerade in Lateinamerika ist dieses Problem äußerst relevant. Immerhin leben hier durchschnittlich 74% der Gesamtbevölkerung in Städten. Aufgrund der Tatsache, dass hiervon wiederum die Hälfte in Städten mit mehr als 750.000 Einwohnern wohnen, wird dieser Effekt auch ‚Metropolisierung‘ genannt. Im Vergleich mit anderen mittel- und niedrigentwickelten Regionen weist Lateinamerika den höchsten Urbanisierungsgrad, das ist

³ nach *Lexikon Dritte Welt* (2000): „geographisch-ethno-sozialer Begriff für die südlichen Länder

der Anteil der Stadtbevölkerung sowie die stärkste Konzentration in Ballungszentren auf. Als Ballungszentren gelten Regionen/ Städte ab einer Mio. Einwohnern (vgl. BMZ, *Lateinamerika-Konzept*, 2000).

NOHLEN/ THIBAUT (in: NOHLEN/ NUSCHELER, 1992, S. 23) beziehen sich auf Weltbankdaten, wenn sie schildern, dass jeder dritte Lateinamerikaner in einer Stadt mit mehr als einer Mio. Einwohnern lebt. Städte wie Mexiko-Stadt, Sao Paulo oder auch Rio de Janeiro haben ihre Stellung in der Rangliste der größten Metropolen weiter ‚verbessert‘. Mexiko-Stadt hat mittlerweile 26 Mio. Einwohner und liegt mit seinen Zuwachsraten seit Jahren an der Spitze dieser Rangliste. Diese enormen Zuwachsraten, welche die Städte erfahren (HAUSER (1991) gibt jährlich 3,0% für die Jahre von 1985-1990, bzw. 2,4% zwischen 1995 und 2000 an (a.a.O., S. 490)), schlagen sich in den Bedingungen nieder, in denen die Menschen in den Städten leben müssen. Denn die urbane Bevölkerung wächst ungefähr sechsmal schneller als die ländliche, so dehnen sich die so genannten Slums immer weiter aus. HAUSER führt zusätzlich an, dass mehr als 1/3 der gesamten urbanen Bevölkerung der Entwicklungsländer in Slums wohnen. Teilweise beträgt dieser Anteil sogar 60%. Für Lateinamerika gibt er beispielsweise Bogota und Mexiko-Stadt mit 60, bzw. 46% der Stadtbevölkerung an, die in Slums leben (ebd., S. 497).

Mit den sich immer weiter ausdehnenden Slumgürteln um die Metropolen gehen neben den schlechten hygienischen Bedingungen weitere Probleme einher. Insgesamt kann man sagen, dass die ‚Metropolisierung‘ Probleme in wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Belangen mit sich bringt. NOHLEN/ THIBAUT nennen diese stichwortartig: „von den Versorgungslücken in bezug auf Wohnungen, Wasser, Strom, Kanalisation, Müllabfuhr und Verkehrsanbindung über völlige Überlastung der Arbeitsmärkte, die Konzentration marginalisierter Sozialgruppen in den Randsiedlungen und die damit verbundene Häufung von Kriminalität bis hin zu gravierenden Umweltschäden durch Luft- und Gewässerver-

schmutzung sowie Bodenversiegelung (in: NOHLEN/ NUSCHELER, 1992, S.23) .“

Als Ursache für die rapide Urbanisierung wird vielerorts die Landflucht genannt. Durch sich immer weiter verschlechternde Umstände auf dem Land, welche überwiegend die kleinen Bauern betreffen, wird diese noch verstärkt. Vor allem die Bodenbesitzverhältnisse wirken sich auf die Produktivität und somit auch auf Preise und Absatz von Agrarprodukten aus. Das BMZ berichtet im *Lateinamerika-Konzept* (2000): „Mitte der 90er Jahre lagen die sieben Länder mit der weltweit größten Landkonzentration in Lateinamerika. Unter den 20 Ländern mit der höchsten Landkonzentration waren 17 lateinamerikanische und karibische Staaten.“

Die Landbevölkerung sieht sich also gezwungen in die Städte abzuwandern, in der Hoffnung, dort Arbeit aufzutreiben, die ertragreicher als die Landwirtschaft ist.⁴

Im primären Sektor gibt es aber nicht soviel Arbeit, als das sämtliche Zuwanderer aufgefangen werden könnten. Deshalb entwickelte sich der informelle Sektor in welchem teilweise schon bis zu 60% der Beschäftigten ihr Einkommen erwirtschaften. Als öffentliche Erscheinung dieses Sektors sieht man auf den Strassen ‚fliegende Händler‘, Schuhputzer, Lastenträger u.ä..

HAUSER beschreibt jedoch, dass Landflucht ‚nur‘ 35-60% zum urbanen Wachstum beiträgt. Der Rest ist dem natürlichen Bevölkerungswachstum zuzuschreiben (1991, S. 497).

1.4.5 Umweltzerstörung

Im Hinblick auf die globale Bedeutung des südamerikanischen Ökosystems, insbesondere der Amazonasregion, wird auch hier die Dringlichkeit von Maßnahmen deutlich. Durch Abholzung, Brandrodung und Urbarmachen

⁴ Andere sehen ihre Chance im Anbau von Koka und anderen Pflanzen, aus denen sich Drogen gewinnen lassen. Dazu siehe Kap. 1.3.7

chung von riesigen Waldflächen kommt es zu Erosion und Verwüstung. Die enormen Mengen an Müll und Giftstoffen aus den Städten führen zu Verseuchung von Trinkwasserversorgungen (Flüsse, Seen); Luftverschmutzungen durch Autoverkehr sowie Abgase der (Schwer)Industrie vergiften auf Dauer die Atemluft. Vor allem in Großstädten ist diese stark spürbar, teilweise kann man die Städte aus der Luft nicht mehr erkennen, weil Smog wie eine Dunsthaube darüber liegt. Die hochgiftigen Rückstände aus der Kokainherstellung tragen in Bolivien, Peru und Kolumbien ebenfalls sehr stark zu Wasserverschmutzung und Bodenvergiftung bei. In diesem Zusammenhang soll auch nicht die Urbarmachung von Waldböden für die Kokapflanzungen unerwähnt bleiben. Durch die staatliche Vernichtung von Kokafeldern suchen sich die Kokabauern immer neue Flächen, so dass von einer doppelten Vernichtung von wichtigem Regenwaldgebiet gesprochen werden kann.

Ein Umweltbewusstsein ist in den meisten Ländern noch nicht vorhanden, und auch von politischer Seite wurde hier nicht viel getan, um ein solches zu schaffen. Eine umfassende und konsequente Umweltpolitik ist meist ebenfalls nicht vorhanden, und wenn, dann mangelt es am nötigen Durchsetzungsvermögen des Staates, entsprechende Gesetze zu manifestieren.

NOHLEN/ THIBAUT (in: NOHLEN/ NUSCHELER, 1992, S.57ff) bringen neben den expandierenden Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozessen sowie den hierdurch entstehenden Problemen (s.o.), und neben der voranschreitenden Zerstörung des Regenwaldes als auch den damit verbundenen klimatischen Auswirkungen, die zunehmende Verbreitung und den Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft ins Sichtfeld. Ebenso wie die Gifte aus der Kokaverarbeitung und der unzureichenden Müllbeseitigung wirken diese sich direkt (durch Eindringen in das Grundwasser; durch Aufnahme von Pflanzenteilen oder Tieren) auf die Nahrungskette des Menschen aus.

Als Ursachen für die herrschende Umweltsituation in Lateinamerika nennen sie vier Faktorengruppen:

- **historisch-kulturell** (traditionell) bedingte Ressourcenausbeutung, als Erbe der Kolonialmächte
- **wirtschaftliches** Wachstum um jeden Preis durch vorhandene Entwicklungsstile sowie die Art der Einbindung in das Weltwirtschaftssystem
- **politisch-institutionelle** Defizite: Funktionsmängel in Staatsapparat und Bürokratie sind Hindernisse in der Umweltpolitik
- **soziopolitisch** herrschen schwache Mobilisierungs- und Organisationsfähigkeiten in der Gesellschaft. Dies verhindert eine Dominierung der umweltfreundlichen Aspekte gegenüber wirtschaftlichen Interessen bei politischen Entscheidungen.

Auch die genannten Autoren sehen die Schwierigkeiten der Umsetzung von umweltfreundlichen Gesetzen, selbst wenn staatliche Institutionen vorhanden sind. Denn oftmals stellen unzureichender politischer Wille, begrenzte Haushalte sowie eine fehlende gesamtpolitische Koordinierung große Hindernisse dar.

1.4.6 Politische Instabilität

Lateinamerika leidet aber selbst heute noch unter Zuständen politischer Instabilität. Zum Teil sind diese natürlich aus der Unzufriedenheit, die aus o.a. Verhältnissen entsteht und sich in sozialen Spannungen niederschlägt, zu erklären. Diese Spannungen entwickeln sich zu Unruhen und bestehen in Aufständen und Bürgerkriegen, die teilweise jahrelang andauern.

Andererseits lässt sich die Instabilität aber auch aus der historischen Entwicklung der Region erklären. So berichten NOHLEN/ THIBAUT (1992) von einer zentralistischen Tradition des Staates in Lateinamerika. Diese schlägt sich nieder in der Struktur des horizontalen Institutionensystems (Exekutive und Legislative), als auch in den Beziehungen der verschiede-

nen vertikalen Ebenen (Regionen, Gemeinden). Man findet diese in den verschiedenen Staatssystemen wieder, egal ob es sich dabei um Diktaturen oder Demokratien handelt. Lateinamerika hat auch eine Tradition der Diktaturen. Es lassen sich hierbei zwei Haupttypen unterscheiden. Da sind die ‚traditionellen‘ autoritären Regimes, die entweder einen Führer haben, der die uneingeschränkte Macht hat oder Diktaturen, die bestimmte Gruppen (zivil oder militärisch) an der Machtausübung beteiligen. Zum anderen gibt es ‚neue‘ autoritäre Regimes bei der das Militär als Institution die Macht ausübt, wobei man auch hier unterscheiden kann zwischen Systemen, welche die Bevölkerung am politischen Prozess beteiligen oder sie unterdrücken.

Je nachdem welches autoritäre Regime in einem Land vorherrschte, war der Übergang zu einem demokratischen System sehr schwierig (gewalttätig) oder relativ einfach. Aber auch eine **Demokratie** verheißt noch nicht Frieden in der Region. Denn neben den unterschiedlichen Graden an **Partizipation** und der **Anerkennung der Opposition**, die Demokratie ausmachen (NOHLEN/ THIBAUT (1992, S. 68f) unterscheiden sich hier mehrere Typen von Demokratien, die in der Qualität variieren: von Typ 1 mit geringem Grad an Partizipation und Anerkennung bis Typ 4 mit jeweils hohem Grad daran), muss man allerdings noch die **Rechtssicherheit** beachten, die diese Systeme bieten. In den Ländern Lateinamerikas jedoch mangelt es oftmals an der Beachtung und Einhaltung der Menschenrechte, so dass formal demokratische Systeme existieren, die allerdings keine Rechtsstaaten darstellen.

Die Ursachen dafür liegen oft darin, dass die Regierungen entweder nicht in der Lage oder gewillt sind, weitreichende demokratische Rechte zu gewähren, obwohl sie ‚demokratisch‘ gewählt wurden. NOHLEN/ THIBAUT drücken diesen Sachverhalt sehr verständlich aus: „Demokratien können sich wie Diktaturen gebärden, vor allem dort, wo es kaum demokratische Traditionen gibt – wie in einigen Ländern Zentralamerikas (in: NOHLEN/ NUSCHELER, 1992, S.69).“

Obwohl die meisten Länder Lateinamerikas heute faktisch Demokratien sind, herrschen doch oftmals noch Zustände wie sie gerade beschrieben wurden.

Neben solchen Problemen gibt es allerdings noch Länder, in denen gewaltsam für ein anderes Staatssystem, respektive gegen das herrschende gekämpft wird, wie z.B. Kolumbien. Hier gibt es verschiedene (terroristische) Gruppen (ELN, FARC), die teilweise ganze Landstriche besetzt haben, in denen der kolumbianische Staat also keine Autorität besitzt. Allerdings spielen neben politischen auch kriminelle Motive eine Rolle, denn in Kolumbien kämpfen nicht nur Regimegegner, sondern auch mächtige Drogenkartelle um Macht im Land. Dazu gehen sie über Leichen und arbeiten mit den revolutionären (Terror-) Gruppen zusammen (s. dazu folgendes Kapitel).

Somit bleibt festzuhalten, dass nicht nur aufgrund politischer Auseinandersetzungen, sondern auch anderer Konflikte enormes Potential an sozialen Spannungen vorhanden ist.

Auch externe Maßnahmen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle, wenn beispielsweise die USA in ihrem ‚Drogenkrieg‘ die Andenländer als Gegenleistung zu Entwicklungshilfegeldern, anderen finanziellen oder materiellen Unterstützungen dazu anhalten illegale Kokaanbauflächen zu vernichten. Dies hat in Bolivien dazu geführt, dass es in Cochabamba (drittgrößte Stadt Boliviens) im Jahr 2000 zu gewaltsamen Ausschreitungen kam, bei denen es Tote und viele Verletzte gab.

1.4.7 Drogenproblematik

Die Darstellung dieses Aspektes ist für den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit, nämlich die Kooperation von Sozialarbeit und Entwicklungszusammenarbeit unerlässlich, werden doch beide Arbeitsbereiche stark durch die Drogenproblematik in der Region beeinflusst. Hier soll vor allem

der Drogenhandel von Kokain mit seiner Bedeutung für die betroffenen Länder beleuchtet werden, denn in seinem Ausmaß nimmt er Einfluss auf verschiedenen Ebenen, wie wir noch sehen werden.⁵ Damit stört er Hilfe- maßnahmen nicht nur auf individueller (Sozialarbeit), sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene (Entwicklungspolitik). Wenn es sich hier zuerst einmal um die Probleme nur dreier Länder, Bolivien, Kolumbien und Peru zu handeln scheint, so ist doch der Belang des Drogenhandels von globalem Ausmaß. Denn diese Länder stellen das Kokain für den gesamten Weltmarkt her, und mit den daraus erzielten (illegalen) Gewinnen ließen sich die gesamten Auslandsschulden dieser drei Länder begleichen.

Zunächst soll verdeutlicht werden, was Kokain ist und wieso es so einen enormen Einfluss nehmen kann. In diesem Zusammenhang muss man den Unterschied zwischen Koka und Kokain erläutern, da es in der Diskussion um Drogenhandel mit Kokain immer wieder (noch) zu Verwechslungen kommt.

Koka, d.h. die Blätter des Kokastrauches werden in Peru und Bolivien seit Jahrhunderten zu kulturellen Zwecken benutzt. Archäologische Funde belegen sogar die Bekanntheit von Koka in Mittel- und Südamerika, vor allem den Anden, in vorchristlicher Zeit, d.h. 2000-4000 vor Christus (vgl. AMBOS 1994, S. 14).

Zu Zeiten des Inkareiches galt Koka als göttliches Geschenk. Es wurde als heilige Pflanze betrachtet, die zahlreiche Funktionen hatte. Es diente zu kulturellen (religiösen) Zwecken, wurde aber auch als Medizin und Zahlungsmittel eingesetzt. Besonders nützlich erwies es sich bei Produktionsprozessen durch seine hunger- und durstlindernde Wirkung. Koka stellte durch seine gemeinschaftsbezogene Rolle einen „entscheidenden Faktor soziokultureller Integration“ und ein „echtes Symbol ethnischer Identität“ dar (ders., S. 15). Indem die Spanier während ihrer Herrschaft Koka zuerst als ‚Teufelszeug‘ verboten, später aber aufgrund der leistungssteigernden

⁵ Obwohl auch der Anbau von Schlafmohn und der Handel mit den daraus gewonnenen Produkten Heroin, Opium, Morphinum in den vergangenen Jahren (teilweise drastisch) zugenommen haben, vor allem in Kolumbien, soll an dieser Stelle quasi exemplarisch lediglich auf den Kokainhandel eingegangen werden.

Wirkung bei der Ausbeutung der Indios wieder einsetzten und sogar den Anbau erhöhten, legten sie den Grundstein für die zunehmende Bedeutung von Koka als Exportprodukt nach der Unabhängigkeit Lateinamerikas. Trotz einiger Kontroversen, wie gefährlich Koka wirklich ist, nachdem die Extraktion des Kokains und die verschiedenen fehlgeschlagenen Versuche mit dem Konzentrat (u.a. von Freud) sowie damit verbundenen diverser Kampagnen zur Diskreditierung von Koka (z.T. mit rassistischen Tendenzen), hat sich heute die Ansicht durchgesetzt, dass die Einnahme von Kokablättern nicht gefährlicher ist als der Genuss von Tee oder Kaffee. Zudem wird heute auch der kulturelle Aspekt des Kokagebrauches gesehen, denn die rituelle Einnahme bedeutet die Gemeinschaftlichkeit innerhalb der andinen Kultur.

Auch wenn die Kokablätter einen durchschnittlichen Kokainalkaloidgehalt von 0,5 – 1,1% haben, bleibt festzuhalten, dass man **Koka und Kokain nicht gleichsetzen** kann.

Erst durch die weitere Verarbeitung der Blätter lässt sich Kokain herstellen. In insgesamt vier Arbeitsschritten entstehen verschiedene Kokaprodukte: nach Trocknung der Blätter und anschließendem Einweichen in und Hinzufügen von verschiedenen Chemikalien, entsteht zuerst **Kokapaste**, anschließend entsteht durch Reinigung und weiterem Hinzufügen von Chemikalien die **Kokabase**. Diese so veredelte Base, in der sich das Kokainalkaloid noch als Sulfat befindet, wird durch die Beimischung von Salzsäure zu **Kokainhydrochlorid** (Kokain HCL) weiterverarbeitet. Dieses ist weiß, feinflockig und hat einen Reinheitsgrad von 95 – 99%.

Das in den USA vorkommende *crack* stellt durch die Rückumwandlung des Kokain HCL ein Nebenprodukt von diesem dar, während das in Südamerika vorkommende *bazuco* aus Kokabase hergestellt wird und somit ein Vorprodukt von Kokain HCL ist. Diese Unterscheidung der Erzeugnisse verschiedener Produktionsstufen ist wichtig, vor allem bei Betrachtung der länderspezifischen Konsumgewohnheiten sowie der Transportwege beim Schmuggel.

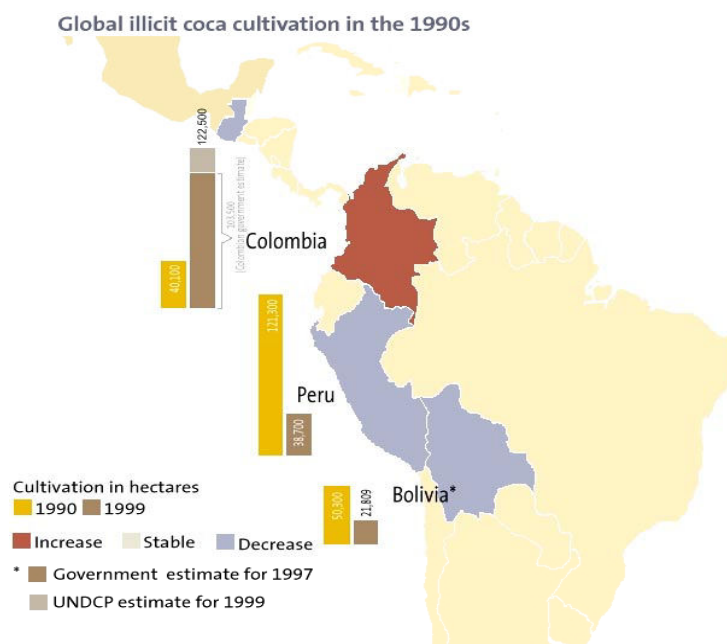
Da es auch heute noch den traditionellen Kokagebrauch gibt und dies auch anerkannt wird, unterscheidet man die Anbauggebiete des Kokastrauches in legale und illegale. Insgesamt hat sich die Anbaufläche seit ca. 1960 bis Anfang der 90er Jahre überaus stark gesteigert (AMBOS spricht für Bolivien beispielsweise von einer Steigerung um das 20,3fache (1994, S. 59)). Hierbei werden jedoch in den traditionellen Anbaugebieten Bolivien und Peru nur zwischen 15 und 30 % für legale Zwecke, wie z.B. Kokakauen, Verarbeitung zu Matetee oder auch pharmazeutische Zwecke benutzt. Der Rest dieser Anbaufläche wird also zur illegalen Herstellung von Kokaderivaten genutzt.

Trotz des Rückgangs der Kokainherstellung in den Andenländern seit ungefähr 1993 beträgt der Anteil an der Weltproduktion immer noch mehr als 98%. Nach Schätzungen des UNDCP (United Nations Drug Control Programme) fiel die gesamte Produktion um ca. 20 % von 1990 bis 1999 auf ungefähr 765 Tonnen. Jedoch ist dies kein Grund, den Drogenhandel nicht als Entwicklungsproblem anzusehen, vor allem, wenn man den rasanten Anstieg beachtet, der in den 80er Jahren stattgefunden hat. Die

übrigen Zahlen sprechen immer noch eine deutliche Sprache, wie wir noch sehen werden. Zunächst aber zur Situation in ihrem Verlauf.

Die traditionellen Kokaanbauggebiete in Bolivien und vor allem Peru hatten bis in die späten 90er Jahre den

Abbildung 1: Illegaler Kokaanbau in den 90er Jahren
(entnommen aus UN: World Drug Report 2000)



größten Anteil an der Kokaerzeugung (vgl. Abbildung 1). Sie belieferten Kolumbien mit den Kokablättern oder auch mit Kokapaste, wo diese zu Kokain weiterverarbeitet wurden. Zwischen 1980 und 1990 jedoch steigerte sich der Anteil dieser beiden Länder bei der Herstellung von Koka-base und auch Kokain HCL. Durch die geringe Gewinnspanne in diesen Ländern gingen die Koka anbauenden Bauern dazu über, selbst Kokabase herzustellen. Die Verarbeitung zu Kokain HCL blieb den mächtigeren Drogenhändlern vorbehalten, da dieser Prozess zu aufwendig war. Zudem verfügten diese auch über die notwendigen Kontakte, um das fertige Produkt zu vertreiben.

Während Kolumbien bis weit in die 90er Jahre hauptsächlich Koka, Kokapaste oder -base aus Peru und Bolivien importierte, um diese zu Kokain HCL weiterzuverarbeiten, so hat es seit 1999 Peru als Hauptproduzent von Koka abgelöst. Mittlerweile stellt Kolumbien 2/3 der gesamten Kokablätter her (vgl. Blatt „Koka- und Kokainproduktion“ im Anhang, bzw. Welt-drogenbericht 2000, S. 29.). Dies wurde scheinbar auch deswegen möglich, bzw. notwendig, da Peru und Bolivien verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Kokaproduktion zu reduzieren. So konnte durch entschlossenes Vorgehen gegen internationale Handelsrouten und auch durch Maßnahmen alternativer Entwicklung in Peru zwischen 1992 und 1999 die Kokaproduktion halbiert werden. Seit 1997 wurden in Bolivien mit Hilfe des so genannten „*dignity plan*“ und daraus resultierenden Maßnahmen alternativer Entwicklung die Anbauflächen um 78% reduziert.

Den Umsatz des gesamten Drogenhandels beziffert SHAMS auf ca. 500 Mrd. US-\$ jährlich (in *Lexikon Dritte Welt*, 2000, S. 187). Lateinamerika, insbesondere die Andenregion hat daran einen nicht unerheblichen Anteil aufgrund des Kokainhandels. Kolumbien, das Dreh- und Angelpunkt des Drogenhandels in Südamerika ist, hatte insgesamt von 1981 - 1991 einen Reingewinn zwischen 16.200 bis 44.300 Mio. US-\$ zu verzeichnen. Wobei durch den steigenden Heroinhandel zusätzlich im Jahr 1991 noch einmal eine Mrd. US-\$ dazugerechnet werden muss, ebenso ist Kolumbien ein starker Exporteur von Marihuana. Die Werte für Peru und Bolivien sind

absolut gesehen nicht so hoch, da beide Länder lediglich die nicht so hochwertigen Vorprodukte des Kokains, sprich Kokapaste und Kokabase verkauften. So geht AMBOS für Peru von Umsatzerlösen zwischen 880 Mio. US-\$ (1981) und 1.890 Mio. US-\$ im Jahr 1989 aus (vgl. AMBOS 1994, S. 24ff). Boliviens Deviseneinnahmen liegen nach SHAMS bei ca. 600 Mio. US-\$ jährlich (in *Lexikon Dritte Welt*, 2000, S. 188). Doch diese Zahlen machen erst im Vergleich mit den Sozialprodukten oder den Exporteinnahmen der Länder die enorme Bedeutung des illegalen Handels mit Drogen für die Wirtschaft deutlich. So betrug nach SHAMS die Produktion von Koka Anfang der 90er Jahre in Peru ungefähr 9% des offiziellen BSP, während in Bolivien dieser Wert bei ca. 24% lag. An den Exporten gemessen entsprechen die Deviseneinnahmen aus dem Drogenhandel in etwa 45%, bzw. 75% der Exporteinnahmen (ebd. S.188).

AMBOS (1994) wiederum sieht für Kolumbien den prozentualen Anteil des Drogenhandels an den Exporterlösen zwischen 18% und 25%, der Anteil am BIP betrug zwischen 10% (1982) und 2% (1989), wobei er dies auf den sinkenden Devisenrückfluss nach Kolumbien zurückführt der durch den starken Kokainpreisverfall herbeigeführt wurde (a.a.O., S. 34f).

Verbunden mit dem Rückfluss von Devisen waren auch Investitionen, sei es in Immobilien oder Konsumgüter. Das hatte zur Folge, dass regional die Märkte aufgrund einer erhöhten Nachfrage blühten. Man kann sogar von einer kurzfristigen Stärkung der Wirtschaft durch den Drogenhandel ausgehen, denn es waren viele Menschen daran beteiligt. SHAMS geht von 500.000 und 800.000 Beschäftigten in Bolivien, bzw. Peru aus (in *Lexikon Dritte Welt*, 2000, S. 188).

AMBOS zeigt die Bedeutung für Kolumbien folgendermaßen auf:

„In allen wichtigen Wirtschaftsbereichen werden Arbeitsplätze geschaffen: Landwirtschaft (Koka-, Marihuana- und nun auch Schlafmohnanbau), Industrie (Verarbeitung zu Kokain), Handel (Lagerung, Verteilung, Transport) und Dienstleistungssektor (Schutz, Rechts- und Wirtschaftsberatung etc.). Insgesamt wird geschätzt, dass 250.000 Personen direkt beschäftigt sind, was 3% der Erwerbsbevölkerung (7,5

Mio.) entspricht, und ca. eine weitere Million Menschen als Familienmitglieder oder sonst wirtschaftlich Abhängige vom Drogenhandel leben.“ (1994, S. 35)

Das zeigt den enormen wirtschaftlichen Rang, den der Drogenhandel innerhalb dieser Länder hat, insbesondere dann, wenn man noch die Arbeitslosenzahlen zum Vergleich heranzieht. Bolivien beispielsweise hatte 1990 eine Bevölkerung von 7,31 Millionen, die Arbeitslosigkeit lag nach offiziellen Schätzungen 1989 bei 10,2%. Stellt man nun die Beschäftigten des Kokasektors daneben (500.000 = ca. 15% der Gesamtbevölkerung) ergibt sich das Bild einer schwachen Wirtschaft, die vom Drogenhandel gestärkt wird. So beschreibt NOHLEN auch die „wichtige Abfederungsfunktion“ des informellen Sektors, dem bis zu 60% der arbeitenden Bevölkerung zugerechnet wurden (vgl. NOHLEN/ NUSCHELER, 1992, S. 208). SHAMS (1992) kommt zu der gleichen Einschätzung und sieht die Vorteile der Kokawirtschaft (in Bolivien) vor allem darin, dass sie dem Land hohe Deviseneinnahmen beschert, Arbeitsplätze bietet, zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung beiträgt sowie zu hoher Wertschöpfung führt. Allerdings verweist er aber auch auf die Nachteile, die im ökologischen und sozio-ökonomischen Bereich liegen. Besonders die durch Kokainproduktion fortschreitende Umweltzerstörung wirkt sich auf eine nachhaltige Entwicklung negativ aus. Ebenso sei im Falle der Duldung oder gar Legalisierung die Wirkung auf die Außenpolitik fatal, denn durch ständige Interessenskonflikte mit den Verbraucherländern käme es zu Konfrontation und Isolation (vgl. a.a.O., S. 21ff).

In den Ländern, die von dem Drogengeschäft betroffen sind, bzw. davon profitieren, ist zudem zu beobachten, dass die ohnehin recht instabilen politischen Verhältnisse von den Drahtziehern des organisierten Drogenhandels dazu benutzt werden, ihren Einfluss auf Staat und Gesellschaft weiter zu vergrößern. Durch Bestechung und/ oder Gewaltandrohung gelangen sie zu Informationsquellen in bedeutenden öffentlichen Ämtern, welche wichtige politische Entscheidungen auf allen Ebenen manipulieren können. Hierzu sind die so genannten Drogenbarone in der Lage, da sie über enorme finanzielle Mittel verfügen. Die ausgeprägte Korruptionsstruktur hilft ihnen zusätzlich dabei.

Die den Regierungen oft fehlende Entschlossenheit bei der Bekämpfung des Drogenhandels, teilweise basierend auf der Einsicht, der Drogenhandel bekäme dem Land gut, wird als Duldung bis Anerkennung interpretiert und schlägt sich in den Bevölkerungsschichten dann auch so nieder, dass eine Anerkennung aller mit dem Drogenhandel verbundenen Aktivitäten erfolgt. Zusätzlich zu den überaus lukrativen Tätigkeiten, beispielsweise der Kokaanbau, der aufgrund der Bescheidenheit des Kokastrauches weniger kompliziert als herkömmliche Agrarwirtschaft ist und auch noch eine größere Gewinnspanne aufweist, bieten die örtlichen Drogenbarone teilweise soziale Leistungen, wie Bau von Schulen oder medizinischen Einrichtungen, die vom Staat nicht gewährt werden. So kommt es aufgrund der Wohlfahrt der reichen Drogenbarone teilweise zu einer über die bloße Respektierung hinausgehenden Verehrung. Ein Vorgehen gegen die Drogenkriminalität wird zum einen erschwert durch diese Verehrung und der damit verbundenen Solidarität der Bevölkerung, zum anderen kommt es aber auch zu Repressalien von Seiten der Drogenhändler.

Es lässt sich eine große Attraktivität der Kokawirtschaft gerade für wenig Verdienende erkennen. In Bolivien kann man das auch an der sprunghaft angestiegenen Bevölkerungszahl in den Gebieten sehen, in denen Koka angebaut wird. Zwischen 1960 und 1987 kam es nach AMBOS zu regelrechten Migrationsströmen, in deren Verlauf ungefähr 300.000 Personen umsiedelten. Sogar städtische Bevölkerung wanderte, gegenüber dem sonstigen Trend, in diese Gebiete ab, wenn auch nur zu einem geringen Teil (1994, S. 62f).

Diesen recht gewaltfreien Entwicklungen in Bolivien, AMBOS führt dies auf die große Verflechtung von Politik und Drogenwirtschaft zurück, stehen ganz andere in Kolumbien gegenüber. Hier herrschte seit jeher ein gewalttätiges Klima. Aufgrund der fehlenden Anerkennung der offiziellen Regierung kam es zur Bildung von revolutionären Gegenbewegungen, die bis heute noch Teile des Landes befehligen, bzw. in ihrer Gewalt haben. Durch diese von Militär und Paramilitär geprägte Situation verlangte von der organisierten Drogenwirtschaft Gegenmaßnahmen. Durch die enor-

men finanziellen Mittel aus dem Drogenhandel stellte es aber hier kein Problem dar, Privatarmeen zu rekrutieren. Schließlich konnte man (gerade) hier mit guten Verdienstmöglichkeiten werben.

Auch wenn die legale Wirtschaft in Kolumbien wesentlich unabhängiger vom Kokainhandel ist als die von Bolivien und Peru, so sind auch die vielfältige Verflechtungen von Gesellschaft und Kriminalität zu erkennen. Allerdings geht man in Kolumbien wesentlich gewalttätiger gegen Gegner vor, so sind das Entführen und Erpressen, oder auch die Ermordungen von Justizangestellten an der Tagesordnung.

An dieser Stelle lassen sich schon enorme Einflüsse des Kokaingeschäftes feststellen. Für eine tiefere Betrachtung von Handelsrouten, Umsätzen, die Rolle der USA bei der Ausübung von internationalem Druck durch die Drogenpolitik u.ä., möchte ich hier auf weiterführende Literatur verweisen, da diese Materie für die vorliegende Arbeit zu komplex ist. Ebenso wird darauf verzichtet, weitere Länderbeispiele darzulegen. Die wesentlichen Merkmale des Drogenhandels sind beispielsweise in Mexiko (Marihuana) die gleichen.

Zusammenfassend lässt sich hier aber darstellen, dass von dem Einfluss der ‚Drogenmafia‘ sämtliche Bevölkerungsschichten betroffen sind. Zu stark ist die organisierte Kriminalität in der Gesellschaft verwurzelt. Die von ihr ausgehende Macht sollte auch heute nicht unterschätzt werden, nachdem der Weltdrogenbericht 2000 zwar einen Rückgang des Kokaanbaus in Peru und Bolivien ausweist, aber dafür die Produktion von Kokain HCL sich zwischen 1991/ 92 und 1998/ 99 verfünffacht hat (a.a.O., S. 30). Dies resultierte aus den stärker gewordenen Kontrollen dieser beiden Länder, worauf die Drogenbarone dieser Region sich neue Handelspartner erschlossen, nachdem sie von Kolumbien quasi abgeschnitten waren. Es sollte auch nicht übersehen werden, dass der Drogenhandel die Wirtschaft dieser Region in der Art gefährdet, dass sie sich durch die Konzentration auf Koka(in)export auf ein wackeliges Standbein verlässt. Eine ge-

sunde Wirtschaft kann aber nur existieren, wenn es zu einer Diversifizierung, und damit zu einer Unabhängigkeit von einzelnen Gütern kommt. Neben dem Drogenhandel ergeben sich für die Region aber zusätzlich noch Probleme durch den steigenden Drogenkonsum. AMBOS (1994) weist schon für 1990 Daten vor, welche belegen, dass Alkohol und Tabak die am meisten missbrauchten Drogen in der Region sind. Vor allem in Peru und Kolumbien zeigt sich zusätzlich der zunehmende Konsum von *basuca*, Kokain HCL und Marihuana. Chemische Drogen und Schnüffelfstoffe spielen zudem eine Rolle, wenn auch eine untergeordnete. Es lässt sich in der ganzen Region eine schichtspezifische Verteilung des (illegalen) Drogenkonsums erkennen: „Kokain für die Oberschicht, Pasta und Inhalationsmittel für die Randgruppen“ (AMBOS, 1994, S. 60). Schon damals zeichnet sich der Trend eines steigenden Kokainkonsums ab. Dies wird durch die neuen Daten des Weltdrogenberichtes 2000 sogar belegt. Diese besagen, dass ca. zwei Drittel der erforderlichen Behandlungen aufgrund von Kokainmissbrauchs nötig sind. Zudem scheint nach diesen Daten der Missbrauch von Kokain anzusteigen, und zwar in fast ganz Südamerika. Der Heroinmissbrauch, der zuvor keine Rolle spielte wuchs ebenfalls an, am stärksten jedoch in Kolumbien, wo Schlafmohn auch angebaut wird. Gleiches gilt für Marihuana (vgl. *World Drug Report 2000*, S. 55ff). Insgesamt lässt sich für Lateinamerika also festhalten, dass der (illegale) Drogenmissbrauch im letzten Jahrzehnt angestiegen ist. Damit natürlich auch alle Probleme, die dies mit sich bringt.

Was hat das alles aber mit Entwicklungszusammenarbeit sowie Sozialarbeit zu tun? Die Probleme von Drogenmissbrauch sind auch in den Industrieländern nicht unbekannt und stellen zudem ein Arbeitsfeld für die Sozialarbeit dar. Dies trifft gewiss auch für Entwicklungsländer zu. Allerdings ist es unter dortigen Verhältnissen, sprich den politischen und gesellschaftlichen, noch wesentlich schwieriger Einfluss auf beide Seiten zu nehmen. Die Vermittlung bei der Annäherung von Gesellschaft und Individuum ist eine Aufgabe der Sozialarbeit. Ebenso erscheint die Planung sozialer Prozesse und Organisation von Projekten kompliziert, da

es durchaus zu Komplikationen mit der organisierten Kriminalität kommen kann, wenn man in diesem Zusammenhang beispielsweise Änderungen in der nationalen Drogenpolitik fordert.

Für die Entwicklungszusammenarbeit gilt selbiges. Sie muss auf jeden Fall den Einfluss beachten, den kriminelle Organisationen in diesem Gebiet haben. AMBOS (1994) stellt fest, dass „sich Kokaanbau, -verarbeitung und der daraus folgende Handel mit all den erwähnten besorgniserregenden ‚Dimensionen‘ zum wohl größten Problem der Region entwickelt“ haben (a.a.O., S. 68). Dieses Problem muss also unbedingt auch in der Entwicklungszusammenarbeit behandelt werden. Bei der Realisation von alternativem Anbau zur Verbesserung der Lebenssituation der *campesinos* (Bauern), kommt es immer wieder zu Übergriffen der *narcotraficantes* (Drogenhändler). Dies bedeutet für alle Seiten Risiken, teilweise ist sogar das Leben der Mitarbeiter von Entwicklungshilfeorganisationen bedroht. In jedem Fall stehen allerdings die Bauern zwischen den Fronten. Im Zuge der *good governance* werden heute die Konsequenzen aus dieser Situation gezogen: man fordert die Mitarbeit der Regierungen der betroffenen Länder bei der Drogenbekämpfung. Allerdings ist es sicher, dass eine totale Abkehr vom (illegalen) Drogenanbau nur dann zustande kommen kann, wenn die entsprechende Nachfrage, die überhaupt erst zum Handel führt, nicht mehr vorhanden ist. Hierdurch erhält auch die nationale Drogenpolitik in den Industrieländern eine bedeutende Rolle bei der Bekämpfung des Drogenhandels und somit auch in der Entwicklungspolitik. Die Entwicklungszusammenarbeit kann derweil nur Leistungen bereitstellen, die an entsprechende Bedingungen geknüpft sind. Zudem muss auf den Mut der Mitarbeiter vor Ort gehofft werden.

Insgesamt bedeutet dies, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht funktioniert, wenn Aspekte des Drogenhandels nicht beachtet werden. Hierzu ist die globale Zusammenarbeit notwendig um Verbesserungen zu erzielen.

Ebenso wird deutlich, dass man die einzelnen hier dargestellten Problem-bereiche (wobei dies nur die wichtigsten sind) lediglich künstlich, d.h. theo-retisch trennen kann. In der Praxis sind sie untrennbar miteinander verwo-ben, so dass es zur Bearbeitung einzelner Probleme eigentlich nicht kommen kann, ohne zumindest Auswirkungen auf andere Bereiche in Er-wägung zu ziehen. Eine systemische Sichtweise scheint hier erforderlich, was die Aufgabe der Entwicklungspolitik nicht einfacher macht, sondern eine noch größere Herausforderung darstellt.

2 Sozialarbeit in Lateinamerika

Nachdem die Rahmenbedingungen, innerhalb derer Sozialarbeit nur möglich ist, nämlich der gesamtgesellschaftlichen und politischen Lage, in den vorherigen Kapiteln dargestellt wurden, soll nun die Situation der Sozialarbeit in Lateinamerika erläutert werden.

Dies soll durch die historische Herleitung der Profession in dieser Region und die Entwicklung, die diese innerhalb ihrer Möglichkeiten vollzogen hat geschehen. Es soll darauf eingegangen werden, auf welchem Stand sie sich heute befindet und inwiefern sie sich von der westlichen Sozialarbeit unterscheidet. Ebenfalls wird versucht, die Funktion von Nicht-Regierungsorganisationen kurz zu beleuchten. Hierbei soll der Kirche besondere Beachtung zukommen, welche in Lateinamerika schon immer eine zwiespältige Rolle spielte. Dies rührt noch immer aus Zeiten der Kolonisation des Kontinents, in der die Kirche ohne Zweifel an der Unterdrückung und Auslöschung vieler Indio-Kulturen mitwirkte. Andererseits wurden auf ihr Engagement hin soziale Aktivitäten aufgenommen (z.B. Schaffung von Krankenstationen, Bildungsarbeit), und gerade heute scheint ohne kirchliche Anstrengungen auf dem sozialen Sektor in Lateinamerika nicht viel Bewegung zu herrschen. Auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit macht die Kirche sich für die Region stark, doch dazu später ausführlicher.

Anhand der Ausbildungslage soll die Relevanz aufgezeigt werden, die Sozialarbeit innerhalb lateinamerikanischer Staaten beigemessen wird. Denn dadurch wird auch deutlich, wie viel Wert auf eine soziale Entwicklung gelegt wird.

Eine solche Bestandsaufnahme dient dazu, im folgenden Kapitel beurteilen zu können welche Rolle der Profession Sozialarbeit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zukommen kann.

2.1 Entwicklung der Sozialarbeit in Lateinamerika

Die so genannte Entdeckung des Kontinents bedeutete für die Region auch einen neuen gesellschaftlichen Anfang. Die bisherigen Kulturen und Lebensweisen der Eingeborenen wurden jäh umgestürzt und zerstört durch die Europäer, die das Land für sich beanspruchten und in den dort lebenden Menschen unzivilisierte Geschöpfe sahen. Viele einheimische Indio-Stämme wurden ausgerottet, entweder „nur“ kulturell oder gar physisch. Es kam auch zu einer Vermischung der Einheimischen mit den Eindringlingen, das Produkt daraus waren die so bezeichneten Mestizen, die heute die ethnische Struktur der lateinamerikanischen Gesellschaften beherrschen. Die Vorherrschaft europäischer Kultur und damit verbunden die Einführung neuer Produktions- und Wirtschaftsformen, führten zu Unterdrückung und Armut vor allem unter Indios.

Die katholische Kirche hatte an der kulturellen Umwälzung der vorgefundenen Gesellschaften/ Stämme sehr großen Anteil, kamen doch die Missionare während der Kolonialzeit mit dem Auftrag der Mutterkirche in Europa in die „Neue Welt“, die einheimische Bevölkerung zum christlichen Glauben zu konvertieren. Damit einhergehend wurde natürlich auch das christliche Wertesystem und der darin enthaltene Wohltätigkeitsgedanke vermittelt. Dieser wiederum sollte auch Antrieb zu sozialem Handeln sein (vgl. PASSON 1999, S.33). Hieraus entstanden dann die ersten sozialen Aktivitäten, wie beispielsweise die Errichtung von Krankenstationen, welche aber erst durch die Schaffung neuer Gesellschaftsformen in der Region notwendig wurden.

Denn schon vor dem Eintreffen der ‚zivilisierten‘ Europäer kannten die einheimischen Völker, z.B. die Inka und Azteken, Formen sozialer Sicherung, welche etwa darin bestanden Alte, Waisen, Behinderte, Witwen mit dem Ertrag dorfeigener Felder zu versorgen, die abwechselnd von den anderen Dorfbewohnern bestellt wurden. Auch die verwandtschaftliche

oder nachbarschaftliche Solidarität wird als Form der sozialen Sicherung gekannt. Mit der Zerstörung der indigenen Kultur konnten also auch die sozialen Sicherungsmaßnahmen der Indios nicht mehr greifen, da diese nicht auf die neue Situation ausgelegt waren. Als Beispiel kann man die Einschleppung neuartiger Krankheiten nennen, mit der die Abwehrsysteme der Einheimischen nicht fertig wurden, so dass eine in Europa relativ harmlose Krankheit bei den Indios zu einer Epidemie werden konnte.

In dieser neuen Situation bot sich mit der Kirche und ihrem Wertesystem trotz aller anderen unrühmlichen Taten, nun also eine Hilfsmöglichkeit. Sie sah sich als Fürsprecherin der Armen, und so kam es, dass die Armenpflege fast ausschließlich Aufgabe der katholischen Kirche wurde. Der Staat sah hier (bis heute) keine Notwendigkeit auf dem sozialen Sektor stark einzugreifen, da die Unterdrückung der Armen für ihn logisch war, baute doch der Reichtum der Mächtigen auf dieser Unterdrückung und Ausbeutung auf. Es entstand hier ein breites gesellschaftliches Betätigungsfeld in dem viele Damen (zuerst die der Kolonisatoren, nach der Unabhängigkeit die der Oberschicht) sich um das Heil der Armen kümmerten. Dieser Zustand bestand über Jahrhunderte, bis zu Anfang des 20. Jahrhunderts.

Denn mit dem Fortschritt der Industrialisierung und der technischen Produktionsformen und den sich daraus ergebenden sozialen Folgen ging - wie in den Industrieländern - die Entwicklung der Profession Sozialarbeit einher. SCHULZE (1984) sieht die Anfänge der Industrialisierung in Lateinamerika in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts und damit verbunden auch die Entstehung einer Arbeiterschaft. Hier sieht er auch den Anfang der professionellen Sozialarbeit, der ebenfalls beeinflusst wurde durch die von den entstandenen Arbeiterorganisationen erkämpften sozialen Maßnahmen, welche auch gesetzlich abgesichert wurden (a.a.O., S. 15). Allerdings muss hier angemerkt werden, dass solche sozialen Sicherungsmaßnahmen immer nur für bestimmte Zielgruppen (meist im modernen Industriesektor oder der Verwaltung Beschäftigte) erlassen wurden,

die im Laufe der Zeit dann auf weitere ausgedehnt wurden. Die in der Landwirtschaft Tätigen waren dabei häufig benachteiligt, bzw. sogar ausgeschlossen.

Mit dem Einschlagen sozialerer Wege sollte in Lateinamerika größere Volksnähe demonstriert werden, um somit auch soziale Spannungen zu entschärfen.

Der eigentliche Beginn von beruflicher Sozialarbeit wird mehrheitlich in der Gründung von Sozialschulen gesehen. Die erste Schule war die „*Escuela de Servicio Social de la Beneficiencia*“, sie wurde 1925 von dem Arzt Alejandro del Rio in Santiago de Chile gegründet. Weitere folgten 1930 in Argentinien, 1936 in Kolumbien, 1937 in Brasilien, Peru und Uruguay (KOSLOWSKI 1995, S. 107).

In den Anfangstagen der berufsmäßigen Sozialarbeit in Lateinamerika orientierte man sich noch an europäischem Gedankengut. Es waren wiederum Frauen, meist Töchter aus großbürgerlichem Hause, die nun auch eine professionelle Ausbildung antraten um den Menschen zu helfen. SCHULZE berichtet in diesem Zusammenhang von einer Untersuchung von SHERIFF/ SANCHEZ in La Paz, Bolivien, aus welcher hervorgeht, dass sich unter 170 Studenten der Sozialarbeit lediglich 2 Männer fanden. Die gleiche Untersuchung weist unter diesen Studenten einen katholischen Konfessionsanteil von 95% aus, 50% aller Studenten stammten danach aus der Hauptstadt (vgl. SCHULZE 1984, S. 17f).⁶

Oft war die Fürsorgerausbildung so ausgerichtet, dass Absolventen später lediglich als medizinisches Hilfspersonal arbeiteten oder sogar als Vermittler für Haushaltspersonal der Großbürger fungierten (vgl. SCHULZE 1984, S. 16). Hieraus lässt sich erkennen, dass Sozialarbeit in Lateinamerika in der Anfangszeit in einer stark ausgeprägten Selbstfindungs- und Selbst-

⁶ In derselben Untersuchung wurde nach den Gründen für die Wahl dieses Studienfaches gefragt: 64% gaben „Berufung“ und/ oder „den Armen helfen“ an. In einer Erstsemesterbefragung von Sozialarbeitsstudenten von Prof. Dr. Berger (FH Dortmund 2000) geben 80% als Motiv der Studienaufnahme „will Menschen helfen“ an. Diese Untersuchung weist ebenfalls einen hohen Anteil an Studentinnen nach (77%).

→ Universalität des Studienfachs, oder ähnliche Wertesysteme?

bestimmungsphase war. Somit war sie auch ziemlich anfällig für Manipulation und Ausnutzung wie sich aus obigem Beispiel ableiten lässt.

Als erkannt wurde, dass die Methode der Einzelfallhilfe, die aus der Vorstellung der Nächstenliebe abgeleitet wurde, nicht geeignet war, um das Leid der Massen zu lindern und diese wieder in die Gesellschaft zu integrieren, wandte man sich anderen Methoden und Einflüssen zu. Die USA nahmen aufgrund ihrer globalen Vormachtstellung auch im Bereich der Sozialarbeit an Bedeutung zu. PASSON (1999) führt dies darauf zurück, dass die USA, im Gegensatz zu den europäischen Staaten, keine ausgeprägte Sozialgesetzgebung mit gesetzlich begründeten Sicherungssystemen vorzuweisen hatte, so dass man sich dort mit der Entwicklung eines umfassenden Fürsorgeberufes beschäftigte (a.a.O., S. 32).

Dieser US-amerikanische Einfluss auf die lateinamerikanische Sozialarbeit nahm weiter zu. Aber auch alle anderen Staaten wurden hiervon erfasst. Das zeigt sich an der verwendeten Literatur in den Ausbildungsstätten und auch am Leitungspersonal, das entweder direkt aus Nordamerika stammte, oder zumindest dort ausgebildet worden war. MIDGLEY berichtet 1981 von einer Untersuchung, in der von 32 angeschriebenen Schulen in Asien, Afrika und Lateinamerika 22 antworteten. Dabei wurde festgestellt, dass 50% der Lehrkräfte im Ausland ausgebildet wurden, beim Führungspersonal betrug dieser Anteil 80% (nach KOSLOWSKI 1995, S. 108). Auch die UN setzten auf die nordamerikanische Form der Sozialarbeit und entsandten vornehmlich Personal mit entsprechender Ausbildung in die Entwicklungsländer.

Somit übernahm man auch in Lateinamerika, genau wie Europa und dem Rest der Welt, zunächst sämtliche Methoden der Sozialarbeit, die sich in den USA im Laufe der Zeit entwickelten. KOSLOWSKI (1995) stellt fest, dass die Systematisierung nach drei Methoden, nämlich Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit, eine der wenigen weltweit anerkannten innerhalb der Sozialarbeit darstellt (a.a.O., S. 107). Ebenso wie diese Methoden wurden auch die Ausbildungsinhalte meist einfach nur übernommen, so dass sich hier ein Schwerpunkt in der Einzelfallhilfe mit

der Betonung psychosozialer Aspekte einstellte, wie er auch in den USA bestand. PASSON drückt diesen Umstand der Nichteignung des *case work* zur Integration von Individuen in die Gesellschaft so aus: „Hier ist es nicht der einzelne Mensch, den die Sozialarbeit in eine wenigstens einigermaßen intakte Umwelt integrieren soll, sondern es ist oft ein Großteil der Gemeinschaft, welcher als potentieller Hilfeempfänger Intervention erwartet. Damit disqualifiziert sich die Einzelfallorientierung fast vollständig für eine Anwendung in Entwicklungsländern (1999, S. 36f).“

Lateinamerika war aber die einzige Region welche feststellte, dass diese Ausrichtung der Sozialarbeit, in dem Bestreben die Situation der Menschen zu verbessern, nicht funktionierte. Man sah hier in der Gemeinwesenarbeit eher eine Möglichkeit dazu. Allerdings zeigte sich mit der Zeit, dass auch diese Methode schlecht geeignet war, solange Sozialarbeit zu stark an den Staat gebunden war. Denn mit dem Erkennen des Staates, das er mit der Sozialarbeit ein neues soziales Hilfsmittel hatte, welches er einsetzen konnte, um die Bevölkerung zu beschwichtigen indem er zeigte: ‚Schaut her, es wird etwas getan!‘ wurde die Sozialarbeit instrumentalisiert. Die Sozialarbeiter sahen, dass sie lediglich als ‚Feuerwehr‘ gerufen wurden, „um kleine Brände zu löschen“ (SCHULZE 1984, S. 17), was zu Frustration führte. Man erkannte, dass zur Verbesserung der Lebensumstände der Menschen gesellschaftliche Veränderungen nötig wären, die vor allem durch Motivation der Menschen zu erreichen sei. Eine solche Politisierung der Sozialarbeit konnte wiederum dem Staat nicht recht sein. Als Folge der Erkenntnis, dass eine Anpassung der Sozialarbeit an die spezifischen Umstände notwendig war, eine so genannte **Indigenisation**, entstand in Lateinamerika die Bestrebung sich vom Einfluss der USA sowie der staatlichen Einwirkung zu befreien und ein neues Konzept der Sozialarbeit zu entwerfen: die so genannte **reconceptualización**.

Diese Bewegung war geprägt durch ihre starke politische Richtung und bedeutete den Versuch einer kulturellen Adaption von westlichen Sozialarbeitsvorstellungen an die Gegebenheiten vor Ort.

PAULO FREIRE (1921-1997) war mit seiner **Pädagogik der Unterdrückten** einer der Vorreiter in dieser Bewegung. Durch sozialistische Gesellschaftstheorien inspiriert, forderte er die Abschaffung gesellschaftlicher Unterdrückungsstrukturen. Eine ebenso große Rolle spielte zudem die lateinamerikanische Kirche, die mit der **Befreiungstheologie** einen wichtigen Beitrag zur Überwindung von veralteten Gesellschaftsstrukturen leistete.

In der Folge wurden die Möglichkeiten der Sozialarbeit bei der Umstrukturierung der Gesellschaften betont und darauf aufbauend Konzepte erarbeitet, bei denen die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung als entscheidendes Kriterium der Entwicklung verstanden wurde. Die *movimentos populares*, welche Basisorganisationen und Selbsthilfegruppen sind, wurden von der Sozialarbeit zur Umsetzung der Konzepte entdeckt und gefördert (vgl. PASSON 1999, S. 38f).

Die starke Politisierung verlor sich aber mit der Zeit und die Bewegung mäßigte sich.

Geblichen ist bis heute die Betonung des politischen Aspektes der Sozialarbeit in Lateinamerika, und zwar viel stärker als hier. Die Vorstellung, dass zur Verbesserung der Lebensumstände eine Veränderung der Strukturen notwendig ist, beherrscht noch immer die Diskussion um die Position der Sozialarbeit im lateinamerikanischen Raum, obgleich daraus nicht wirklich Rückschlüsse für die Praxis gezogen wurden, beispielsweise in der Anpassung der methodologischen Prozesse.

2.2 Arbeitsfelder der Sozialarbeit

In Lateinamerika wird Sozialarbeit im Prinzip in den gleichen Bereichen getätigt wie bei uns. Der Unterschied besteht im wesentlichen in der Auffassung eines politischen Anspruches von Sozialarbeit (wie oben schon geschildert). Auch hier werden natürlich die Tätigkeitsbereiche von der

Sozialpolitik vorgegeben. SCHULZE (1984) benennt die wichtigsten folgendermaßen:

- Öffentliche Gesundheit
- Kinderarbeit
- Wohnungssektor
- Betriebssozialarbeit
- Mitarbeit im Bereich der Elendsviertelarbeit
- Mitarbeit in ländlichen Programmen
- Mitarbeit in Programmen der ‚Volkserziehung‘.

(a.a.O., S. 28)

Nachstehend soll kurz auf diese Bereich eingegangen werden, um ihre tatsächliche Relevanz aufzuzeigen.

Im Feld der **öffentlichen Gesundheit** arbeiten Sozialarbeiter hauptsächlich in Krankenhäusern. Sie beschäftigen sich dort mit den Problemsituationen der Patienten und geben individuelle und rechtliche Hilfestellungen. Es werden ebenfalls verwaltungsmäßige Aufgaben übernommen.

Ein Problem dabei ist die Konzentration von Krankenhäusern in den (Groß-) Städten, so dass die Landbevölkerung nur sehr schwer in den ‚Genuss‘ von Krankenversorgung und damit verbundener Sozialarbeit kommt (s. KOSLOWSKI 1995, S. 85).

Unter **Kinderarbeit** ist die oft ambulante Arbeit mit Kindern zu verstehen, wobei es meist um die Integration der Familien und die Aufarbeitung der Probleme geht. Es sollen wirtschaftliche und soziale Hilfen gewährt werden. Diesem Bereich werden auch die Jugendgerichtshilfe und die Mutterunterstützung untergeordnet.

Im **Wohnungssektor**, der sowohl öffentlich als auch privat ist, betätigen sich Sozialarbeiter in staatliche Wohnungsbauprogrammen, wobei sie sich dabei um die Arbeitsvergabe kümmern und für ‚gute Nachbarschaft‘ sorgen sollen. Kritisiert wird hieran allerdings, dass strukturelle Probleme in diesem Bereich meist unangetastet bleiben. Umfelduntersuchungen, Pla-

nung und Organisation im Verwaltungsbereich stellen weitere Aufgaben im diesem Sektor dar. Im privaten Zweig des Sektors arbeiten Sozialarbeiter häufig für Genossenschaften. Hier besteht die Funktion der Sozialarbeiter dann in Promotionsarbeit oder auch in der Koordination, das Bieten von Organisationshilfen bei Planungen von neuen Wohnvierteln. Die Bezahlung von privaten Arbeitgebern ist in der Regel besser als die staatlicher Institutionen. Das war aber nicht immer so. Früher war eine Beschäftigung im staatlichen Verwaltungsbereich wesentlich rentabler, da hohe Haushalte vorhanden waren. Erst mit den Kürzungen der Sozialhaushalte wanderten vor allem die besten Arbeitskräfte ab und suchten sich neue Betätigungsbereiche.

Im Rahmen der **Betriebssozialarbeit** besteht eine häufige Beschäftigung im Personalwesen. Familienbesuche gehören dabei zu den Aufgaben. Mit den Angehörigen der Angestellten sollen Probleme aufgearbeitet werden, welche die Effizienz und Effektivität der Mitarbeiter belasten. Dies ist ein Punkt, der häufig diskutiert und kritisiert wird, da der Sozialarbeiter in diesem Bereich stark eingeschränkt ist in seiner Arbeit. Er steht im Spannungsfeld der Erwartungen und Anforderungen des Arbeitgebers auf der einen und des Klienten auf der anderen Seite. Entbehrlich oder untragbar für den Betrieb wird der Sozialarbeiter in dem Moment, in dem er sich mit einer der beiden Seiten solidarisiert. Dazu kommt, dass früher Sozialarbeiterinnen in den Augen der Unternehmer „die Rolle der guten, unverheirateten Tante in der ‚Großfamilie Betrieb‘ wohl einnehmen“ (SCHULZE 1984, S. 19) sollten und damit ihre Qualifikation abgewertet wurde.

Stadtteilarbeit wird im Bereich der **Mitarbeit in Elendsvierteln** geleistet. Hier bestehen verschiedene Möglichkeiten tätig zu werden, beispielsweise in staatlichen Institutionen oder auch Programmen mit jedweder Form von Projekten ausländischer Organisationen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Inhaltlich geht es dabei um Fragen der Landverhältnisse, die Koordination von Basisgesundheitsdiensten, Bildungs- und Erzie-

hungsarbeit (z.B. Alphabetisierungskurse), Kindergartenarbeit. Es geht aber auch um die Verbesserung von Kommunikationsstrukturen und der Kulturarbeit im allgemeinen, wobei dies eher nebenbei mit in die Arbeit integriert wird, um Voraussetzungen zu schaffen, die übrige Arbeit, sprich der ‚Entwicklung‘ des Stadtteils, sinnvoll und erfolgreich erledigen zu können. Ein Teil dieses Bereiches umfasst die Motivation und Mobilisierung der Bewohner, ist in diesem Sinne also auch Gemeinwesenarbeit (vgl. SCHULZE 1984, S. 133f).

Sozialarbeit kann auch **in ländlichen Programmen** stattfinden, wobei die Arbeitgeber die gleichen sein können wie bei der Elendsviertelarbeit. Es handelt sich dabei um die Maßnahmen im Rahmen von Agrarreformen oder auch Regionalprojekten. Allerdings ist die Mitarbeit hier ebenfalls oftmals umstritten, da Sozialarbeiter häufig lediglich aufgrund ihrer sozialen Fähigkeiten zur Vermittlung zwischen verschiedenen Interessensgruppen eingesetzt werden, was aber eigentlich die Überzeugung von Landbewohnern und somit die Durchsetzung bestimmter Interessen bedeutet.

An dieser Stelle soll auch noch die **Mitarbeit in ‚Volkserziehungsprogrammen‘** dargestellt werden. Hierbei geht es vorrangig um die (Weiter-) Bildung der Bevölkerung, d.h. konkret es werden Alphabetisierungskurse, berufliche Fortbildung, Gesundheitsaufklärung sowie die Förderung von Selbsthilfegruppen u.ä. angeboten. Es handelt sich also dabei im weitesten Sinne um Bildungsarbeit. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass gerade dieser Bereich der *educacion popular* stark abhängig vom Engagement ausländischer Institutionen ist, nichtsdestotrotz ein wichtiges Aufgabenfeld der Sozialarbeit in Lateinamerika darstellt und auch entsprechenden Zulauf aufweist. (vgl. SCHULZE 1984, S. 28)

Allgemein kann man sagen, dass Sozialarbeiter in Lateinamerika entweder im staatliche Sozialwesen oder in der Privatwirtschaft, d.h. meistens in

Nicht-Regierungsorganisationen (NRO)⁷ zu arbeiten haben. Diese NRO spielen, in Deutschland und der Entwicklungszusammenarbeit vor allem die Kirchen, politische Stiftungen und sonstige, eine wichtige Rolle.

KOSLOWSKI (1995) stellt fest, dass in der Dritten Welt ca. 80% aller Sozialarbeiter bei staatlichen Institutionen beschäftigt sind. Das bedeutet meist eine Anstellung in einer städtischen Verwaltung, wie Pflegekinderwesen oder Adoption, aber auch in öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise Heimen (a.a.O., S. 113).

Zudem finden viele Sozialarbeiter Anstellungen bei großen Organisationen, wie etwa in Gewerkschaften. Aber auch die oben erwähnten NRO spielen hierbei eine wichtige Rolle, denn durch die internationale Organisation und staatliche Unterstützung sind diese mit entsprechendem Kapital und Verbindungen ausgestattet. Sie verfügen somit über die Kontakte, das Kapital und vor allem das notwendige Engagement und die politische Einstellung (Unabhängigkeit!) um in Bereichen wie der Straßenkinder- und Slumarbeit Kontinuität erreichen zu können.

⁷ international auch NGO= Non-Governmental Organisation

2.3 Die Rolle der katholischen Kirche (als Beispiel einer NRO)

In Lateinamerika hat vor allem die katholische Kirche eine große Bedeutung unter den NRO. Deswegen soll ihre Rolle an dieser Stelle kurz demonstriert werden. Wie oben schon angeschnitten, kam der Kirche bei der Entdeckung und Anpassung Lateinamerikas eine zwiespältige Geltung zu. Auf der einen Seite boten die Missionare, die sich in den Weiten der unterschiedlichen Regionen niederließen, mit ihren Missionsstationen nachfolgenden Siedlern und anderen Kolonisatoren eine Art Einfallstor um das Land auszubeuten (vgl. PASSON 1999, S. 33). Darüber hinaus lässt sich auch nicht leugnen, dass den indigenen Völkern ihre Kultur geraubt wurde. In das entstandene Vakuum ließen sich hervorragend europäische Werte einfüllen.

Andererseits übernahm die Kirche allerdings auch die Verteidigung der Indios und sorgte durch ständiges Aufmerksammachen auf die Unterdrückung der Eingeborenen für eine leichte Verbesserung ihrer Lage. GÖRGEN weist darauf hin, dass die katholische Kirche nicht unerheblichen Anteil an der Erlassung der „Leyes de las Indias“ durch die spanische Krone und den darin enthaltenen Rechten der Indios hat. So waren die Ureinwohner dem spanischen Herrscher ebenso unterworfen wie alle anderen Spanier auch, folglich waren sie ihnen faktisch gleichgestellt. Durch die riesigen Entfernungen zur ‚Regierungszentrale‘ war die Sicherstellung der Einhaltung der Schutzmaßnahmen jedoch sehr schwierig, auch wenn schon recht ordentliche Verwaltungsstrukturen aufgebaut waren (vgl. GÖRGEN 1993, S. 129-136). Aus dieser Fürsprache für die indigene Bevölkerung und der Umsetzung der Nächstenliebe entstand im Laufe der Zeit eine Wohlfahrtsstruktur. Von der Kirche wurde u.a. die Armenpflege übernommen, vor allem im Bereich der Gesundheitsbetreuung.

Heutzutage hat die (katholische) Kirche immer noch eine herausragende Bedeutung im sozialen Bereich. Dies lässt sich auf verschiedene Faktoren zurückführen. Zum einen hat sie wie oben kurz dargestellt eine Tradition im Wohlfahrts- und Fürsorgebereich. Durch die historische Komponente der Verschmelzung⁸ ist die Kirche Lateinamerikas fest in der Gesellschaft und Kultur verankert. Damit hat sie die besten Voraussetzungen, um die Menschen zu erreichen, die es am nötigsten haben: die ‚Marginalisierten‘. Die Kirche hat zudem oft ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat bewiesen, wenn es um politische Fragen ging. In den oftmals autoritären Regimes Lateinamerikas konnten lediglich kirchliche Vertreter durch ihren Einsatz für die Menschenrechte auf Missachtung selbiger aufmerksam machen. Kardinal Paulo Evaristo Arns beschreibt dies in einem Vortrag mit dem Titel „Kirche und Menschenrechte in Lateinamerika“ (vgl. ERICHSEN (Hrsg.) 1989, S. 19-28). Dies sollte hier lediglich auf den wichtigen Aspekt der **Unabhängigkeit** hindeuten. Denn dieser ist wichtig im weiteren Hinblick auf die Rolle der Kirche als NRO.

Das DAC gibt als Kriterien für NRO im Rahmen einer möglichen Zusammenarbeit u.a. an, dass diese **unabhängig vom Staat** sein sollen, eine **breite Basis** in der Bevölkerung und klare, **konkrete Ziele** haben sollen, Bereitschaft zur **Zusammenarbeit** sowie der **Mitarbeit an Reformen** zeigen müssen. Dies alles sind Kriterien, die im besonderen Maße auf die Kirche zutreffen.

So bewies die lateinamerikanische Kirche zu Zeiten der Befreiungstheologie nicht nur die Bereitschaft zu Reformen, sie forderte sogar lautstark die Emanzipation der Unterdrückten ein.

Allgemein findet die lateinamerikanische Kirche Rückhalt in der übergeordneten Struktur der römischen Kirche. Ebenso erhält diese Institution in der BRD vergleichsweise von der Bundesregierung Zuwendungen, die zwar bei weitem nicht an die eigenen Leistungen heranragen, aber doch

⁸ Inkulturation! - GÖRGEN (1993, S. 104) beschreibt diese mit den Worten des Papstes Johannes Paul II (1986) als Verwurzelung der einheimischen kulturellen Werte ins Christentum sowie gleichzeitig als Verwurzelung des Christentums in den Kulturen

immerhin 275 Mio. DM ausmachen (eigene Leistungen: ca. 1 Mrd. DM, (Angaben des BMZ 2000)).

Die Bundesregierung unterstützt mit ihren Zuwendungen NRO (neben den Kirchen in Deutschland sind dies vor allem politische Stiftungen sowie andere private Träger), da sie die Möglichkeiten dieser im Bereich der direkten Zusammenarbeit mit den Zielgruppen in den Entwicklungsländern (Mobilisierung zur Selbsthilfe) sehr stark schätzt. Ebenso wird somit die betriebene Bildungsarbeit in der BRD belohnt, welche das politische Bewusstsein der Bevölkerung beeinflussen soll.

Als besonderen Punkt in der Effektivität von NGO in der Entwicklungszusammenarbeit oder auch der sozialen Arbeit vor Ort, ist das direkte Einwirken auf die Zielgruppen, ohne den Umweg über staatliche Stellen zu nennen.

NGO stellen also insgesamt eine sinnvolle Ergänzung zur staatlichen Zusammenarbeit dar, wie immer wieder betont wird, da sie über anders gelagerte Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verfügen. Deshalb haben sie auch immer stärker an Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren gewonnen (vgl. NOHLEN 2000: *Lexikon Dritte Welt*, S. 558f).

In Bezug auf Sozialarbeit lässt sich an dieser Stelle noch festhalten, dass im Rahmen kirchlicher Einrichtungen und Projekte der Verwirklichung der ideologischen Zielsetzung den Menschen dauerhaft zu helfen, Rechnung getragen wird. Ebenso wie von lateinamerikanischer Sozialarbeit wird auch von der Kirche die Veränderung der strukturellen Gegebenheiten als Voraussetzung für die Bekämpfung und Überwindung der Armut gesehen. Hier lässt sich festhalten, dass die Kirche soziale Tätigkeiten als Schritt in diese Richtung versteht und deswegen Sozialarbeit als Profession gefördert hat und weiter unterstützt.

Besonders in Projekten der Gemeinwesenarbeit ist eine Kooperation zu erkennen, beide Institutionen haben diese Methode als geeignet befunden.

den, den Marginalisierten zu Bewusstsein ihrer Lage zu verhelfen, um daraus den Antrieb zu Veränderung zu gestalten. Aufgrund dieser Ansicht soll im anschließenden Kapitel die Gemeinwesenarbeit dargestellt werden, da sie die vorherrschende Methode in der Sozialarbeit in Lateinamerika bezeichnet.

2.4 Gemeinwesenarbeit (GWA)

Aufgrund der Bedeutung, welche die Gemeinwesenarbeit in Lateinamerika einnimmt, sowohl als Strategie der Entwicklungspolitik als auch in Form einer Methode der Sozialarbeit, soll an dieser Stelle auf sie eingegangen werden.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wird international auch von *community development* gesprochen, die deutsche Übersetzung allerdings lautet genau wie die Methode der Sozialarbeit, nämlich Gemeinwesenarbeit.

Ursprünglich war *community development* ein Begriff, entstanden in den USA um 1930, zur Beschreibung von Methoden der Neugründung und Umstrukturierung von Gemeinwesen, beispielsweise bei Umsiedlungen von Indianerstämmen oder Staudammprojekten. Später setzte er sich auch in der Entwicklungspolitik für ähnliche Maßnahmen durch. Das Konzept entstand also unabhängig von Sozialarbeit, gleichwohl beeinflussten sich beide gegenseitig (vgl. KOSLOWSKI 1995, S. 120).

Community development zielt im Allgemeinen auf die Entwicklung ‚von unten‘ durch die Nutzung menschlicher Ressourcen. Meist im Rahmen von Dorfentwicklungsprogrammen eingesetzt, sind die wesentlichen Merkmale die Betonung der Selbsthilfe der Betroffenen und die Partizipation, wobei diese auf unterschiedlichen Ebenen ablaufen kann. So gibt es Projekte in denen es lediglich auf die Mitarbeit der Menschen ankommt, bei anderen sollen solche Projekte im Sinne der Nachhaltigkeit schon von den Betroffenen mitgeplant werden. Da solche Entwicklungsprogramme oft von den Regierungen gesteuert werden, lautet die Kritik an diesen oft, dass den Menschen lediglich von außen ‚Fortschritt‘ aufgedrängt wird. Ebenso wird häufig betont, dass den Regierungen nicht wirklich an Beteiligung der Menschen liegt, da diese auch eine Mobilisierung und Motivati-

on zur Erkenntnis der eigenen Situation bedeutet. Dieser Aspekt wird von der Staatsmacht als Bedrohung der bestehenden Strukturen aufgefasst. Ziele von *community development* sind das gemeinsame Arbeiten an Problemen (Verbesserungen!), welche die soziale Infrastruktur, Gesundheitserziehung und allgemeine Bildungsmaßnahmen betreffen. Ebenso sollen die wirtschaftlichen Voraussetzungen angeregt werden, dörfliche Produktionen in die Volkswirtschaft einzubinden. Somit sind diese **Ziele sozialer** und **wirtschaftlicher** Natur, allerdings hat *community development* noch eine **politische** Dimension. So soll kommunale Selbstverwaltung angeregt werden und als „Keimzelle der nationalen politischen Kultur“ (NOHLEN 2000, S. 157) dienen.

SCHULZE beschreibt: „Die Gemeinwesenarbeit ist heute, gemessen an der Auswirkung, der wichtigste Bereich lateinamerikanischer Sozialarbeit (1984, S. 35).“

Dies scheint derart zu sein, da die herkömmliche Methode der Einzelfallhilfe hier nicht gegriffen hat. Diese war zu sehr auf die Probleme westlicher Industrieländer ausgelegt. Für KOSLOWSKI ergibt sich folgendes Bild der Sozialarbeiterausbildung: „die so vermittelten Inhalte sind nicht nur kulturell unangepasst, sondern überhaupt irrelevant in südlichen Ländern, wo die Problemlagen weniger psychosozialer und individueller als vielmehr materieller und kollektiver Natur sind.“ (1995, S. 109)

In der GWA wurde eine Möglichkeit gesehen, die Ursachen dieser materiellen und kollektiven Probleme, nämlich die Strukturen der Gesellschaften, anzugehen. Dies ergab sich allerdings vor allem durch die Neukonzeptualisierung der Sozialarbeit, welche auf der Suche nach einer Methode war, mit der sie die Menschen erreichen konnte, die für eine grundlegende Veränderung notwendig waren. Nur durch das Bewusstmachen der Lage konnte dies erreicht werden.

Mit der internationalen Anerkennung der GWA und der später aufkommenden Arbeit der NRO und deren Unabhängigkeit waren die Voraussetzungen geschaffen, den politischen Anspruch quasi unter dem Schutz-

mantel internationaler Beobachtung durchzusetzen, wodurch der Sozialarbeit somit der Sinn zurückgeben konnte, den sie vorher in der Aussichtslosigkeit des Kampfes gegen die massenhafte Armut verloren hatte.

2.5 Unterschiedliche Ansichten von Sozialarbeit

Ganz allgemein herrschten verschiedene Ansätze in Ansicht und Ausübung der Sozialarbeit. SCHULZE unterscheidet dabei :

- den Assistenzialismus
- den Objekt-Ansatz
- den technokratischen Ansatz
- sowie den Fortschrittsansatz.

Der **Assistenzialismus** sieht den Klienten als Fall und ist die übliche Ansicht innerhalb der Einzelfallhilfe. Der Sozialarbeiter wird hierbei (in einigen Ländern Lateinamerikas) als Sozialassistent bezeichnet. Er steht dem Klienten lediglich in einer schlimmen Zeit bei, und ermöglicht ihm das Überleben. Allgemeine, d.h. strukturelle Probleme wurden hierbei übersehen, was den Regierungen nur Recht war.

Die Ansicht des **Objekt-Ansatzes** ging dahin, den Klienten, ob Individuum oder Gemeinwesen, als Objekt zu begreifen, das lediglich das Resultat der Umwelt war, ohne diese zu hinterfragen. Als Lösungsstrategie galt hier die Verabreichung eines entsprechenden Gegenmittels (beispielsweise wurde bei Hunger Nahrung vermittelt). Vertreter dieses Ansatzes sahen Menschen als unfähig an, ihre Umwelt zu verändern, so dass sie selbst angepasst werden mussten. Eine systemische Sicht war somit nicht möglich.

Als ‚Sozialingenieure‘ werden die Sozialarbeiter gerne bezeichnet, wenn man aus der Sicht des **technokratischen Ansatzes** argumentiert. Dieses deshalb, weil hierbei die Methoden und Techniken der Sozialarbeit als neutrale Techniken verstanden werden, die immer und in jeder Gesellschaft gleichmäßig funktionieren. Als Experten vermitteln die Sozialarbeiter bei Auseinandersetzungen innerhalb einer Gesellschaft und bleiben

dabei neutral. Von der Auffassung ihrer Arbeit als technischen Prozess, der möglichst schnell gelöst werden muss rührt die Bezeichnung dieses Ansatzes.

Der **Desarrollismo** oder auch **Fortschritts-Ansatz**, beschäftigt sich hauptsächlich mit der Weiterentwicklung der Methoden. Fortschritt wird angestrebt, genau wie in dem gleichnamigen Ansatz in entwicklungspolitischer Sicht, um seiner selbst willen. SCHULZE schreibt: „das Wie ist wichtiger als das Was ... als Folge davon entstanden Untersuchungsmethoden und die Sozialverwaltungstechniken.“ (1984, S. 32)

Probleme werden durchaus in größerem Kontext gesehen, allerdings nur solange, wie die Lösung nichts an bestehenden Strukturen verändert. Somit eignen sich Sozialarbeiter, die diesem Ansatz zugehörig sind, besonders bei der Durchsetzung und Durchführung von staatlichen ‚Reformprojekten‘. Sie dienen hier aufgrund ihrer sozialen Fähigkeiten vor allem zur Vermittlung der Einsicht der Sinnhaftigkeit der Projekte (Überzeugung!) bei der Bevölkerung (vgl. ebd., S. 30ff).

Die Darstellung der verschiedenen Ansätze an dieser Stelle sollen verdeutlichen, dass die Sozialarbeit in Lateinamerika nicht einheitlich ist. Eine Vielfalt muss aber nicht schlecht sein. Sicher sollte man sich angesichts der teilweise unkritischen Vorgehensweise fragen, inwiefern dies einem gesellschaftlichen Auftrag dienen kann.

2.6 Praxisbeispiel Cochabamba, Bolivien

Zur Verdeutlichung, dass soziale Arbeit in Lateinamerika zu einem großen Teil von kirchlichen Institutionen geleistet wird, soll an dieser Stelle ein Praxisbeispiel gegeben werden. Im Folgenden können dabei auch jene Problematiken veranschaulicht werden, die im bisherigen Verlauf der Arbeit bereits theoretisch erörtert wurden.

2.6.1 Persönlicher Hintergrund

Dass der Autor im Rahmen des Studiums der Sozialarbeit ein dreimonatiges Praktikum in jenem Projekt absolvierte, liefert den Hintergrund für die Auswahl ebenjenes Projektes. Er betreute die Kinder in der „Aldea de Niños ‘Cristo Rey’“ und hatte die Gelegenheit einige Male die Gefängnisse der Stadt Cochabamba zu besuchen. Dass dies die einzige Auslandserfahrung des Autors im beruflichen Bereich war, schränkte die Auswahlmöglichkeit an Projekten infolgedessen stark ein. Dennoch bildet sie die Grundlage der Motivation für die vorliegende Arbeit. Die eigenen Erfahrungen nun in einem größeren Rahmen als den der Praktikumsbegleitung und –reflektion aufzuarbeiten sowie in entwicklungspolitischer Richtung zu erweitern war ebenfalls ein Antrieb für den Autor. Damit lag es nahe, das Thema dieser Diplomarbeit aus dem entwicklungspolitischen Rahmen zu wählen. Das eigene Erleben der konkreten Situation der Menschen in dem Entwicklungsland Bolivien löste in dem Autor das Bedürfnis aus, mehr über Entwicklungszusammenarbeit und ihre politischen (Hinter-) Gründe und Bedingungen zu erfahren. Dies ist auch die Begründung für den großen Anteil entwicklungsbezogener Themen in der vorliegenden Arbeit. Die Möglichkeit die eigenen Erfahrungen einzubringen und als

praktisches Beispiel sozialer Arbeit in einem Entwicklungsland anzuführen, erschien zusätzlich äußerst reizvoll.

Es kann notwendigerweise nicht von einer Repräsentativität dieses Projektes für alle Länder und Entwicklungsprojekte Lateinamerikas ausgegangen werden. Dennoch spiegelt es gut die Tendenz der lateinamerikanischen Regierung wider, die soziale Komponente der Entwicklung der Länder zu vernachlässigen und in vielen Fällen die Menschenrechte zu missachten.

2.6.2 Bolivien, eine kurze Darstellung

Zur Einführung zuerst eine kurze Vorstellung des Landes Bolivien, um abzustecken, innerhalb welcher Rahmenbedingungen das Projekt angesiedelt ist und welcher Handlungsrahmen zugrunde liegt. Im ersten Teil der Arbeit wurden bereits einige entwicklungsbezogene Aspekte beispielhaft an dem Land erörtert. An dieser Stelle soll die Situation im Land hinsichtlich soziodemographischer und wirtschaftlicher Faktoren dargestellt werden.

Bolivien ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. Seit den 50er Jahren hat sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt auf momentan ca. 8 Mio. Menschen. Die jährliche Zuwachsrate beträgt 2,5%. In diesem Zusammenhang sollte hier zudem erwähnt werden, dass die Geburtenrate noch die recht hohe die Kindersterblichkeit in Bolivien (66 Sterbefälle auf 1000 Geburten) übertrifft. Die Lebenserwartung ist mit durchschnittlich 61,4 Jahren (vgl. *Human Development Report* 2000) im lateinamerikanischen Vergleich (zum Vergleich: Chile 74,9; Cuba 75,7; Honduras 69,4; Kolumbien 70,4 (ebd.)) recht niedrig. Bolivien hatte 1997 eine Analphabetenquote von 16,4% (vgl. DIRMOSER/ LAUGA in NOHLEN: *Lexikon Dritte Welt*, 2000, S. 113).

In der Stadt des Regierungssitzes, La Paz, leben 44% aller städtischen Einwohner, wobei ca. 30 v.H. der Gesamtbevölkerung in Städten über

20.000 Einwohnern leben. Der Indianeranteil an der Gesamtbevölkerung ist sehr hoch, er wird mit 65% beziffert. Als wichtigste indianische Sprachen gelten Quechua und Aymara. In Bolivien sprechen 20% der gesamten Bevölkerung lediglich indianische Sprachen woraus sich einleuchtende Schwierigkeiten hinsichtlich der Kommunikation ergeben (vgl. Kapitel 3.1.3).

Wirtschaftlich betrachtet lässt sich sagen, dass Bolivien mit einem BIP pro Kopf von 1.025 US-\$ und einem Bruttoinlandsprodukt von insgesamt ca. 8,3 Mrd. US-\$ zu den Entwicklungsländern mit niedriger Wirtschaftskraft gehört. Die Wachstumsraten betragen für den Zeitraum 1990-1998 jährlich 4,6%. Bolivien ist ein überwiegend durch Subsistenzwirtschaft geprägtes Land, d.h. die meisten Kleinbauern haben einen Ertrag, von dem sie sich (wenn überhaupt) lediglich selbst ernähren können. In den Städten werden 60 oder mehr Prozent der arbeitstätigen Bevölkerung dem informellen Sektor zugerechnet. Dementsprechend wenig Menschen sind also auch durch die zwar vorhandenen, aber quasi bedeutungslosen Sozialversicherungen abgesichert (vgl. NOHLEN/ MAYORGA in NOHLEN/ NUSCHELER 1992, S. 208).

Faktisch ist Bolivien eine Demokratie, mit Hugo Banzer steht dem Land jedoch ein ehemaliger Diktator vor. Allerdings hält auch er an den von seinem Vorgänger Sánchez de Lozada erlassenen Verwaltungsstrukturreformen fest. Mit diesen Reformen sollten die Kommunen und Gemeinden, und damit die Bevölkerung, stärker an der Entwicklung des Landes beteiligt werden, weswegen sie auch *participacion popular* genannt wird. Allerdings wird sich die Tragweite dieser „Revolution von oben“ erst mittel- bis langfristig auswirken können, da es sich erstens um eine Strategie nachhaltiger Entwicklung handelt und zweitens diese Reformen ebenfalls eine Einstellungs- und Verhaltensänderung der Bevölkerung voraussetzen, und zwar im Sinne einer Befreiung von überkommenen Obrigkeitsgehorsam (vgl. SPIEWACK in: Akzente 01/98, S. 20ff).

Da Bolivien neben Kolumbien und Peru immer noch zu den größten Kokaanbauländern gehört und sich ebenfalls zu einem Kokainhersteller entwickelt hat, ist die Drogenproblematik dementsprechend gravierend (vgl. Kapitel 1.4.7). Allein der Anteil der Bevölkerung der in der so genannten Parallelwirtschaft beschäftigt ist und davon lebt, stellt eine große Schwierigkeit dar, handelt es sich doch immerhin um ca. 5-10% der Bevölkerung (vgl. DIRMOSE/ LAUGA in NOHLEN: Lexikon Dritte Welt, 2000, S. 114). Die drittgrößte Stadt des Landes, Cochabamba, ist die Hauptstadt des gleichnamigen Distriktes und spielt durch die Nähe zu den so genannten „Yungas“, in denen große (illegale) Kokaanbaugelände liegen, eine wichtige Rolle im Drogengeschäft.

(Informationen aus NOHLEN: Lexikon Dritte Welt. 2000, Seite 113ff sowie vom Auswärtigen Amt: Bolivien auf einen Blick (Mai 2001), Online im Internet: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?land_id=23&type_id=2; Stand 15.05.2001)

2.6.3 Vorstellung des Projektes

Innerhalb dieser Situation liegt nun das ‚Projekt‘ von dem der Autor hier berichten wird. Von einem ‚Projekt‘ kann hier nur bedingt gesprochen werden, da es sich eigentlich mehr um das Produkt jahrelanger Arbeit zweier Missionare handelt: Pater Erik Williner und Schwester Ingrid Pentzek. Zunächst halfen sie in ihrer Missionsstation den umherziehenden Indios sesshaft zu werden, Landwirtschaft aufzuziehen und Kooperativen zu organisieren, in denen gearbeitet wurde.

Nachdem sie sich der in dem Gebiet an Macht gewinnenden Drogenkriminalität nicht mehr erwehren konnten und sie aufgrund dennoch geleisteten Widerstands Morddrohungen erhielten, mussten sie flüchten. Pfarrer Erik wurde in Cochabamba Gefängnisseelsorger. Hier fand er unmögliche Zustände der Gefängnisse vor, in denen auch Kinder lebten. Als Maßnahme

dagegen entschloss er sich 1987 zum Aufbau des Kinderdorfes „*Aldea de Niños ('Cristo Rey')*“. Er gründete auch den Verein „*Solidaridad Carcelaria Cochabamba*“ zur Unterstützung der Gefangenen.

2.6.4 Kinderdorf „*Aldea de Niños ('Cristo Rey')*“

Wie bereits erwähnt, wurde das Kinderdorf 1987 außerhalb des Stadtkerns von Cochabamba gegründet. Es liegt auf 2800m Höhe an einem Berghang inmitten einer Siedlung von Bauern, einfachen Arbeitern und ehemaligen Minenarbeitern und beherbergt ausschließlich Kinder, deren Eltern in den Gefängnissen von Cochabamba inhaftiert sind. Bei dem Aufenthalt des Autors Anfang 1999 waren dort 250 Kinder untergebracht, mittlerweile sind es 360. Sie sind verteilt auf 5 doppelstöckige Häuser, eine Etage des Schwesternhauses sowie, aufgrund der starken Überbelegung, in einem Teil des Schulgebäudes. Ein sechstes Wohnhaus befindet sich derzeit im Bau. Die Kinder und Jugendlichen leben dort in so genannten ‚Familien‘ zusammen, wobei jeder ‚Familie‘ eine „*tia*“ (Tante) vorsteht und sich außerhalb der Schulzeit, rund um die Uhr, um die Kinder kümmert. Ursprünglich war das Dorf so konzipiert, dass eine ‚Familie‘ je eine Etage eines Wohnhauses bewohnte und sich aus ca. 20 Kindern zusammensetzen sollte. Zur Zeit kann das Konzept allerdings nicht umgesetzt werden, da aus den Gefängnissen zu viele Kinder herausgeholt wurden. Dieser Umstand wurde nötig, da es einerseits durch die Umsetzung der harten (z.T. durch ausländischen, insbesondere US-amerikanischen Druck verabschiedeten) Anti-Drogen-Gesetze zu einem starken Anstieg von Verhaftungen und Inhaftierungen kam. Andererseits wurden auch Gesetze erlassen, die dafür sorgen sollten, dass sich keine Kinder mehr in den Haftanstalten befanden.

Die „*Aldea de Niños ('Cristo Rey')*“ ist das einzige Heim im Land, dass sich um genau diese Zielgruppe kümmert. Es gibt zwar auch staatliche Heime,

in denen Kinder aufgenommen werden, diese sind aber meist personell wie auch materiell schlecht ausgestattet. Zudem sind staatliche Heime nach Geschlechtern gegliedert, so dass Geschwister u.U. getrennt werden.

Im Kinderdorf „Christ König“ werden Geschwister in jedem Fall zusammen in einer ‚Familie‘ untergebracht, so dass alle derzeit 18 ‚Familien‘ nicht nach Geschlechtern getrennt sind. Durch diese Tatsache soll der ursprüngliche Familienzusammenhalt erhalten werden. Dazu tragen ebenfalls das Konzept des Kinderheims bei, sich nicht in die Familienangelegenheiten einzumischen wie auch die Besuchsmöglichkeit der Eltern, die jeden Samstag Vormittag aus den Haftanstalten unter Bewachung ihre Kinder sehen dürfen. Damit soll den Kindern bei Entlassung der Eltern ein unbeeinflusstes Gegenübertreten und (Wieder-) Zusammenleben ermöglicht werden.

Hieraus resultiert die Tatsache, dass die Kinder wieder zu ihren Eltern zurückkehren, sobald diese entlassen sind und wieder Fuß gefasst haben, um ihre Familie zu ernähren.

Schwester Ingrid ist zur Zeit noch die Direktorin des Kinderheims, das den größten Anteil an ihrer Arbeit hat. Sie hat die Aufsicht über eine recht große Anzahl von Mitarbeitern. So hat gibt es allein schon 18 „tias“, drei Köchinnen als auch einen Hausmeister, der sich um alle anfallenden Arbeiten kümmert. Zusätzlich sind noch ein Arzt, eine Zahnärztin, eine Psychologin sowie eine Krankenschwester auf Stundenbasis beschäftigt

2.6.5 Schule „Colegio Particular Mixto Suizo-Aleman“

Die Schule wurde auf dem gleichen Grundstück gebaut wie das Kinderdorf auch. Sie dient dazu den Kindern eine Schulausbildung zu ermöglichen, damit sie die Chance haben, ein besseres Leben zu führen. Sie sollen

nicht gezwungen sein, ebenfalls straffällig zu werden. Weil staatliche Schulen aber keine Kinder im laufenden Schuljahr aufnehmen, war die Gründung einer eigenen Schule notwendig.

Die Schule wurde auf Drängen der Anwohner von Anfang an auch für deren Kinder geöffnet. So kommt es, dass hier mittlerweile 860 Schüler lernen. Im Jahr 1997 konnte der erste Abiturjahrgang verabschiedet werden. Das „*Colegio Particular Mixto Suizo-Aleman*“ ist natürlich ebenso strukturiert wie die staatlichen Schulen, damit erzielte Abschlüsse auch anerkannt werden. Dazu bedarf es unter anderem einen Schuldirektor, den offiziell Pater Erik darstellt. Der Aufbau ist mit dem Schulsystem in Deutschland durchaus vergleichbar.

Die Schule ist faktisch eine Privatschule, verlangt aber nur ein geringes Schulgeld. Dies ist nach der Anzahl der Kinder gestaffelt, so muss für jedes weitere nach dem fünften Kind kein Schulgeld mehr gezahlt werden. Dieser Status der Privatschule bevollmächtigt dazu, Lehrer nach Bedarf selbst auszusuchen. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass die beschäftigten Lehrer nicht wie ihre Kollegen an staatlichen Schulen streiken können (aufgrund relativ guter Bezahlung haben sie dies hier auch nicht nötig). Somit kommt es auch nicht zu Unterrichtsausfall, welcher die Ausbildung an staatlichen Schulen behindert. Ebenso wird dadurch eine hohe Unterrichtsqualität gesichert. Das Kollegium umfasst insgesamt ca. 20 Lehrer, welche die Schüler auf die verschiedenen Schulabschlüsse vorbereiten.

Eine gute Schulausbildung soll zum Wohl der Kinder, sowohl der (Kinderheim-) internen wie auch der externen gewährleistet werden.

2.6.6 Gefängnisseelsorge „*Solidaridad Carcelaria Cochabamba*“

Pater Erik gründete den Verein, um den Gefangenen in den Haftanstalten Hilfen anbieten zu können. Er erkannte schnell, dass es in den Gefängnissen nicht ausreicht, sich um das Seelenwohl der Inhaftierten zu kümmern. Vielmehr bedürfen sie zusätzlich einer Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Denn anders als hier in Deutschland stellt der Staat lediglich die Unterkunft und die Bewachung der Verurteilten sicher. Die Verköstigung muss individuell organisiert werden. Aus diesem Grunde müssen viele Insassen ihre Familie nachholen. Da die Verurteilten in den Orten inhaftiert werden, in dem sie ihr Delikt begingen, bedeutet dies für die Familien häufig mehreren Hundert Kilometern. Geld für eine Unterkunft haben diese meistens nicht, so dass sie mitsamt der Kinder als Freigänger ebenfalls in der Haftanstalt hausen.

Der Verein „*Solidaridad Carcelaria Cochabamba*“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Gefangenen nicht nur mit dem Notwendigsten (Kleidung, Schuhe, Medikamente, Decken, Matratzen u.ä.) zu versorgen, sondern darüber hinausgehend wurden sogar Tischlereiwerkzeuge und –maschinen angeschafft. Hierdurch eröffnet sich für die Inhaftierten die Möglichkeit sich mit dem Verkauf von selbstgebauten Möbelstücken den Lebensunterhalt zu sichern. Diese werden vor den Gefängnistoren vom jeweiligen (Ehe-) Partner zum Verkauf angeboten. Im Untersuchungsgefängnis haben viele Verhaftete noch nicht einmal etwas zu essen; ihre Familien sind oft noch nicht eingetroffen. Deswegen werden dort jeden Sonntag Nahrungsmittel seitens der *Solidaridad Carcelaria Cochabamba* verteilt. Neben der Einrichtung von Krankenstationen (oft nur ein separater Raum), die auch als ‚Kreißaal‘ dienen müssen, hat der Verein aber auch Bücher beschafft, damit die Gefangenen eine Bücherei einrichten konnten, die von ihnen selbst verwaltet wird.

Zusätzlich zu den Schreinereimaschinen wurden (für die Frauen) Nähmaschinen angeschafft. Ein Zahntechniker bildet die Häftlinge mit Hilfe organisierter zahnärztlicher Werkzeuge in seinem Fachgebiet aus.

Weiteres Personal besteht in einem Priesterkollegen Pater Eriks, der eine juristische Ausbildung hat. Er berät die Häftlinge, welche sich keinen Rechtsbeistand leisten können.

2.6.7 'Urwaldpfarrei' „Parroquia del Proyecto Santísima Trinidad”

Obwohl die im 300km von Cochabamba entfernten Nationalpark „Isiboro Secure” gelegene 'Urwaldpfarrei' “*Santísima Trinidad*” nicht wirklich mit dem vorgenannten Projekt zusammenhängt, sei sie an dieser Stelle doch kurz erwähnt, da sie ebenfalls einen Arbeitsbereich von Pater Erik und Schwester Ingrid darstellt und z.T. von den gleichen Spenden finanziert wird, wie auch die anderen Arbeitsbereiche: das Kinderheim, die Schule sowie die Gefängnissolidarität. Darüber hinaus war die Pfarrei Ausgangspunkt für die beiden, da sie diese in den 60er Jahren mit einer Missionsstation begründet hatten.

In der sich über 70km hinziehenden und mehrere Dörfer umfassenden Pfarrei leisten die beiden sowohl Missionsarbeit als auch eine medizinische Basisversorgung. Ferner stellen sie den Indios Nähmaschinen, Garn und Stoffe zur Verfügung, damit diese sich selbst Kleidung nähen können. Auf einfachen Webrahmen werden von den Indios Hängematten hergestellt, die von den beiden Missionaren im Geschäft eines Bekannten zum Verkauf angeboten werden. Der Erlös geht natürlich an die Einheimischen zurück. Somit betätigen sie sich hier auch auf sozialem Gebiet.

2.6.8 Finanzierung

Alle Tätigkeitsbereiche des Projektes werden **ausschließlich über Spenden** finanziert. Diese fließen aus Deutschland und der Schweiz, meist aus

den Partner- oder Heimatgemeinden von Pater Erik und Schwester Ingrid nach Bolivien. In der Heimatstadt von Schwester Ingrid gibt es sogar zwei verschiedene Einrichtungen, die durch Geldmittel ihre Unterstützung zeigen. Zum einen wurde der gemeinnützige „Missionskreis Alto Beni e.V.“ gegründet, über den potentielle Spender dem Projekt von Schwester Ingrid und Pater Erik finanzielle Hilfe zukommen lassen kann. Zum anderen läuft seit 1999 ein Patenschaftsprojekt in der Heimatgemeinde von Schwester Ingrid. Dabei werden monatlich 30 DM formal für ein bestimmtes Kind gespendet. Als ‚Gegenleistung‘ erhält der Spender mehr oder weniger regelmäßig Post von dem Patenkind, in dem es über seine derzeitige Situation berichtet (vgl. im Anhang „Antwort eines Patenkindes...“). Über dieses Projekt wurden schon 212 Patenschaften seit Anfang des Jahres 1999 vermittelt. So erhält das Kinderheim (das Kinderheim möchte ich hier stellvertretend für das Projekt in Cochabamba nennen) monatlich schon einen gesicherte Festbetrag. Ebenso gibt es verschiedene Aktivitäten in der Gemeinde, die es ermöglichen, materielle Spenden zu sammeln und nach Bolivien zu senden. Auch in den Gottesdiensten ist die Kollekte meist für das Kinderheim bestimmt. Wichtig dabei scheint vor allem der persönliche Bezug der Spender zu dem bolivianischen Projekt.

Es wird immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass wirklich sämtliche Gelder und Materialspenden nach Bolivien gehen und nichts in die Verwaltungskosten vor Ort einfließt.

Über diese beiden Vereine hinaus fördert noch das Schweizer Fastenopfer die Pfarrei, beispielweise durch Übernahme der Kosten für verschiedene Kirchenbauten in den Dörfern.

Weiterhin wird in verschiedenen Spendenorganisationen auf das Projekt in Cochabamba hingewiesen, so dass auf diesem Weg noch Mittel einzelner Spender in die Kasse des Kinderheims fließen.

2.6.9 Bewertung des Projektes

2.6.9.1 Befunde:

Anhand dieses Beispiels lassen sich mehrere Sachverhalte ableiten.

Es finden einige der in Kapitel 1.4 dargelegten Umstände und Problemlagen wieder. Besonders deutlich wird dies, betrachtet man die Bedingungen, die dazu führten, dass die Strafanstalten in Cochabamba überfüllt sind und welche Probleme sich im kleinen darstellen:

- Viele Häftlinge sind aufgrund von Drogendelikten verurteilt worden, d.h., dass sie meistens Kokabauern waren und sich ihren Lebensunterhalt mit dem Anbau von (illegalem) Koka verdient haben. Es sind aber nur diese kleinen (relativ leicht zu fangenden) Fische, die aufgrund der restriktiven, von außen auferlegten Drogenpolitik in die Netze der Polizei gehen (zur Drogenproblematik vgl. Kapitel 1.4.7). Dies hat u.a. dazu geführt, dass Cochabamba innerhalb weniger Jahre viele provisorische Strafanstalten einrichten musste (1987 gab es drei Gefängnisse, 1999 waren es schon neun mit ungefähr 2000 Insassen). In diesen Gefängnissen zeichnet sich aufgrund der extremen Überbelegung erneut der Problemkreislauf aus mangelhafter Ernährung (→Armut), Gesundheit (→Hygiene) und den sich daraus ergebenden Bevölkerungsentwicklungen (analog: Entwicklung der Insassen)⁹. Dies sind große Probleme die der Staat nicht ausreichend oder mit falschen Mitteln bekämpft.
- Zum einen lässt sich deutlich erkennen, dass der bolivianische Staat nicht konsequent in seiner Sozialpolitik ist. Ansonsten würde nicht lediglich ein Gesetz erlassen, dass den Aufenthalt von Kindern in Strafanstalten untersagt, sondern es müsste ein ganzes Paket von Gesetzen verabschiedet werden, das sich nicht nur aus sozialpolitischen Maßnahmen zusammensetzt, sondern auch andere politische Bereiche fordert und mit einbezieht.

⁹ Diese Bereiche vollziehen sich nahezu analog zu den unter Kapitel 1.4.1 – 1.4.3 aufgeführten Problemlagen, hier allerdings im kleinen Rahmen.

- Zum anderen erkennt man an diesen Umständen, dass die Kirche, in diesem Beispiel vertreten durch die beiden Missionare, in diese ‚soziale Lücke‘ einspringt und sich um die Häftlinge als auch ihre Kinder kümmert. Dies geschieht einerseits in der Form von Wohlfahrt durch die Nahrungsmittel- und Kleidungsspenden. Andererseits werden mit der Anschaffung von Maschinen Hilfsmittel angeboten, um die Selbstversorgung der Gefängnisinsassen anzuregen und sicherzustellen. Die Weiterbildung in Form von Zahntechnikerlehrgängen ist ein weiteres Mittel um die Häftlinge schon während der Haftzeit auf ein Leben nach der Entlassung vorzubereiten sowie ihnen eine Alternative zu kriminellen Handlungen zu bieten (Stichwort: Rehabilitation).
- Den Kindern wird zeitgleich zur Haftzeit der Eltern, (d.h. meist nur eines Elternteils) während des Aufenthaltes in dem Kinderheim eine gute Schulausbildung geboten. Bezeichnend ist auch hier, dass diese von den Missionaren gegründete Schule nicht nur einen besseren Ruf als die so genannten Fiskalschulen Boliviens bietet, sondern auch von vornherein das Umfeld integrierte und sich für die Kinder der Nachbarschaft öffnete. Diese Ausbildung zielt auf eine gute Zukunftsperspektive der Kinder ab. Ebenso werden die Kinder befähigt, sich ihrer Lage bewusst zu werden, was der erste Schritt zu einer Veränderung sein kann.
- Sowohl im Kinderheim als auch in der Schule sind nur einheimische Arbeitskräfte angestellt. Die Beschäftigung von Bolivianern gibt dem Projekt einen stärkeren Bezug zur einheimischen Bevölkerung. Darüber hinaus wird auch ein kleiner Teil zur Stärkung des Arbeitsmarktes getan.

- Allerdings bilden alle diese Arbeitsbereiche vor allem kurzfristige Hilfe für die Betroffenen. Sobald die Inhaftierten entlassen werden und die Kinder zu sich nehmen, werden diese wieder in teilweise katastrophalen Umständen leben (müssen).

2.6.9.2 Schlussfolgerungen:

Aus oben angeführten Punkten ergibt sich aus Sicht der Sozialarbeit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit folgendes:

- Im Bereich der Gefängnisseelsorge und der Insassenbetreuung ist es verwunderlich, dass keine Sozialarbeiter dieses Feld erschlossen haben. Es bleibt wahrscheinlich solange der kirchlichen Seelsorge vorbehalten, wie der Staat keine Handlungseinsicht zeigt.
- Durch die Arbeit der beiden Missionare wird den Menschen bislang nur recht kurzfristig geholfen, jedoch wären Untersuchungen über die Entwicklung der Kinder nach Verlassen des Kinderheims, vor allem in bezug auf ihre Schulbildung, interessant.
- Strukturelle Probleme werden nicht direkt angegangen, wie dies der Anspruch der lateinamerikanischen Sozialarbeit ist. Jedoch soll der Sinn des vorgestellten Projektes insgesamt nicht in Frage gestellt werden. Diesen Menschen, die unter schlimmen Umständen ihre Strafe absitzen müssen, und den betroffenen Kindern muss natürlich bis zur Lösung zumindest der Unterbringungsfrage geholfen werden.

Zusammenfassend ergibt sich für den Autor, dass Beschäftigungsmöglichkeiten für Sozialarbeiter in der Gefängnissozialarbeit innerhalb dieses Projektes am wahrscheinlichsten sind. Allerdings scheinen sich hier Schwierigkeiten in der Verständigung einerseits mit den Häftlingen und

zum anderen mit den Behörden im Vorfeld abzuzeichnen. Neben einer sprachlichen Eignung (Kenntnisse von Spanisch und Quechua müssten vorhanden sein) sollte aber auch eine genaue Kenntnis der juristischen Sachlage vorliegen.

Darum scheint dem Autor schon allein aus diesen beiden Gründen eine Eignung ausländischer Fachkräfte aus dem sozialen Bereich nicht gegeben zu sein, da diese allenfalls über juristische Kenntnisse in Deutschland verfügen. Die sprachlichen Kenntnisse würden sich höchstwahrscheinlich auf Spanisch beschränken, da die Möglichkeiten, beispielsweise Quechua in Deutschland zu lernen, recht gering sind. Eine Möglichkeit in diesem Bereich wäre für ausländische Sozialarbeiter eventuell bei der Organisation professioneller Gefängnissozialarbeit und darauf aufbauend in der Beratung oder auch Supervision einheimischer Sozialarbeiter zu sehen.

Auch in den übrigen Bereichen des Projektes sind Sozialarbeiter nicht geeignet, beispielsweise die Heimleitung bei Pensionierung der Missionare zu übernehmen, wenn sie nicht schon über langjährige Landeserfahrung sowie eine Verbindung zur katholischen Kirche haben, auf welche die Erziehung im Kinderdorf und auch der Schule aufbaut.

Die Beschäftigungschancen beispielsweise für Pädagogen sähen vielversprechender aus.

3 Sozialarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit

In den vorherigen Kapiteln wurde dargestellt, was Entwicklungszusammenarbeit bedeutet, das diese nicht immer nur positiv gesehen wurde und werden kann. Ferner wurde versucht die Situation in Lateinamerika zu beschreiben und zuletzt war die einheimische Sozialarbeit Gegenstand einer Analyse. Wenn auch die genannten Punkte nicht in ihrem Umfang, wie sie es eigentlich verdient hätten behandelt werden konnten, so erschien ihre knappe Darstellung dennoch für eine angemessene Beurteilung des Forschungsstandes notwendig

Man könnte an dieser Stelle einwenden, dass die historische Entwicklung der Entwicklungszusammenarbeit, die Entwicklungstheorien oder auch die ausführliche Behandlung der Drogen-, bzw. Kokainproblematik in der Region für den Gegenstand dieser Arbeit nicht, oder nicht in diesem Umfang erforderlich waren. Doch gerade diese Punkte erscheinen dem Autor überaus wichtig zu sein, da ohne Kenntnis, was überhaupt Entwicklung oder Entwicklungszusammenarbeit bedeuten, eine Beurteilung aller damit verbundenen Aspekte nicht möglich sein kann. Aus der eigenen Erfahrung heraus weiß der Autor zudem um die Relevanz der Beachtung der Kokainproblematik gerade in Lateinamerika. Denn wie wir gesehen haben, sind zu viele Bevölkerungsteile davon betroffen, um diese Tatsache zu ignorieren. Allerdings soll hier auch nicht verschwiegen werden, dass die USA sowie der Rest der Welt an dieser Problematik Teil haben, da sie den Absatzmarkt für das Produkt Kokain oder alle seiner Derivate darstellen. Interventionen müssten also vorrangig dafür sorgen, dass diese Absatzmärkte kleiner werden. Erst dann wird auch das Problem in Lateinamerika zu lösen sein. Dies ist wiederum ein Hinweis darauf, wie systemisch man heutzutage denken und vorgehen muss, und zwar auf allen Ebenen, regional, national und global.

Somit hat die Beachtung der vorgenannten Punkte durchaus ihre Berechtigung.

Da nun einige Sachverhalte klarer geworden sein sollten, kann hier dazu übergegangen werden, unter Berücksichtigung jener Umstände die Lage der Sozialarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika zu beleuchten sowie festzustellen, an welchen Stellen Probleme offenbar werden und welche Möglichkeiten von den Entwicklungsorganisationen für die Profession in Aussicht gestellt werden.

3.1.1 Zusammenhang von Sozialarbeit und Entwicklungszusammenarbeit

Zunächst einmal soll kurz geklärt werden, warum sich überhaupt erst die Frage stellt, ob und welche Rolle Sozialarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit spielt. Denn wenn man sich die Begriffsdefinitionen anschaut, wird man einige Gemeinsamkeiten feststellen.

Das BMZ nennt als Ziel der Entwicklungszusammenarbeit u.a. **die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen** und als eine Maßnahme im Kampf gegen Armut:

„Armutsbekämpfung heißt vor allem Förderung der sozialen Integration und der gesellschaftlichen Teilhabe.“

(BMZ: Lateinamerika-Konzept, 2000, S. 7),

sollen Programme mit besonderen Zielgruppen Besserung bewirken. Beispielsweise soll aufgrund vielseitiger Probleme die Jugend (Gewalt, Drogen, Banden, Kinderprostitution) in spezielle Programme eingebunden werden (vgl. ebd., S. 7).

Das „Wörterbuch Soziale Arbeit“ (1988) definiert:

„Unter diesen beiden Begriffen (Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Anm. d. Verf.) wird eine Vielzahl von Einrichtungen und Maßnahmen zusammengefaßt, die Menschen helfen sollen sich in die Gesellschaft zu integrieren (SozPäd) und in ihr ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht (SozArb)

(a.a.O., S. 480).“¹⁰

Man erkennt deutlich die Übereinstimmung in Zielen und Maßnahmen, und auch von verschiedenen Autoren wird immer wieder betont, wie ähnlich die Begriffe doch inhaltlich sind. OPPL beispielsweise äußert:

„Die Begriffliche und inhaltliche Nähe von Entwicklungshilfe und Sozialarbeit scheint auf den ersten Blick evident, verbindet sie doch Ansatz, Ziele und Arbeitsweise: Behebung von Armut, Marginalität durch Befähigung zu Selbsthilfe und anderem über Hilfen zur Gemeinwesenentwicklung (*community development*).“ (1987, S. 3)

Beiden Bereichen ist gemeinsam, dass es um das Wohl von Menschen geht. Menschen, die in Notlagen geraten sind, aus denen sie sich selbst nicht mehr befreien können. Die Idee, dass solchen Menschen geholfen werden sollte liegt sowohl der Sozialarbeit als auch der Entwicklungszusammenarbeit zugrunde. Dies ist vor allem bei der Entwicklungszusammenarbeit so, seitdem die Wachstumstheorien und die sich daraus ergebenden Strategien und der so genannte *trickle-down* Effekt (siehe Kapitel 1.2.1) gescheitert, bzw. nicht eingetreten sind. Erst durch dieses Scheitern reifte die Erkenntnis, dass Entwicklungsstrategien auch die soziale Seite beinhalten müssten. Im Begründen der Grundbedürfnisstrategie wurde auch die Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen als Bedürfnis festgehalten. Aus heutiger Sicht sind hinsichtlich des Bemühens um nachhaltige Entwicklung vorrangig die Unterstützung und Förderung wichtige Aspekte.

Es lässt sich also festhalten, dass mittlerweile Beteiligung und Selbsthilfe wichtige Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit sind. Betrachtet man die Prinzipien der Sozialarbeit so wird man ebendiese wiederfinden. Auch die konzeptionelle Ansicht des Objektes der Hilfeleistung hat sich verändert, weg von der paternalistischen Auffassung des Denkens und Han-

¹⁰Vgl.:

„The social work profession promotes social change, problem solving in human relationships and the empowerment and liberation of people to enhance well-being. Utilising theories of human behaviour and social systems, social work intervenes at the points where people interact with their environments. Principles of human rights and social justice are fundamental to social work.“

Definition von Sozialarbeit der *International Federation of Social Workers* (IFSW)

delns dem Hilfeempfänger gegenüber, hin zu einer emanzipatorischen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Das kennzeichnet sowohl die Sozialarbeit als auch die Entwicklungszusammenarbeit und macht sich auch an den Begrifflichkeiten fest (nicht mehr Entwicklungshilfe sondern – zusammenarbeit; Klient = Partner) (vgl. ERL/SCHWARZWÄLDER in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S.28)

Wie kommt es also, dass Sozialarbeit eine geringfügige Rolle in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zukommt, obwohl ihr Chancen zugestanden werden die Lage der Menschen zu verbessern:

„Die bisherigen Misserfolge bei der Beseitigung der schlimmsten Ärgernisse der ‚Internationalen Sozialen Frage‘ – Hunger und Massenarmut – weisen ebenfalls darauf hin, dass nur durch eine bessere Berücksichtigung des Zusammenhangs von Entwicklungspolitik, Entwicklungshilfe und Sozialarbeit die ärmsten und am meisten marginalisierten Zielgruppen von der Entwicklungsarbeit erreicht werden können.“

(SING in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S. 19f)

Ebenjener Autor sieht in der Globalisierung, bzw. der „interdependenten Weltgesellschaft“ und den damit verbundenen Problemen (z.B. Zuwanderung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Gastarbeitern) die „transnationale Dimension“ der Sozialarbeit, die sowohl in den Entwicklungsländern, als auch in den Industrieländern handeln muss (vgl. ebd. S. 19).

Warum es eine Diskrepanz zwischen solchen Hoffnungen (oder Anforderungen) und der tatsächlichen Situation gibt, soll im Folgenden erhell werden.

3.1.2 Situation (beispielhaft dargestellt am DED)

Prinzipiell haben Sozialarbeiter in Deutschland die Möglichkeit, sich bei verschiedenen Entwicklungs(hilfe)organisationen oder –diensten um den Einsatz als Entwicklungshelfer zu bewerben. Das BMZ gibt sechs Organisationen an, in denen man einen Dienst nach dem Entwicklungshelfergesetz verrichten kann:

- **die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V.(AGEH)**, Träger sind katholische Organisationen und Institutionen
- **Deutscher Entwicklungsdienst (DED)**, Träger sind die Bundesregierung (Anteil 95%) und der „Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee“ e.V.(5% Anteil)
- **Dienste in Übersee e.V. (DÜ)**, getragen von evangelischen Organisationen und Institutionen
- **EIRENE, Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V.**
- **Weltfriedensdienst e.V.**
- **Christliche Fachkräfte International e.V. (CFI)**, eingerichtet von der Arbeitsgemeinschaft evangelikaler Missionen in Verbindung mit der Deutschen Evangelischen Allianz

Aus BMZ Medienhandbuch 2000

An dieser Stelle soll die aktuelle Lage der Sozialarbeit innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit exemplarisch dargestellt werden. Hierzu bietet sich die Betrachtung von Statistiken des DED, des größten deutschen Entsendedienstes für Personal an. Seine Aufgaben bestehen zum einen in der Anwerbung, Ausbildung und Entsendung von Fachkräften in die Partnerländer. Der DED betreibt keine eigenen Projekte, sondern unterstützt lediglich die Partnerorganisationen durch Bereitstellung von Experten. Bei der Auswahl der Partnerländer wird auf den Willen der Länder, sich um soziale Entwicklung zu bemühen unter Beteiligung der Bevölkerung und

besonders der Zielgruppen, nämlich städtischen und ländlichen Unterschichten, großer Wert gelegt. Bei der Projektauswahl wird weiterhin darauf geachtet, dass neben der Beteiligung der Bevölkerung die Maßnahmen auch an die lokalen Voraussetzungen (technisch und sozial) angepasst sind.

Ebenso ist es Aufgabe des DED, einheimische Dienste, wie z.B. Selbsthilfeorganisationen, Bürgerinitiativen, Frauenverbände, Freiwilligendienste u.ä., zu fördern und zu unterstützen. Diese Tatsache wird sehr oft übersehen. Weiterhin ist der DED in der politischen Bildung tätig. Dies geschieht meist über Öffentlichkeitsarbeit, u.a. in Form von Vorträgen ehemaliger Entwicklungshelfer (was auch der gesellschaftlichen Reintegration förderlich ist, um die sich der DED ebenfalls bemüht), und dient der entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung in Deutschland. Der DED hat insgesamt sieben Bereiche in denen er tätig ist, bzw. in die er Fachkräfte entsende. Diese sind (Stand 01.01.2000):

- Landwirtschaft und Ressourcensicherung,
- Technisch-handwerkliche Berufsausbildung,
- Kleingewerbe, Management, Verwaltung
- Bau- und Siedlungswesen
- Gesundheitswesen
- Allgemeines Bildungswesen
- Gemeinwesenarbeit.

Sozialarbeit bildet innerhalb des DED offensichtlich keinen eigenständigen Sektor. Vielmehr bietet sich mit dem Fachbereich „*Community Development*“ ein Bereich, „der auf strukturelle Veränderung der Lebensbedingungen der Bedürftigen, Marginalisierten und Benachteiligten zielt (ERL, SCHWARZWÄLDER, 1987, S. 29)“. In seiner deutschen Übersetzung entspricht dieser Bereich der Sozialarbeit/ Gemeinwesenarbeit, wobei hier der Schwerpunkt auf dem strukturellen Wandel liegt, der angestoßen werden soll, anstatt lediglich die funktionserhaltenden Maßnahmen in der Planung und Organisation von Gemeinwesen auszuüben.

ERL, SCHWARZWÄLDER berichten von einem starken Interesse von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen an der entwicklungspolitischen Arbeit und vor allem an Projektarbeit in den Partnerländern. Allerdings verweisen sie auch auf die geringen Chancen einer Vermittlung als Entwicklungshelfer (1987, S. 27).

Sehen wir uns diese Situation einmal in Zahlen (vgl. Tabelle „DED-Entwicklungshelfer aus dem Sozialwesen“ im Anhang) an:

Oben genannte Autoren geben für das Jahr 1986 (Stichtag 15.1.1986) eine Gesamtzahl von 815 Fachkräften an, die als Entwicklungshelfer in 26 Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens beim DED beschäftigt waren. Aufgeteilt nach Sektoren sieht dies folgendermaßen aus: Die meisten Entwicklungshelfer waren im Bereich Technik/ Handwerk (309) tätig, weitere waren in der Landwirtschaft (174), in Schule/ Hochschule (167) sowie im Gesundheitswesen (121) beschäftigt. Auf den Bereich Sozialarbeit/ *Community Development* entfielen insgesamt nur 42 Entwicklungshelfer. Von diesen waren lediglich 11 ausgebildete Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen. Die übrigen verteilten sich auf verschiedene Berufsgruppen. Dagegen wurden acht Sozialarbeiter und -pädagogen in die übrigen Fachbereiche des DED entsandt.

Als hauptamtlich Beschäftigte fanden sich unter 156 Mitarbeitern lediglich fünf Sozialarbeiter/ -pädagogen.

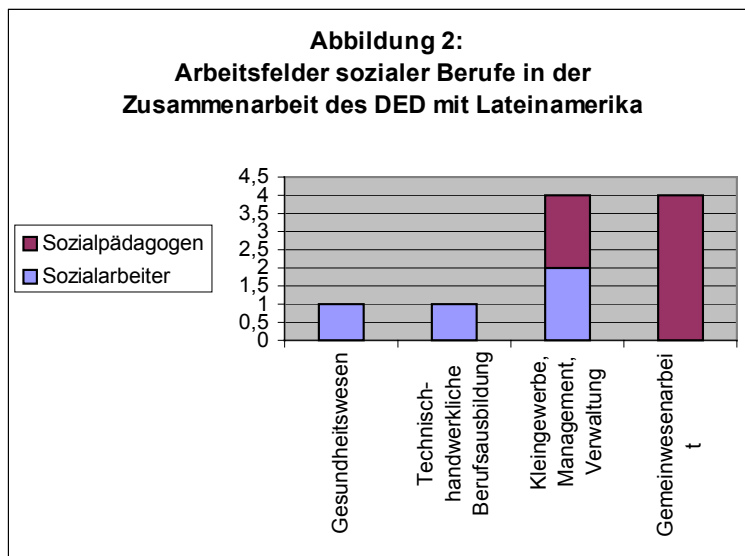
Von den berichteten 42 Beschäftigten in *Community Development* Projekten arbeiteten 31 in Lateinamerika, allein 23 in Brasilien. Sechs wurden nach Afrika, fünf Entwicklungshelfer nach Asien vermittelt.

ERL, SCHWARZWÄLDER (1987) leiten daraus mehrere Befunde ab:

- Der DED bietet Sozialarbeitern nur wenig Beschäftigungschancen, sowohl im Inland (5 von 156), als auch in den ausländischen Projekten (19 von 815).
- Im eigentlichen sozialarbeiterischen Berufsfeld der Gemeinwesenarbeit finden sich weniger Sozialarbei-

ter als übrige Berufsgruppen (Verhältnis 11 zu 31), wobei andererseits Sozialarbeiter in Bereichen tätig sind, für die sie nicht ausgebildet zu sein scheinen. .

(vgl. ebd., S. 30ff)

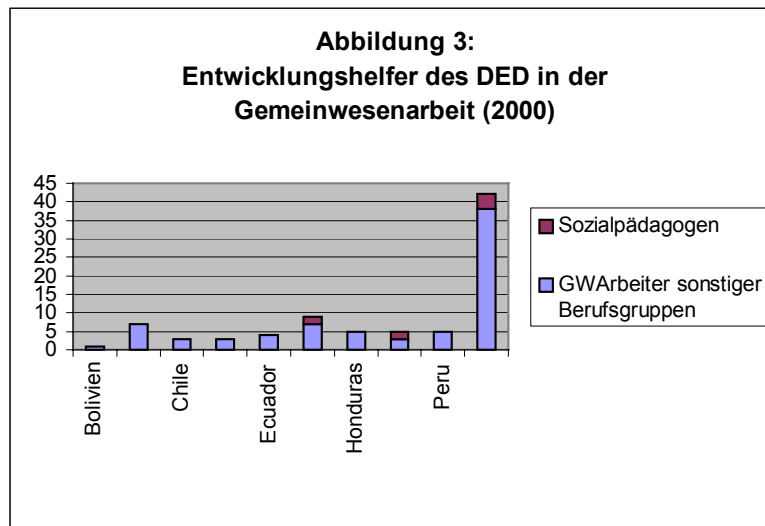


Der „Statusbericht 2000“ des DED weist zum Stichtag 01.01.2000 insgesamt 958 Entwicklungshelfer in nun 44 Ländern aller Regionen nach. Hierin sind auch diejenigen eingeschlossen,

die am Europäischen Freiwilligen Programm (EFP), Zentralen Friedensdienst (ZFD) und bei den *United Nations Volunteers* (UNV) teilnehmen. In der Gemeinwesenarbeit (GWA) sind weltweit 150 Entwicklungshelfer tätig, 42 davon in den zehn Ländern Lateinamerikas, in denen der DED Projekte unterstützt. Dies ist wesentlich mehr als 1986 (42 Entwicklungshelfer weltweit).

Von diesen weltweit in der GWA Tätigen waren nur 15 ausgebildete Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen, lediglich 4 davon arbeiteten in Lateinamerika. Interessanterweise waren dies nur Sozialpädagogen. Insgesamt waren 29 Sozialarbeiter für den DED tätig, 10 davon arbeiteten als Entwicklungshelfer in Lateinamerika (vgl. Tabelle „DED Entwicklungshelfer aus dem Sozialwesen“ im Anhang).

Festzustellen ist, dass also lediglich knapp die Hälfte aller Sozialarbeiter in der GWA, dem eigentlich sozialarbeiterischen Feld, beschäftigt sind. Auffallend ist zudem, dass viele Sozialarbeiter im Sektor Kleingewerbe, Management, Verwaltung tätig sind (Welt: 21%; Lateinamerika 20%; vgl. Abbildung 2). Der



Anteil der Sozialarbeiter mit Zusatzausbildung betrug weltweit lediglich gut 10 Prozent, wovon keiner in Lateinamerika tätig war.

Sektoral betrachtet fällt auf, dass Brasilien nicht mehr das Gros der Gemeinwesenarbeiter beschäftigt, sondern dass die mittelamerikanischen Länder in diesem Bereich stark gefördert werden. In Südamerika fällt neben Brasilien (7) Peru (5) mit einer größeren Anzahl von unterstützten Gemeinwesenprojekten auf (vgl. Abbildung 3).

Im Vergleich zu 1986 und den von ERL/ SCHWARZWÄLDER (1987) aus-
gestellten Befunden lässt sich hier festhalten:

- Der weltweite Anteil der Sozialarbeiter an den Entwicklungshelfern insgesamt ist nicht wesentlich angestiegen (1986: 2,3%; 2000: 3%).
- Weltweit, wie Lateinamerika spezifisch, ist der prozentuale Anteil von ausgebildeten Sozialarbeitern an den in GWA-Projekten Beschäftigten sogar stark gesunken (1986 lag der Anteil weltweit bei ca. 26 v.H.; 2000 betrug dieser nur noch 10 v.H.)
- Es finden sich somit im Jahr 2000 mehr Sozialarbeiter in ‚berufsfremden‘ Bereichen als 1986, auffallend hierbei der Verwaltungs- und Managementbereich, der ca. 20% aller Sozialarbeiter beschäftigt.
- Die sektorale Betrachtung lässt den Schluss zu, dass die mittelamerikanischen Länder (allen voran Guatemala) starken Aufholbedarf in struktureller Entwicklung zu haben scheinen, wobei sich dies sicher mit der Durchsetzung demokratischer Systeme und den Kriterien des DED, Länder mit demokratischem und partizipativem Charakter bei der Zusammenarbeit zu bevorzugen (ebenso wie der Status als LLDC) in Zusammenhang steht.

Womit diese Entwicklungen zusammenhängen, soll im folgenden Kapitel erörtert werden.

3.1.3 Probleme

An dieser Stelle sollen Schwierigkeiten und Probleme angesprochen werden, die Sozialarbeit im Kontext mit der Entwicklungszusammenarbeit begegnen und sich somit auf die Beziehung beider Bereiche auswirken. Es soll hier darauf eingegangen werden, warum es bislang nicht zu einer nennenswerten Beteiligung der Sozialarbeit an der Entwicklungszusammenarbeit gekommen ist (vgl. vorheriges Kapitel), obwohl sie sich doch scheinbar gut eignen würde, den soziokulturellen Ansprüchen der Entwicklungszusammenarbeit gerecht zu werden (s. Kapitel 1.6.1).

Ein Argument, das von vielen Autoren (z.B. KOSLOWSKI, 1995, S. 128; EGGERS in SAUERWALD, FLOCK, HEMKER, 1992, S. 346) gebracht wird, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, bezieht sich auf die kulturelle Unangepasstheit, die ausländischen Sozialarbeitern ihre Arbeit schwer bis unmöglich macht. Auch wenn sich dies Argument wohl hauptsächlich auf afrikanische und asiatische Länder bezieht, da diese Regionen z.T. tatsächlich vollkommen unterschiedliche Kulturen zu der westlichen haben, ist die Übertragbarkeit auf Lateinamerika durchaus ebenfalls gegeben. Selbst wenn die westliche Lebensweise und Kultur, auch durch Mithilfe der Evangelisierung der Kirche, ihre Werte und Ideologien schon vor langer Zeit in diese Region transportiert haben, kam es hier zur Verschmelzung von verschiedenen Kulturen, welche von deutschen oder europäischen Sozialarbeitern nicht ohne weiteres verstanden werden kann. An dieser Stelle sei lediglich auf die Übernahme von indianischen Riten in das christliche Glaubensparadigma hingewiesen. So bringen beispielsweise bolivianische, katholische Menschen noch heute *Pachamama* (übersetzt in etwa: Mutter Erde) regelmäßig Opfer, und wenn es nur der erste Schluck aus der Bierflasche ist, der auf dem Boden vergossen wird und gehen später in die Kirche um dort zu **dem einen** (christlichen) **Gott** zu beten.

„Des weiteren fallen die sprachlichen Schwierigkeiten bei einem Beruf wie der Sozialarbeit besonders ins Gewicht, da für sie ein umfassendes >>Verstehen<< ihrer Zielgruppe (im wörtlichen und übertragenen Sinne) unerlässlich ist (KOSLOWSKI, 1995, S. 128).“ Da Menschen und ihre Probleme immer Gegenstände der Sozialarbeit sind, ist es für ihre Effizienz also äußerst wichtig, die einheimische Sprache sehr gut zu beherrschen. Im Falle Lateinamerikas scheint diese Tatsache nicht so schwer wiegen, sind doch mit Spanisch und Portugiesisch zwei Sprachen lateinischen Ursprungs offizielle Amtssprachen. Daneben sollte aber nicht vergessen werden, dass in manchen Gegenden noch immer indianische Sprachen vorherrschend sind. In Bolivien sprechen ungefähr 20 v.H. der Bevölkerung nur indianische Sprachen (Aymara, Quechua) bei einem Indianeranteil von 42% der Gesamtbevölkerung. Spanisch spricht nur ein gutes Drittel (vgl. NOHLEN; MAYORGA in NOHLEN/ NUSCHELER, 1992, S.182). Dies bedeutet vor allem für Projektmitarbeiter die im ländlichen Bereich tätig sind (u.a. Gemeinwesenarbeit) teilweise erhebliche Probleme bei der Verständigung - selbst wenn sie einer Amtssprache mächtig sind. Dies ist ebenfalls ein Ergebnis der Untersuchung des Projektes in Cochabamba. Auch dort wurde auf die Notwendigkeit von Sprachkenntnissen hingewiesen (vgl. Kapitel 2.4).

WASIEK sieht auch in der Dauer des Aufenthalts von Entwicklungshelfern ein Hindernis für den Einsatz von Sozialarbeitern. Denn während technische Projekte relativ schnell eigenständig werden können und auch nicht so stark auf personelle Kontinuität angewiesen sind, muss der Sozialarbeiter Beziehungen zu den Menschen aufbauen, muss im Rhythmus der Betroffenen arbeiten. Das erfordert eine langfristige Organisation von Projekten, welche die Projektträger - aus Angst, neue Abhängigkeiten zu schaffen - nicht gewähren wollen (vgl. WASIEK in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S. 43f).

Neben sprachlichen und zeitlichen Gründen spielt das teilweise hohe Statusgefälle zwischen Einheimischem und Entwicklungshelfer eine wichtige Rolle. Berufsmäßige Hilfe kann nicht funktionieren, wenn Neid und Miss-

gunst aufgrund eklatanter Einkommensunterschiede, bzw. Lebenswelten aufkommen.

Überdies weisen verschiedene Autoren stetig wiederkehrend auf die fehlende Vermittlung eines klaren Berufsbildes der Sozialarbeit hin:

„Unkenntnis oder falsche Vorstellungen von der beruflichen Qualifikation der Sozialarbeiter erschweren auch die Bestimmung ihres möglichen Beitrages in der Entwicklungszusammenarbeit (WASIEK in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S. 43).“

Obwohl seit Erscheinen dieser Aussage fast 15 Jahre vergangen sind, existieren diese falschen Vorstellungen über die Qualifikation noch immer. So kann der Autor aus eigener Erfahrung von studierten Menschen berichten, die sogar das ganze Berufsbild der Sozialarbeit in Frage stellen.

Oft wird auch die Ausbildung der Sozialarbeiter Gegenstand der Kritik. Manchen Autoren fehlt der praktische, entwicklungspolitische Bezug während des Studiums, während andere überhaupt keinen Sinn darin sehen können. So etwa NUSCHELER der in speziellen Studiengängen schon allein aufgrund der Konkurrenz aus anderen Gebieten, wie den Sozialwissenschaften keine Perspektive sieht (vgl. in SAUERWALD, FLOCK, HEMKER, 1992, S. 357).

Ebenso wird die generalistische Ausbildung von Sozialarbeitern als dem Konzept deutscher personeller Entwicklungszusammenarbeit entgegengerichtet gesehen, welches auf der Entsendung von Spezialisten beruht. PASSON sieht die Möglichkeiten der Sozialarbeit aufgrund dieser Ausbildung in der Projektplanung, -durchführung, -koordination und -evaluierung. Hieraus folgert er eine generalistische Funktion der Sozialarbeit (ebd., 1999, S. 45), was die These der Konträrsituation der beiden Bereiche nur erhärtet. Neben der generalistischen Ausbildung ist vor allem auch die wissenschaftliche Anspruch der Sozialarbeit von Bedeutung für den (Nicht-) Einsatz von Sozialarbeitern in Projekten des *community development* (CD). Dieses hat zwar als Entwicklungsstrategie nahezu überein-

stimmende Ziele mit denen der Sozialarbeit, jedoch verlangt diese von den in diesem Bereich tätigen Beschäftigten vor allem praktische (technische, landwirtschaftliche) Kenntnisse und Fertigkeiten, um sie der Bevölkerung vermitteln zu können. Die Sozialarbeit distanziert sich mit der universitären Ausbildung dagegen bewusst „von dem para-professionellen Status des *community development*“ (KOSLOWSKI, 1995, S. 124). Dies könnte auch der Grund sein, weswegen entweder Sozialpädagogen oder Sozialarbeiter mit Zusatzqualifikation (meist technisch, handwerklich) im Bereich der Gemeinwesenarbeit oder CD beschäftigt sind (vgl. DED Statusbericht 2000, bzw. Tabelle „DED Entwicklungshelfer aus dem Sozialwesen“ im Anhang). Darauf weisen auch ERL/ SCHWARZWÄLDER hin, wobei sie die Prioritäten der Qualifikation anders bewerten: „Als ideal gelten für die Gemeinwesenarbeit Bewerber mit einem praktischen Beruf und einer Zweitqualifikation als Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge (in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S. 33).“

Zwar sind die Entwicklungsorganisationen der Ansicht, dass sozialarbeiterische Fähigkeiten und Methoden die Wirksamkeit aller Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit steigern (vgl. ERL, SCHWARZWÄLDER in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S. 27, 32), jedoch werden bei der Auswahl der Entwicklungshelfer technische Berufe bevorzugt, da es einfacher erscheint, den Technikern soziale Fertigkeiten im Schnellverfahren beizubringen, (wenn überhaupt eine fachliche Qualifikation als notwendig betrachtet wird) als Sozialarbeitern technische Kenntnisse zu vermitteln (vgl. WASIEK in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S. 43). Vielfach wird schlichtweg die soziale Komponente von Projekten verkannt, was sich in der Anforderung von dementsprechenden Fachkräften niederschlägt:

„Entwicklungshelfer, die Projektprüfungen durchführen sind fast immer selbst Techniker, schon aufgrund der offiziellen Anforderungen...sie neigen dazu, die soziokulturelle Komponente zu unterschätzen (EGGERS in SAUERWALD, FLOCK, HEMKER, 1992, S. 346).“

Neben solchen Argumenten, die meist die Eignung der westlichen Sozialarbeiter in Frage stellen, scheint doch der Verweis auf die vorhandenen einheimischen Sozialarbeiter am einleuchtendsten. WASIEK berichtet schon 1987 von über 50.000 ausgebildete Sozialarbeitern in Lateinamerika (in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S. 44). Diese Zahl hat sich seitdem stark erhöht. Nach Auskunft der Präsidentin der *International Federation of Social Workers* (IFSW), Imelda Dodds, gibt es in Lateinamerika 18 Sozialarbeitervereinigungen von denen elf Mitglieder in der IFSW sind. Durch diese elf werden schon über 80.000 Sozialarbeiter vertreten (E-Mail vom 15.05.2001 an den Autor (s. Anhang)). Wenn die westlichen Sozialarbeiter also auf keinen „aufgrund der schon aufgezeigten internationalen Homogenität der Disziplin ... durch Ausbildung gewonnenen signifikanten Eignungsvorteil verweisen“ (PASSON, 1999, S. 43) können, dann wäre eine Anstellung ausländischer Sozialarbeiter eine „Absurdität der Entwicklungshilfe, die mit sinnvoller Kooperation und Partnerschaft nichts zu tun hat (NUSCHELER in SAUERWALD, FLOCK, HEMKER, 1992, S. 356).“

Denn Entwicklungszusammenarbeit sollte dem jeweiligen Partnerland (Entwicklungsland) förderlich sein. Dazu würde in jedem Fall die Anstellung von qualifizierten einheimischen Arbeitskräften, auch Sozialarbeitern, gehören. Dies schon allein deshalb, um den einheimischen Arbeitsmarkt zu stärken.

3.1.4 Aussichten und Fazit

Angesichts der geschilderten Problematiken erscheint es einleuchtend, dass nicht mehr (oder dass überhaupt?) Sozialarbeiter in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind. Allerdings scheint auch ein gewisser Bedarf an Sozialarbeitern vorhanden zu sein, bewegte sich doch der Anteil von Sozialarbeitern an den Entwicklungshelfern in den vergangenen Jahren auf einem recht konstanten Level (bei ca. 2-3% der Entwicklungshelfer des DED, wie oben beschrieben).

Somit hat es die Sozialarbeit offenbar nicht geschafft, der Gesellschaft ein wirklich klares Berufsbild von sich zu vermitteln, wie dies schon vor 15 Jahren gefordert wurde (vgl. WASIEK, 1987, S. 43), um auch ihre Relevanz für die Entwicklungszusammenarbeit zu unterstreichen und ihre Position innerhalb dieser auszubauen. Dies ist bedauerlich, denn ebenso offensichtlich ist es auch, dass durch die weitgehende Deckungsgleichheit der Ziele von Sozialarbeit und Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Kapitel 1.6.1), ihre Mitarbeit von großem Nutzen für die nachhaltige Entwicklung der lateinamerikanischen Länder sein könnte. Dies gilt sowohl für die wirtschaftliche als auch die soziale Entwicklung (wie sie immer gefordert wird). Wir haben bereits gesehen, und auch Vertreter des DED betonen weiterhin (vgl. ERL/ SCHWARZWÄLDER in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S.27, 32), dass es durch Anwendung sozialarbeiterischer Methoden und Techniken zu einer höheren Effektivität von Kooperationsprojekten kommt.

Die Dominanz nicht-sozialarbeiterischer Berufe im eigentlichen Berufsfeld der Sozialarbeit, nämlich dem Bereich der Gemeinwesenarbeit (*community development*) lässt sich damit erklären, dass es sich im Feld der internationalen Kooperation und der nationalen Entwicklung um Strategien handelt, die sich leicht von der Gemeinwesenarbeit, wie die Sozialarbeit sie als eine ihrer Methoden definiert, unterscheidet. Gerade die akade-

misch ausgelegte Ausbildung der Sozialarbeit hat Anteil daran, dass die in der Entwicklungszusammenarbeit vor allem auf praktische Fertigkeiten ausgelegte GWA eher praktische Berufe engagiert. Die Tendenz, dass in Projekten der GWA, wenn überhaupt, entweder Sozialpädagogen oder Sozialarbeiter mit einer Zusatzqualifikation, meist in handwerklich-technischen Berufen, eine Anstellung finden, weist in die gleiche Richtung. Andererseits scheinen sich Sozialarbeiter aufgrund ihrer Ausbildung für den Bereich Kleingewerbe, Management, Verwaltung zu eignen, da immerhin 20% der Sozialarbeiter, die als Entwicklungshelfer des DED in Lateinamerika tätig sind, in diesem Bereich arbeiten. Offensichtlich sind sie hier mit der Verbesserung von Kommunikationsstrukturen und der Organisation beschäftigt. Dies deutet darauf hin, dass die deutsche Ausbildung auf diesen Bereich gut vorbereitet. Möglicherweise liegt also gerade in diesem Bereich in Zukunft eine Chance, der Sozialarbeit mehr Beteiligung an der Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen, da gerade in Lateinamerika im Bereich der Verwaltung Veränderungen in bezug auf die Förderung der Effektivität notwendig sind.

Neben dem Auslandseinsatz sind aber noch andere Arbeitsfelder innerhalb der Entwicklungsproblematik für Sozialarbeiter denkbar. Zum einen besteht die Möglichkeit der Arbeit mit Migranten, in der es heute schon etliche Arbeitsplätze gibt. Zum anderen bietet sich im Feld der politischen Bildung eine Tätigkeit durch Aufklärungs- und Informationsarbeit zur Bewusstseinsbildung für entwicklungspolitische Zusammenhänge an. Diese beiden Bereiche sollen hier lediglich kurz erwähnt werden, ohne weiter darauf einzugehen, da dies den Rahmen sprengen würde. Ferner soll mit dieser Arbeit die Möglichkeit der Tätigkeit vor Ort untersucht werden. Es soll jedoch noch darauf hingewiesen werden, dass in dem bildungspolitischen Bereich die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht von allen Seiten positiv beurteilt werden, selbst nach einem (unwahrscheinlichen) Auslandseinsatz als Entwicklungshelfer: „Ein Berufsfeld für Fachhochschulabsolventen nach ihrem entwicklungspolitischen Einsatz dürfte in der ent-

wicklungspolitischen Arbeit vor Ort kaum zu sehen sein (RENESSE in SAUERWALD, FLOCK, HEMKER, 1992, S. 350).“

Es gilt allerdings für alle drei Arbeitsfelder, und ganz besonders für den Einsatz im Ausland, dass eine intensive Vorbereitung und Beschäftigung mit der Entwicklungsproblematik Voraussetzung für eine Anstellung in diesem Bereich ist. Solche Voraussetzungen sollten schon in der Ausbildung geschaffen werden. Deswegen plädieren einige Autoren auch für spezielle Studiengänge, die sich mit dieser Thematik eingehend auseinandersetzen. SCHRUBA beispielsweise sieht in der Vermittlung von kulturalanthropologischen Aspekten eine wichtige Voraussetzung, in späteren Arbeitsfeldern mit Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen besser umgehen zu können, da hierdurch die Hintergründe für gewisse Verhaltensweisen viel verständlicher werden (in SAUERWALD, FLOCK, HEMKER, 1992, S. 260ff). In den Teams der Entwicklungszusammenarbeit könnte solches kulturalanthropologisches Wissen ebenfalls Anwendung finden bei der Planung zukünftiger technischer sowie sozialer Programme und Projekte.

Es gibt jedoch auch Stimmen, die in speziellen entwicklungspolitischen Studiengängen keinen Sinn sehen, wie etwa NUSCHELER:

„Aus meiner Praxis...halte ich einen sozialpädagogischen Ausbildungsschwerpunkt, der auf die Einsatzfähigkeit in der Dritten Welt abzielt, für wenig sinnvoll und erfolgsversprechend (in: SAUERWALD, FLOCK, HEMKER, 1992, S.356).“

Selbiger Autor sieht für die Sozialarbeit, wenn überhaupt in der entwicklungsbezogenen Zusammenarbeit, Beschäftigungsmöglichkeiten im Management von Projekten bei dem Ausbau sozialer Infrastruktur sowie in der Planung und Durchführung von Sozialprojekten innerhalb des Tätigkeitsbereiches von NRO. Hierbei sollten dementsprechende Qualifikationen Voraussetzungen sein. Gleichfalls sollte der Ort der Beschäftigung aber in Deutschland liegen, denn aus der Sicht von NUSCHELER muss „hierzulande ...noch viel mehr Entwicklungsarbeit geleistet werden (ebd. S. 356).“

Ein Beitrag dazu könnte durch Hochschulpartnerschaften geleistet werden, da durch solche Partnerschaften und die Betrachtung anderer Denkweisen neue Problemlösungsstrategien entwickelt werden könnten. Bisherige waren anscheinend nicht allzu erfolgreich, beispielsweise bei der Bekämpfung der „Neuen Armut“. Diese Partnerschaften müssten sicherstellen, dass beide Seiten Nutzen daraus ziehen könnten, im Sinne eines dialektischen Prozesses, d.h. alle Beteiligten sollten durch ein gegenseitiges Austauschen von Erfahrungen neue Erkenntnisse gewinnen können. Solche Kooperationen müssten so ablaufen, dass einerseits lateinamerikanische Sozialarbeiter, bzw. Sozialarbeitsstudenten nach Deutschland kämen, um hier erstens zu studieren und eventuell ein Praktikum zu absolvieren, um hiesige Arbeitsweisen und Methoden kennen zu lernen. Zweitens müssten ebendiese Erfahrungen mit den deutschen Kommilitonen aufgearbeitet, reflektiert werden. Dieses Verfahren müsste natürlich auch umgekehrt ablaufen, so dass deutsche Sozialarbeiter, bzw. Sozialarbeitsstudenten die Partnerhochschulen besuchen könnten (angelehnt an FLOCK 1992, S. 338f).

Eine solche Verfahrensweise ist der Schlüssel zu ‚interaktivem‘ Lernen; durch das Aufarbeiten der Erfahrungen in einem fremden Land mit anderen Arbeitsmethoden kommt es zu Verständnis für die andere Kultur. In Zeiten der Globalisierung ist gerade ein solcher fachlicher Dialog außerordentlich wichtig, sind doch die Probleme von Industrie- und Entwicklungsländern sehr ähnlich. Zudem können sie sich auch gegenseitig bedingen (zumindest können sich die Probleme der Industrieländer stark negativ auf die Entwicklungsländer auswirken). Die Erkenntnis über solche Abhängigkeitsstrukturen ist der *dependencia* zuzuschreiben (vgl. Kapitel 1.2.3).

Somit bieten sich durch fachlichen und personellen Austausch neue Lösungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Probleme hier wie dort.

SING sieht in der Armut der Dritten Welt und der ‚Neuen Armut‘ hier bei uns durchaus Parallelen. Zudem kommen mit den Strategien zu einer

Stärkung der „*self reliance*“ der Bevölkerung, im Sinne einer Bewusstseinsveränderung der Armen, auch **neue Perspektiven für die hiesige Sozialarbeit aus der Dritten Welt** (vgl. in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S.17f).

Da dies aber keine Zusammenarbeit nach aktuellem Verständnis der Entwicklungspolitik (wobei dies doch dem Begriff der „Zusammen“ – Arbeit eher gerecht würde als das, was der Begriff momentan beinhaltet) bedeuten würde, ließe sich ein solcher Ansatz höchstens durch verschiedene Kooperationen, u.a. mit NRO und privaten Geldgebern, verwirklichen.

Im Bereich der Armutsbekämpfung sieht sogar das BMZ Möglichkeiten für die Sozialarbeit zur Beteiligung an der Entwicklungszusammenarbeit. Bei der Beschäftigungsförderung soll mit sozialarbeiterischen Elementen vorgegangen werden.

„Armutsbekämpfung heißt vor allem Förderung der sozialen Integration und der gesellschaftlichen Teilhabe (BMZ: Lateinamerika Konzept, 2000, S. 7)

Diese Aussage des BMZ steht allerdings im Widerspruch zur Intention der sozialen Arbeit in Lateinamerika. Dort sollen Verbesserungen eben nicht durch Integration, sondern durch grundsätzliche Veränderungen der sozialen Strukturen herbeigeführt werden (vgl. Kapitel 1.5.4). Da aber vor allem die einheimischen Ressourcen, wozu auch der einheimische Arbeitsmarkt gehört, genutzt und gestärkt werden sollen, kommen für die Mitarbeit in derartigen Programmen und Projekten aber nur einheimische Sozialarbeiter in Frage. Diese werden sich jedoch in einem Widerspruch zu ihren Überzeugungen wiederfinden, sollten sie in derartigen Programmen beschäftigt werden. Probleme wären somit vorprogrammiert.

An dieser Stelle lässt sich noch einmal konkret zusammenfassen:

Die **Beschäftigungschancen** für Sozialarbeiter in der Entwicklungszusammenarbeit **sind derzeit äußerst gering**. Eine Verbesserung dieser

Perspektive ist bislang nicht in Aussicht. Die Gründe hierfür sind vielfältiger Natur, wie oben bereits aufgezeigt wurde. Ein wichtiger Punkt ist jedoch, dass die Sozialarbeit es bis heute nicht geschafft hat, ihre Relevanz für die Entwicklungszusammenarbeit deutlich herauszustellen. Ebenso scheint es **von Seiten der Entwicklungsorganisationen auch kein großes Interesse bzw. kein Bedarf** an einer stärkeren Beteiligung von Sozialarbeitern zu bestehen. So schreiben ERL/ SCHWARZWÄLDER:

„Insgesamt ergibt sich, daß der DED für die Entsendung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen, die nicht noch eine andere (praktische) Berufsausbildung abgeschlossen haben, nur wenige Möglichkeiten hat. ...An dieser Situation ändern auch Studiengänge für Sozialarbeit in Entwicklungsländern ...nichts. Sie erzeugen Hoffnungen, welche der DED und andere Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit nur in Ausnahmefällen erfüllen können (in MÜHLFELD, OPPL, WEBER-FALKENSAMMER, WENDT 1987, S.38).“

Das auch andere Organisationen derartige Anfragen von Sozialarbeitern nicht nachkommen können, hat dem Autor erst kürzlich Michael van Lay von der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) per E-Mail bestätigt: „Grundsätzlich, aus historischen Gründen und aufgrund entwicklungspolitischer Vorentscheidungen der Entscheidungsträger in finanzierenden Einrichtungen, sind ausländische Fachkräfte in Lateinamerika im katholischen Bereich eher selten.“

Oben angeführtes Projekt, ebenfalls durch katholische Missionare initiiert, weist in die gleiche Richtung, auch hier scheint keine Möglichkeit einer Beschäftigung von ausländischen Fachkräften vorhanden zu sein (vgl. Kapitel 2.4.2).

KOSLOWSKI unterstellt engagierten Sozialarbeitern sogar pures Eigeninteresse: „Es scheint, als wären Sozialarbeiterinnen selbst die einzigen, die von einem Arbeitseinsatz im Ausland und der damit verbundenen Selbsterfahrung und Horizonterweiterung profitieren können und deshalb starkes Interesse daran zeigen (1995, S. 129)

Der Autor vorliegender Arbeit meint an dieser Stelle, dass **die Berücksichtigung der einheimischen Sozialarbeiter in jedem Fall Vorrang hat**. Dies ist auch das Fazit, das aus dem Praxisbeispiel in Cochabamba gezogen werden kann (vgl. Kapitel 2.4). Denn dies entspricht einem der Grundsätze der Sozialarbeit: „Tue nichts, wozu der Partner (Klient) auch fähig ist!“ Wobei den Partner in diesem Fall die einheimische Sozialarbeit Lateinamerikas darstellt. Unter Berücksichtigung dieser Prämisse kann es aber dennoch zur Kooperation kommen, wenn der Partner eben nicht mehr, oder noch nicht, zur Problemlösung in der Lage ist.

Eine Betätigung in der Entwicklungszusammenarbeit sollte also nicht um ihrer selbst willen stattfinden, sondern immer fachlich begründet sein. Dazu gehört auch die Einsicht, dass personelle Zusammenarbeit nicht immer angebracht ist. Stimmen, die derartige Kritik äußern gibt es derzeit einige. NUSCHELER beispielsweise postuliert:

„Ich habe – mit vielen anderen – wachsende Zweifel an der personellen Zusammenarbeit und besondere Zweifel an der sinnvollen Einsatzfähigkeit von Sozialarbeiter/ innen, wenn ich ihren Sinn nicht von beschäftigungspolitischen Überlegungen für Fachhochschulabsolventen hierzulande, sondern vom Nutzen der Gastgesellschaften abhängig mache (in SAUERWALD, FLOCK, HEMKER, 1992, S. 352).“

Vielleicht ist es aber die Aufgabe der Sozialarbeit, gerade diesen Gedanken weiterzuführen, ihn der Öffentlichkeit bewusst zu machen, so dass es vor Entsendung von Fachkräften und Experten zu intensiven Notwendigkeitsprüfungen kommt, damit eben nicht mehr, wie bisher, zusätzliche Abhängigkeiten entstehen können¹¹.

¹¹ Man könnte ein solches zukünftiges Vorgehen der Entwicklungspolitik und –zusammenarbeit als „Makro-Sozialarbeit“ bezeichnen. Hierbei ginge es um die Integration von einzelnen Ländern in die globale Gemeinschaft unter Berücksichtigung ihrer eigenen Fähigkeiten. Voraussetzung ist allerdings die Entstehung einer wirklichen globalen, freien und demokratischen Gemeinschaft, ansonsten wird es nur wieder zu Unterdrückung, Abhängigkeit und Marginalität

Neben solchen Überlegungen scheint allerdings der Aspekt der Übertragung von Problemlösungsstrategien aus Lateinamerika zu uns besser realisierbar zu sein. In diesem Zusammenhang seien noch einmal die Hochschulpartnerschaften angesprochen, welche in diesem Bereich der Zusammenarbeit durch Wissensvermittlung und –austausch eine überaus wichtige Rolle spielen könnten. Angebote mit kulturanthropologischem Inhalt stellen in dieser Hinsicht bedeutsame Voraussetzungen dar, denn nur durch ein annäherndes Verständnis der Kultur des Partners, lässt sich eine Übertragung gewährleisten. Solche Angebote machen allerdings nicht nur für Sozialarbeiter, die sich auf einen Auslandseinsatz vorbereiten, sondern ebenfalls für die Arbeit vor Ort im Heimatland, welche steigende Kontakte mit Migranten aufweist.

Als Schlusswort lässt sich an dieser Stelle festhalten:

Sozialarbeiter scheinen ihren Platz in der Entwicklungszusammenarbeit weitgehend gefunden zu haben. Die o.a. Befunde des Datenvergleichs deuten darauf hin. Eine Diskussion über mögliche neue Arbeitsbereiche innerhalb der internationalen Kooperation führt nicht weiter, berücksichtigt man die Priorität einheimischer Fachkräfte. Eine Ausbildung, die soziokulturelle und kulturanthropologische Aspekte berücksichtigt und verstärkt den internationalen Austausch von Wissen und Personal, respektive Studenten fördert kann allerdings in Zukunft dazu beitragen, Sozialarbeit als Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit zu festigen. Möglichkeiten hierzu bieten sich anhand der Erfahrung im Bereich des sozialen Managements hierzulande und dem Bedarf hieran in Lateinamerika. Neben solchen Perspektiven gilt auch:

Als interessierter, engagierter und sprachkundiger Sozialarbeiter sollte man also nicht verzweifeln aufgrund solcher Aussichten, sondern sich dennoch für einen solchen Einsatz bewerben, denn:

kommen, wie dies heute noch im nationalen Rahmen (wobei Abhängigkeiten und Rangwertigkeiten auch heute im internationalen Kontext gegeben sind) der Fall ist.

„Bei der Auswahl der Entwicklungshelfer wird ... der persönlichen Eignung ein gleich großes Gewicht beigemessen wie der fachlichen Qualifikation (EGGERS in SAUERWALD, FLOCK, HEMKER, 1992, S. 344).“

4 Literatur

- Ambos, Kai: Die Drogenkontrolle und ihre Probleme in Kolumbien, Perú und Bolivien: Eine kriminologische Untersuchung aus Sicht der Anbauländer unter besonderer Berücksichtigung der Drogengesetzgebung. Freiburg i. Br., Max-Planck-Inst. Für Ausländisches und Internat. Strafrecht, 1993
- Ambos, Kai: Drogenkrieg in den Anden: Rahmenbedingungen und Wirksamkeit der Drogenpolitik in den Anbauländern mit Alternativen. München, AG SPAK Bücher, 1994
- Articus, Stephan: Sozialpolitik in Entwicklungsländern – Darstellungen und Analysen Sozialer Sicherung in Afrika, Asien und Lateinamerika. Frankfurt a.M., DV, 1990
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hrsg.): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2000. Berlin, BMZ, 2001
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): BMZ Konzepte: Konzept zur Entwicklungszusammenarbeit mit indianischen Bevölkerungsgruppen in Lateinamerika. Nr. 073/ März 1999
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): BMZ Konzepte: Lateinamerika-Konzept. Nr. 109/ April 2000
- Cassen, Robert u. Mitarbeiter: Entwicklungszusammenarbeit: Fakten, Erfahrungen, Lehren. Bern; Stuttgart, Haupt, 1990

- Daffa, Paulos/ Wolz, Gerhard M. (Hrsg.): Entwicklungshilfe – Dort- hin! Kritische Wertungen und Lösungen. Münster/ New York, Wax- mann, 1992
- Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ): Ak- zente, aus der Arbeit der GTZ. Ausg. 01/98
- Deutscher Entwicklungsdienst (DED): DED-Brief, Zeitschrift des Deutschen Entwicklungsdienstes: Informeller Sektor, Nr.3/ 97, September 1997
- DED-Brief, Zeitschrift des Deutschen Entwicklungsdienstes: Koope- ration in der Entwicklungszusammenarbeit, Nr.2/ 96, Juni 1996
- DED-Brief, Zeitschrift des Deutschen Entwicklungsdienstes: Kultur und Entwicklung, Nr.4/ 96, Dezember 1996
- DED: Statusbericht. Bonn, 2000
- Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent- wicklung (BMZ) (Hrsg.): Drogen und Entwicklung: Politik, Strategien und Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit. 2. Aufl., Bonn, 1999
- Deutscher, Eckhard/ Jahn, Thomas/ Moltmann, Bernhard (Hrsg.): Entwicklungsmodelle und Weltbilder. Frankfurt, Societäts-Verlag, 1995
- Erichsen, Hans-Uwe (Hrsg.): Lateinamerika und Europa im Dialog: Menschenrechte – Wirtschaftliche Verflechtung – Menschenbild,

- Minderheiten, Medien – Politische Beziehungen. Berlin, Duncker & Humblot, 1989
- Erler, Brigitte: Tödliche Hilfe – Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe. Freiburg i.Br., Dreisam, 1985
 - Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten. Stuttgart, Kreuz, 1970
 - Friedrich-Ebert-Stiftung (FES): Soziale Sicherung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Bonn, FES, 1996
 - Glagow, Manfred (Hrsg.): Deutsche und internationale Entwicklungspolitik: zur Rolle staatlicher, supranationaler und nicht-regierungsabhängiger Organisationen im Entwicklungsprozess der dritten Welt. Opladen, Westdeutscher Verlag, 1990
 - Gleich, Albrecht von/ Kohlhepp, Gerd/ Mols, Manfred (Hrsg.): Neue Konzepte in der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika? Ein Dialog zwischen Entwicklungspolitik und Wissenschaft. Hamburg, Institut für Iberoamerika-Kunde, 1991
 - Görgen, Hermann M.: 500 Jahre Lateinamerika – Licht und Schatten. Münster, Hamburg, Lit, 1993
 - Hargreaves, Clare: Bitterer Schnee: eine Reportage aus dem internationalen Kokainkrieg. München, Beck, 1993
 - Hauser, Jürg A.: Bevölkerungs- und Umweltprobleme der Dritten Welt. Bd.1. Bern; Stuttgart, Haupt, 1990
 - Hauser, Jürg A.: Bevölkerungs- und Umweltprobleme der Dritten Welt. Bd.2. Bern; Stuttgart, Haupt, 1991

- Iben, Gerd/ Drygala, Anke/ Bingel, Irma/ Fritz, Rudolf: Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten – Aktivierung, Beratung und kooperatives Handeln. München, Juventa Verlag, 1981
- Informationszentrum Dritte Welt (Hrsg.): Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung? Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe. Freiburg, Aktion Dritte Welt (iz3w), 1980
- Kappeler, Manfred: Drogen und Kolonialismus – Zur Ideologiegeschichte des Drogenkonsums. Frankfurt a.M., Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 1991
- Koslowski, Jutta: Sozialarbeit in „Entwicklungsländern“: Ein Überblick zu Bedingungen und Bedeutung. Münster, Lit, 1995
- Kreft, Dieter/ Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. 3. vollst. überarb. und erw. Aufl., Weinheim; Basel, Beltz Verlag, 1988
- Launer, Ekkehard (Hrsg.): Datenhandbuch Süd-Nord. Göttingen, Lamuv, 1992
- Mathéy, Kosta: Kann Selbsthilfe-Wohnungsbau sozial sein? Erfahrungen aus Cuba und anderen Ländern Lateinamerikas. Münster; Hamburg, Lit, 1993
- Miedzinski, Klaus (Bearbeiter): Erlebnispädagogik in Südamerika: Bericht über den Bau eines Spielplatzes im Slum. Lüneburg, Neubauer, 1991

- Mühlfeld, Claus/ Oppl, Hubert/ Weber-Falkensammer, Hartmut/ Wendt, Wolf Rainer (Hrsg.): Entwicklungspolitik, Entwicklungshilfe und Sozialarbeit. Frankfurt a.M., Diesterweg, 1987
- Müller, C. Wolfgang: Wie Helfen zum Beruf wurde – Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit 1945-1995. Bd. 2, 3. erw. u. neu ausgestattete Aufl., Weinheim; Basel, Beltz Verlag, 1997
- Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt: Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek b. Hamburg, Rowohlt, 2000
- Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1993
- Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2: Südamerika. Bonn, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1992
- Nolte, Detlef: Gehört Lateinamerika zu den Verlierern im Prozeß wirtschaftlicher Globalisierung? In: Brennpunkt Lateinamerika – Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, Hamburg, Institut für Iberoameika-Kunde, Nr.7/ 16.04.1999,
- Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Bonn, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1996
- Passon, Daniel: Soziale Arbeit und die Entwicklungsbemühungen des Südens: Strategien und Konzepte für Entwicklungsländer. Berlin, VWB, 1999
- Sauerwald, Gregor/ Flock, Wigbert/ Hemker, Reinhold (Hrsg.): Soziale Arbeit und Internationale Entwicklung: Gesundheit und Um-

- welt, Kultur und Technik, Wirtschaft und Verwaltung, Ethik und Politik, Berufsfelder für das Sozialwesen. Münster; Hamburg, Lit, 1992
- Schäfer, Hans-Bernd (Hrsg.): Armut in Entwicklungsländern. Berlin, Duncker und Humblot, 1994
 - Schulze, Heinz: Sozialarbeit in Lateinamerika: Solidarisieren – nicht integrieren. 3. Aufl., München, AG SPAK, 1983
 - Schultze, Annedore: Soziale Gemeinwesenarbeit – Arbeitshilfen für die Praxis. Freiburg i.Br., Lambertus-Verlag, 1972
 - Schwefel, Detlef (Hrsg.): Soziale Wirkungen von Projekten in der Dritten Welt. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 1987
 - Shams, Rasul: Das Koka- und Kokaingeschäft in Bolivien: ökonomische Relevanz und Drogenbekämpfungspolitik. Hamburg, HWWA- Institut für Wirtschaftsforschung, 1992
 - Stier, Peter: Handbuch Entwicklungsländer: Sozialökonomische Prozesse, Fakten und Strategien. Köln, Pahl-Rugenstein, 1988
 - Thiel, Reinhold (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie. Bonn, DSE ZD, 1999
 - United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 2000. Genf, 2000 oder <http://www.undp.org/hdr2000/>
 - United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention (UNODCCP): World Drug Report 2000. Wien, 2000 oder http://www.undcp.org/world_drug_report.html

Internetquellen:

- International Federation of Social Workers: Definition of Social Work. Online im Internet:
<http://www.ifsw.org/Publications/4.6e.pub.html>, Stand 20.05.2001
- International Federation of Social Workers: International Declaration of Ethical Principles of Social Work. Online im Internet:
<http://www.ifsw.org/Publications/4.4.pub.html>, Stand 20.05.2001

Anhang



HUMAN DEVELOPMENT INDEX

The HDI measures a country's achievements in terms of life expectancy, educational attainment and adjusted real income

HDI rank	HDI rank	HDI rank
High human development	Medium human development	Low human development
1 Canada	47 Saint Kitts and Nevis	91 Ecuador
2 Norway	48 Costa Rica	92 Jordan
3 United States	49 Croatia	93 Armenia
4 Australia	50 Trinidad and Tobago	94 Albania
5 Iceland		95 Samoa (Western)
6 Sweden	51 Dominica	96 Guyana
7 Belgium	52 Lithuania	97 Iran, Islamic Rep. of
8 Netherlands	53 Seychelles	98 Kyrgyzstan
9 Japan	54 Grenada	99 China
10 United Kingdom	55 Mexico	100 Turkmenistan
11 Finland	56 Cuba	101 Tunisia
12 France	57 Belarus	102 Moldova, Rep. of
13 Switzerland	58 Belize	103 South Africa
14 Germany	59 Panama	104 El Salvador
15 Denmark	60 Bulgaria	105 Cape Verde
16 Austria	61 Malaysia	106 Uzbekistan
17 Luxembourg	62 Russian Federation	107 Algeria
18 Ireland	63 Latvia	108 Viet Nam
19 Italy	64 Romania	109 Indonesia
20 New Zealand	65 Venezuela	110 Tajikistan
21 Spain	66 Fiji	111 Syrian Arab Republic
22 Cyprus	67 Suriname	112 Swaziland
23 Israel	68 Colombia	113 Honduras
24 Singapore	69 Macedonia, TFYR	114 Bolivia
25 Greece	70 Georgia	115 Namibia
26 Hong Kong, China (SAR)	71 Mauritius	116 Nicaragua
27 Malta	72 Libyan Arab Jamahiriya	117 Mongolia
28 Portugal	73 Kazakhstan	118 Vanuatu
29 Slovenia	74 Brazil	119 Egypt
30 Barbados	75 Saudi Arabia	120 Guatemala
31 Korea, Rep. of	76 Thailand	121 Solomon Islands
32 Brunei Darussalam	77 Philippines	122 Botswana
33 Bahamas	78 Ukraine	123 Gabon
34 Czech Republic	79 Saint Vincent and the Grenadines	124 Morocco
35 Argentina	80 Peru	125 Myanmar
36 Kuwait	81 Paraguay	126 Iraq
37 Antigua and Barbuda	82 Lebanon	127 Lesotho
38 Chile	83 Jamaica	128 India
39 Uruguay	84 Sri Lanka	129 Ghana
40 Slovakia	85 Turkey	130 Zimbabwe
41 Bahrain	86 Oman	131 Equatorial Guinea
42 Qatar	87 Dominican Republic	132 São Tomé and Príncipe
43 Hungary	88 Saint Lucia	133 Papua New Guinea
44 Poland	89 Maldives	134 Cameroon
45 United Arab Emirates	90 Azerbaijan	135 Pakistan
46 Estonia		136 Cambodia
		137 Comoros
		138 Kenya
		139 Congo
		140 Lao People's Dem. Rep.
		141 Madagascar
		142 Bhutan
		143 Sudan
		144 Nepal
		145 Togo
		146 Bangladesh
		147 Mauritania
		148 Yemen
		149 Djibouti
		150 Haiti
		151 Nigeria
		152 Congo, Dem. Rep. of the
		153 Zambia
		154 Côte d'Ivoire
		155 Senegal
		156 Tanzania, U. Rep. of
		157 Benin
		158 Uganda
		159 Eritrea
		160 Angola
		161 Gambia
		162 Guinea
		163 Malawi
		164 Rwanda
		165 Mali
		166 Central African Republic
		167 Chad
		168 Mozambique
		169 Guinea-Bissau
		170 Burundi
		171 Ethiopia
		172 Burkina Faso
		173 Niger
		174 Sierra Leone

Entnommen aus UNDP: Human Development Report 2000. Genf, 2000

Liste der Entwicklungsländer und -gebiete sowie Übergangsländer und -gebiete 2000

gemäß dem Ausschuß für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee = DAC) der OECD

Entwicklungsländer und -gebiete				Übergangsländer und -gebiete	
EUROPA	Guinea-Bissau (81)	Uganda (71)	Südamerika	Kasachstan	OZEANIEN
Albanien	Kamerun	Zentralafrikanische Republik (75)	Argentinien	Kirgisistan	Cookinseln
Bosnien-Herzegowina	Kap Verde (77)		Bolivien	Malediven (71)	Fidschi
Jugoslawien	Kenia		Brasilien	Myanmar (87)	Kinbati (86)
Kroatien	Komoren (77)	AMERIKA	Chile	Nepal (71)	Marshallinseln
Malta ¹⁾	Kongo	Nord-/ Mittelamerika	Ecuador	Pakistan	Mikronesien
Mazedonien	Kongo, Dem. Rep. (91)	Anguilla	Guyana	Sri Lanka	Nauru
Moldau, Rep.	Lesotho (71)	Antigua und Barbuda	Kolumbien	Tadschikistan	Niue
Slowenien ¹⁾	Liberia (90)	Barbados	Paraguay	Turkmenistan	Palau
Türkei	Madagaskar (91)	Belize	Peru	Usbekistan	Papua-Neuguinea
	Malawi (71)	Costa Rica	Suriname		Salomonen (91)
	Mali (71)	Dominica	Uruguay	Ostasien	Samoa (71)
AFRIKA	Mauretanien (86)	Dominikan. Republik	Venezuela	China	Tokelau
nördlich der Sahara	Mauritius	El Salvador		Indonesien	Tonga
Ägypten	Mayotte	Grenada	ASIEN	Kambodscha (91)	Tuvalu (86)
Algerien	Mosambik (88)	Guatemala	Naher/ Mittlerer Osten	Korea, DVR	Vanuatu (85)
Marokko	Namibia	Haiti (71)	Bahrain	Laos (71)	Wallis und Futuna
Tunesien	Niger (71)	Honduras	Irak	Malaysia	
	Nigeria	Jamaika	Iran	Mongolei	
	Ruanda (71)	Kuba	Jemen (71/75)	Osttimor	
südlich der Sahara	Sambia (91)	Mexiko	Jordanien	Philippinen	
Angola (94)	São Tomé und Príncipe (82)	Montserrat	Libanon	Thailand	
Äquatorialguinea (82)		Nicaragua	Oman	Vietnam	
Äthiopien (71)	Senegal	Panama	Palästinens. Gebiete ²⁾		
Benin (71)	Seychellen	St. Kitts und Nevis	Saudi-Arabien		
Botsuana	Sierra Leone (82)	St. Lucia	Syrien		
Burkina Faso (71)	Simbabwe	St. Vincent und die Grenadinen	Süd- u. Zentralasien		
Burundi (71)	Somalia (71)	Trinidad und Tobago	Afghanistan (71)		
Côte d'Ivoire	St. Helena	Turks- u. Caicosinseln	Armenien		
Dschibuti (82)	Sudan (71)		Aserbaidschan		
Eritrea (84)	Südafrika		Bangladesch (75)		
Gabun	Swasiland		Bhutan (71)		
Gambia (75)	Tansania (71)		Georgien		
Ghana	Togo (82)		Indien		
Guinea (71)	Tschad (71)				

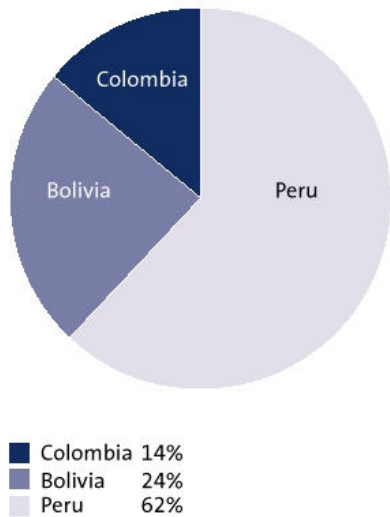
(..) = die am wenigsten entwickelten Länder (LDC), mit Jahr der Anerkennung in Klammern.

¹⁾ Diese Länder werden zum 1. Januar 2003 in die Liste der Übergangsländer übergehen, wenn nicht eine Ausnahme vereinbart wird.

²⁾ Die für diese Gebiete zu berücksichtigenden Leistungen umfassen auch Leistungen an Palästinenser im Westjordanland und Ost-Jerusalem.

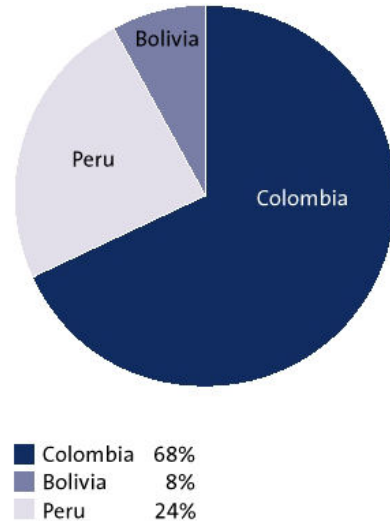
Koka- und Kokainproduktion

Fig. 5: Coca leaf production in 1990 (total: 319,200 tonnes)



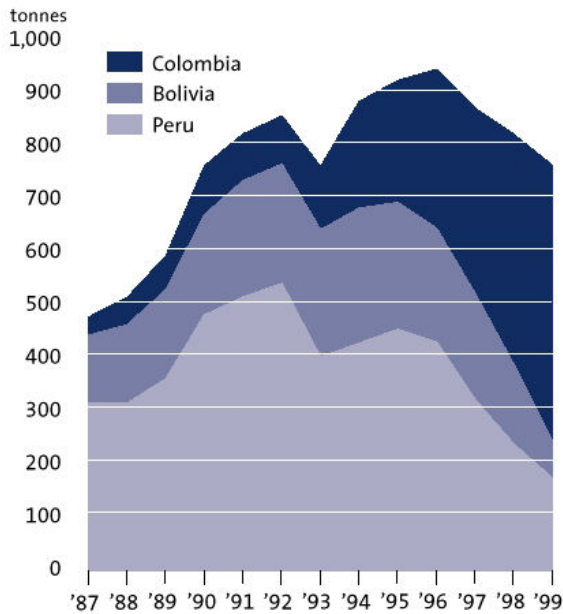
Source: UNDCP, DELTA.

Fig. 6: Coca leaf production in 1999 (total: 287,000 tonnes)



Source: UNDCP, DELTA.

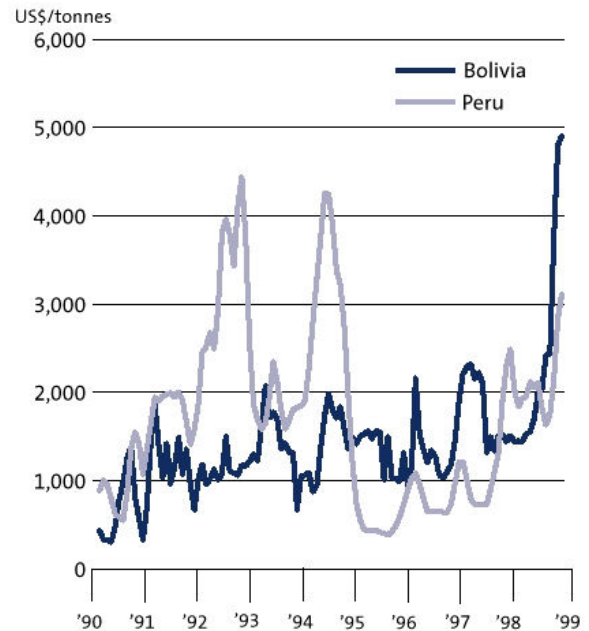
Fig. 7: World potential* cocaine manufacture**



* 'Potential' refers to the amount of cocaine that could be manufactured from domestic coca; 'actual' manufacture was larger than 'potential' manufacture in Colombia but smaller in Peru and Bolivia. In contrast to 'potential' manufacture, 'actual' manufacture grew in Peru and Bolivia in much of the 1990s – though from low levels.

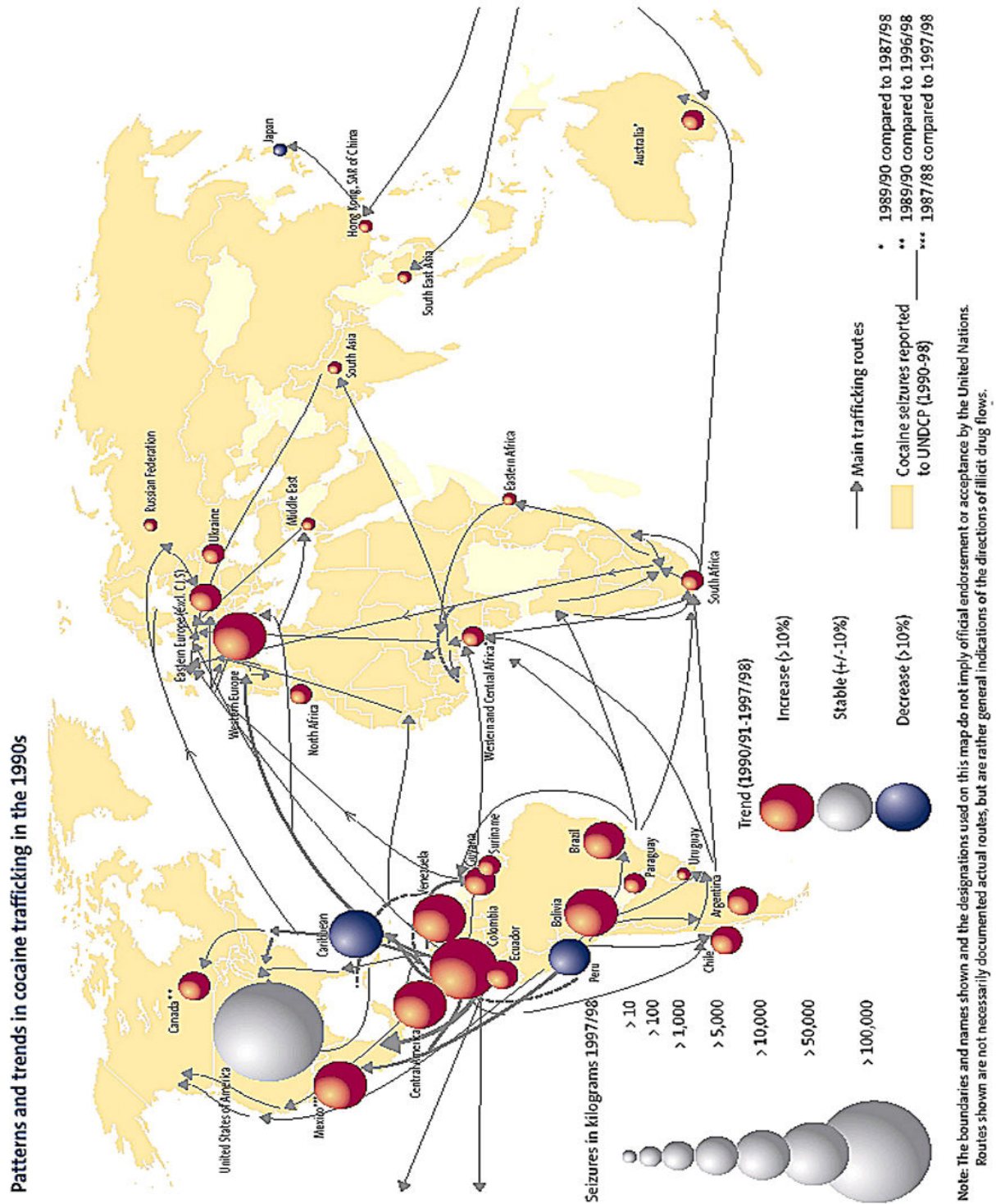
** Estimates based on conservative assumptions; actual cocaine manufacture could be higher (by up to one third).

Fig. 8: Price of coca leaf in Peru and Bolivia



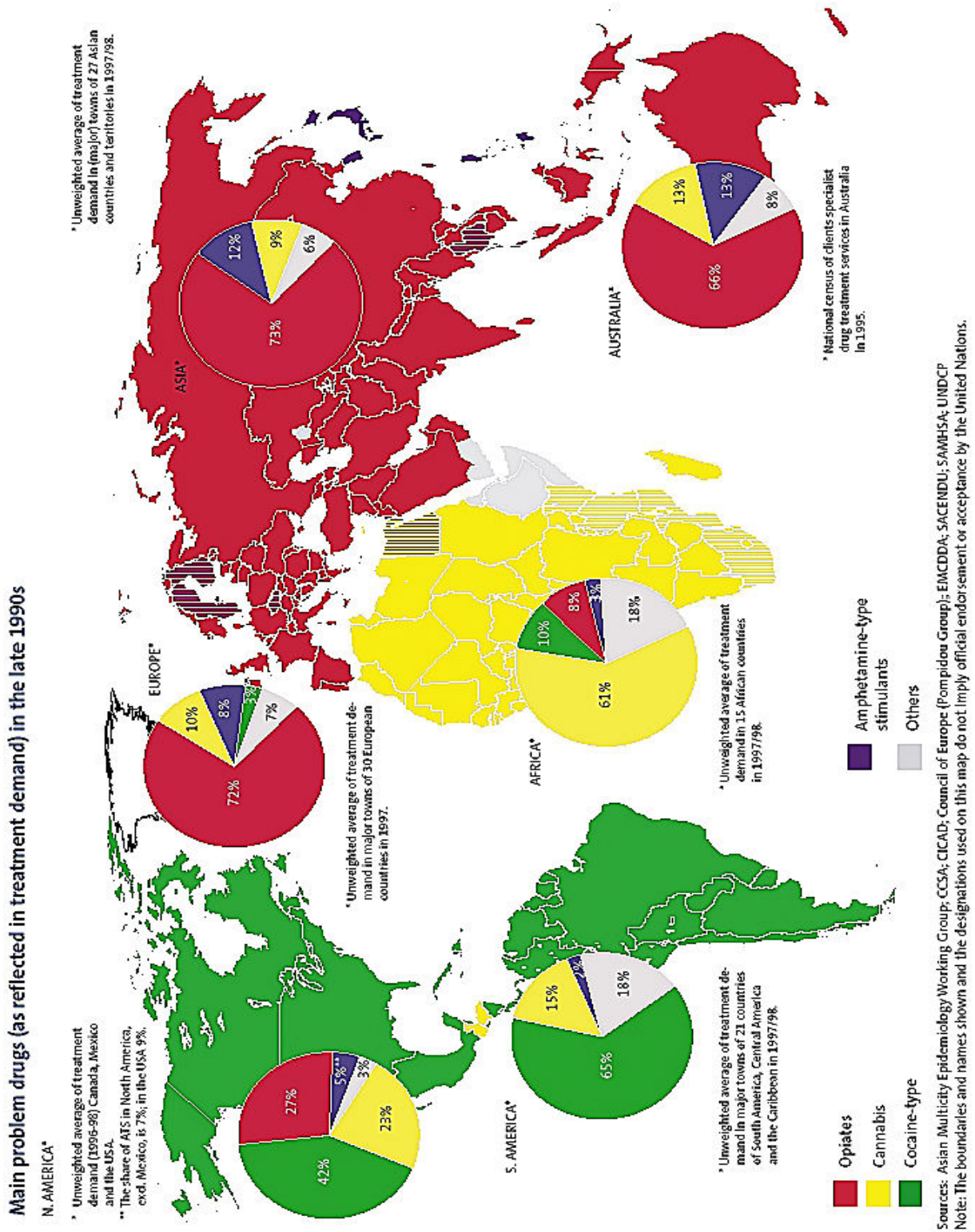
Source: UNDCP, DELTA.

Schmuggelrouten des Kokainhandels



Entnommen aus UNODCCP: World Drug Report 2000. Wien, 2000

Hauptproblemdrogen in ihrer sektoralen Verteilung



**DED Entwicklungshelfer
(EH)
aus dem Sozialwesen**

	weiblich	männlich	gesamt	ohne Geschlechtsan- gabe da aus UNV
Welt (ohne Lateinamerika)	279	458	737	
Sozialarbeiter/ Sozialpädagogen insgesamt	14	5	19	
davon mit Zusatzqualifikation	1	2	3	
gesamte EH in GWA	73	31	108	4
Sozialarbeiter/ Sozialpädagogen in GWA	8	3	11	
davon Sozialarbeiter	5	2	7	
nach Sektoren:				
Kleingewerbe, Management, Verwaltung	2	2	4	
Gesundheitswesen	1	0	1	
Allgemeines Bildungswesen	1	0	1	
Landwirtschaft, Ressourcensicherung	1	0	1	
Technisch-handwerkliche Berufsausbildung	0	1	1	
Lateinamerika	88	133	221	
Sozialarbeiter/ Sozialpädagogen insgesamt	8	2	10	
gesamte EH in GWA	34	8	42	
Sozialarbeiter/ Sozialpädagogen in GWA	4	0	4	
Sozialpädagogen:	6	0	6	
Kleingewerbe, Management, Verwaltung	2	0	2	
GWA	4	0	4	
Sozialarbeiter:	2	2	4	
Gesundheitswesen	1	0	1	
Technisch-handwerkliche Berufsausbildung	0	1	1	
Kleingewerbe, Management, Verwaltung	1	1	2	

EH = Entwicklungshelfer
GWA = Gemeinwesenarbeit
UNV = United Nations Volunteers

Quelle: DED Statusbericht 2000

Gemeinwesenarbeiter des DED in Lateinamerika

Länder	GWArbeiter sonstiger Berufsgruppen	Sozialpädagogen
Bolivien	1	0
Brasilien	7	0
Chile	3	0
Dominikanische Republik/ Haiti	3	0
Ecuador	4	0
Guatemala	7	2
Honduras	5	0
Nicaragua	3	2
Peru	5	0
Gesamt	38	4

Arbeitsfelder von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen in der Entwicklungszusammenarbeit des DED mit Lateinamerika

Arbeitsfelder	Sozialarbeiter	Sozialpädagogen
Gesundheitswesen	1	0
Technisch-handwerkliche Berufsausbildung	1	0
Kleingewerbe, Management, Verwaltung	2	2
Gemeinwesenarbeit	0	4

Anteile von Sozialarbeitern an den Entwicklungshelferstellen in Lateinamerika

EH sonstiger Berufsgruppen	211
Sozialarbeiter	4
Sozialpädagogen	6

Anteil von Sozialarbeiter an der GWA

EH sonstiger Berufsgruppen	179
Entwicklungshelfer in GWA	38
Sozialarbeiter in GWA	4

Werte übernommen aus DED: Statusbericht. Bonn, 2000

Übersicht über Anzahl der Sozialschulen in Lateinamerika (von 1954 – 1975)

Land	1954	1970	1975	Studienjahre
Argentinien	10	51	38	4
Bolivien	1	1	3	4
Brasilien	23	40	48	4
Chile	6	11	13	4
Kolumbien	5	11	13	4/5
Costa Rica	1	1	1	5
Kuba	1	4	1	1
Ekuador	2	5	9	3/4
El Salvador	1	1	1	3
Guatemala	1	1	1	3
Haiti	-	1	-	3
Honduras	-	1	-	4
Mexiko	5	31	56	4
Nicaragua	-	1	1	4
Panama	1	1	1	5
Paraguay	1	1	1	4
Peru	1	10	12	4
Puerto Rico	1	1	2	6
Domin. Republik	-	1	1	4
Uruguay	2	2	2	5
Venezuela	2	4	3	3/5

Entnommen aus Schulze: Sozialarbeit in Lateinamerika. München, AG SPAK, 1983

Verschiedene Definitionen der Gemeinwesenarbeit

GWA und Harmonisierung

„Organisation und Gemeinwesenarbeit stellen einen Akt oder Prozeß der Vereinheitlichung und Harmonisierung aller vorhandenen Elemente eines Gemeinwesens in der Form dar, daß die verschiedenen Teile adäquat ihre eigenen Funktionen wahrnehmen.“ (410)

GWA und Reformismus

Hier die Definition von seiten eines Ministeriums:

„Die Gemeinwesenarbeit ist eine soziale Technik der Förderung der Menschen und Mobilisierung der menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten eines Landes, um diese und andere Ressourcen für alle Mitglieder der Gemeinschaft nutzen zu können ... Die GWA soll die sich ergebenden Veränderungen kanalisieren und erreichen, daß sich ein evolutionärer Prozeß ergibt ... Die GWA will rationale Änderungen auf der Ebene der kleinen Gruppen stimulieren, ... angepaßt an einen Erziehungsprozeß, ... integriert in einen Plan ... Das bedeutet, daß die Anleitung und Ausrichtung in Händen der Regierung bleiben muß...“ (411)

GWA als Motivationstechnik

Die folgende Definition wurde an einer Universität, vor allem von Universitätsprofessoren erarbeitet:

„GWA ist eine Technik, ist ein wertvolles Instrument für den sozialen Wandel, insbesondere für die Veränderung geistiger Schemata, die bis heute den Landbewohner in Fatalismus und Resignation gefangen halten.“ (412)

GWA, Produktion und Entwicklung

„GWA ist eine Sozialtechnik, sie ist keine Philosophie, keine Wissenschaft, ist totale Praxis der sozialen Aktion. GWA ist somit eine Vielzahl von praktischen und systematischen Regeln, die angewendet werden, um innerhalb der Gesellschaft zu verbessern oder zu transformieren ... Wenn die GWA auf dem Sektor der Gemeinwesen operiert, so muß diese Mitbeteiligung auf lokaler Ebene sich in die regionalen und nationalen Pläne einfügen, sofern es diese gibt und sofern sie Durchsetzungskraft haben ... GWA ist integrierter und ergänzender Bestandteil der globalen Entwicklung, ist ein Basisinstrument zur psychologischen Vorbereitung der Gemeinwesen in Funktion eines Entwicklungsprozesses ..., was als wirtschaftliches Ergebnis die Kapazitätserweiterung der Gesellschaft bringt, um mehr Güter und Leistungen zu produzieren ... und die Nachfrage auf dem internen Markt zu steigern ... GWA ist Entwicklung der Menschen ...“ (413) Derselbe Autor meint zusätzlich: „GWA soll nicht nur als psycho-soziales Fundament der Entwicklung gesehen werden, sondern als Grundlage für einen strukturellen Wandel zur Aufhebung oligarchischer Privilegien.“ (414)

GWA und staatliche Entwicklungspläne

„GWA ist eine Möglichkeit, den wirtschaftlichen Fortschritt zu initiieren, sie integriert sich dabei in die staatlichen Entwicklungspläne. GWA ist die Form, um potentiell vorhandene materielle oder humane Ressourcen zu mobilisieren ... mit dem Ziel einer nationalen Entwicklung ...“ (415)

Diese Dozentin hat ihre Lektion als Stipendiatin der US-Regierung gut gelernt. Sie nimmt die Integration der GWA in staatliche Entwicklungspläne als selbstverständlich hin. Mit dieser Einbettung wird oft versucht, die Neutralität der GWA zu beweisen, dabei beweist sie gerade das Gegenteil: die (bewußte oder unbewußte) Parteilichkeit der GWA-Praxis. Es sind doch wohl staatliche Entwicklungspläne, die, abgestimmt mit den Investitionsvorhaben internationaler Konzerne, zur Ausrottung ganzer Indianerstämme geführt haben.

Gesetzliche Maßnahmen zur Einführung der Gemeinwesenarbeit in Lateinamerika:

Argentinien:	Am 14.8.62 Gründung des „Nationalen Rats für Sozialarbeit“ im Wohlfahrtsministerium. Aufgaben: Mit Hilfe der GWA die Verbesserung der Situation auf dem Land in Gang zu setzen.
Kolumbien:	1961 wurde ein Nationaler Beratungstab für Gemeinwesenentwicklung gebildet. 1962 ein Alphabetisierungsprogramm aufgebaut; alle Studenten der Erziehungswissenschaften wurden zur Teilnahme daran verpflichtet. Ausführendes Organ der GWA-Programme war die kolumbianische Regierung, die zu diesem Zweck Kredite vom (US)-Amerikanischen Büro für Internationale Entwicklung (AID) sowie von der Vereinigung der kolumbianischen Kaffee-Großproduzenten bekam (bei der sich nationale Ministerien öfters Geld leihen).
Costa Rica:	26.2.63 Errichtung der Hauptabteilung für soziale Wohlfahrt im Ministerium für Arbeit und Soziales. Dieser Zentralstelle wurden folgende Aufgaben zugeordnet: Organisation, Formulierung und Durchführung von GWA-Projekten (Erholungszentren, Ferienzentren, Stadtparks).
Guatemala:	Per Gesetz vom 16.5.55 Gründung der Abteilung für ländliche Erziehung im Erziehungsministerium.
Haiti:	Errichtung des GWA-Büros im Arbeitsministerium im Juni 1957.
Honduras:	14.9.61 Gründung des Nationalen Büros für GWA im Erziehungsministerium.
Mexiko:	17.7.60 Gründung verschiedener Organisationen (auch privater) und Büros zur Durchführung von GWA-Programmen, direkt dem Präsidentenbüro unterstellt.
Peru:	19.10.62 Gründung des „Nationalen Planungssystems für wirtschaftliche und soziale Entwicklung“, wobei GWA eine wichtige Aufgabe darstellte.
Dominikanische Republik:	Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Regierung und AID erfolgte am 30.7.62 die Gründung eines Nationalen Büros für Gemeinwesenarbeit, das einem Staatssekretär unterstellt wurde.
Bolivien:	1963 waren die GWA-Programme dem Ministerium für Bauernfragen beigeordnet (Beratung durch OAS, UNICEF, AID etc.)
Chile:	1963 hatten folgende Ministerien eigene GWA-Programme: Landwirtschafts-, Erziehungs- und Gesundheitsministerium; Koordination beim Präsidentenbüro.
Ecuador:	1963 GWA durch die Mision Andina unter Leitung des Ministeriums für soziale Vorsorge. Unterstützung durch FAO, UNESCO, ILO.
Nicaragua:	1963 GWA-Programme unter der Aufsicht der Ministerien für Erziehung, Landwirtschaft, Wirtschaft und Arbeit. Dafür Kredite von der AID.
El Salvador:	Unter Federführung der Ministerien für Gesundheit, Soziales, Erziehung sowie dem staatlichen Institut zur ländlichen Kolonisation wurden von sog. Kulturbrigaden GWA-Programme durchgeführt.
Venezuela:	30.12.58 Zusammenfassung aller Planungsbehörden im Büro zur Koordination und Planung der nationalen Entwicklung, das direkt dem Staatspräsidenten unterstand.

Entnommen aus Schulze: Sozialarbeit in Lateinamerika. München, AG SPAK, 1983

From: [Lay Michael van](#)

To: 'tomasriebe@hotmail.com'

Sent: Wednesday, May 16, 2001 10:48 AM

Subject: AW: Informationen zu Beschäftigungschance als Sozialarbeiter

Sehr geehrter Herr Riebe,

urlaubsbedingt kommen wir erst jetzt zur Beantwortung Ihrer Anfrage. Ordentlich, d.h. optimal bearbeitet, würde sie einige Arbeit erfordern, die wir dafür leider nicht aufwenden können. So viel aber allgemein: Die AGEH erhält aufgrund der wohl sattem bekannten Verwendbarkeit viele Anfragen von sozialen Fachkräften. Die AGEH vermittelt auch nicht wenige, und zwar hauptsächlich in folgenden Personalprogrammen:

Fachkräfte der Erst- und Nothilfe (FEN), hauptsächlich in Ex-Jugoslawien, dort zunächst, während des Kosovo-Krieges, in der psycho-sozialen Begleitung von Flüchtlingen, danach in der Trägerstrukturhilfe, vornehmlich im Auftrag des Deutschen Caritas-Verbandes/Caritas international;

Ziviler Friedensdienst (ZFD), schwerpunktmäßig in Afrika (v.a. Frauenförderung in Uganda und Mosambik, 2 Stellen) und in Lateinamerika (hier kommen für Stellen in der Menschenrechtsarbeit in Kolumbien, die noch nicht besetzt sind, auch soz. Fachkräfte in Frage);

Entwicklungsdienst, sowohl in Afrika (sozial-pastorale Aufgaben, Kleingewerbeförderung, Genderarbeit, je nach Berufserfahrung und berufl. Auslandserfahrung auch in der Koordination von Entwicklungsbüros) als auch in Lateinamerika, hier z.B. in der Begleitung von Flüchtlingen, in der Arbeit mit Straßenkindern, im sozialen Management.

Grundsätzlich, aus historischen Gründen und aufgrund entwicklungspolitischer Vorentscheidungen der Entscheidungsträger in finanzierenden Einrichtungen, sind ausländische Fachkräfte in Lateinamerika im katholischen Bereich eher selten.

Für Literatur müssen Sie andere Wege gehen, z.B. bei der DSE in Bonn anfragen, Tel. 0228-24 34-5; e-mail: dse@dse.de.

Mit freundlichen Grüßen,

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V.

i.A. Michael van Lay

----- Original Message -----

From: [Imelda Dodds](#)

To: [Thomas Riebe](#)

Sent: Tuesday, May 15, 2001 4:46 AM

Subject: Re: Social work in Latin America

Dear Thomas

Please forgive the long delay in replying to your e-mail. I am afraid I have had many to answer plus I recently had a computer virus.

I can only tell you that IFSW has 11 member organisations out of a possible 18 from Latin America and Caribbean. Those eleven represent 80,600 social workers. It would be very hard to estimate the total in the region, however the Vice president of the region Juan Manuel Latorre Carvajal may know. You could contact him regarding this and social work education in the region.

His details are

Juan Manuel Latorre Carvajal

E-mail Address(es):

vplac@ifsw.org

Good luck

Imelda Dodds

President

IFSW

International Federation of Social Workers

Definition of Social Work

DEFINITION*

The social work profession promotes social change, problem solving in human relationships and the empowerment and liberation of people to enhance well-being. Utilising theories of human behaviour and social systems, social work intervenes at the points where people interact with their environments. Principles of human rights and social justice are fundamental to social work.

COMMENTARY

Social work in its various forms addresses the multiple, complex transactions between people and their environments. Its mission is to enable all people to develop their full potential, enrich their lives, and prevent dysfunction. Professional social work is focused on problem solving and change. As such, social workers are change agents in society and in the lives of the individuals, families and communities they serve. Social work is an interrelated system of values, theory and practice.

Values

Social work grew out of humanitarian and democratic ideals, and its values are based on respect for the equality, worth, and dignity of all people. Since its beginnings over a century ago, social work practice has focused on meeting human needs and developing human potential. Human rights and social justice serve as the motivation and justification for social work action. In solidarity with those who are dis-advantaged, the profession strives to alleviate poverty and to liberate vulnerable and oppressed people in order to promote social inclusion. Social work values are embodied in the profession's national and international codes of ethics.

Theory

Social work bases its methodology on a systematic body of evidence-based knowledge derived from research and practice evaluation, including local and indigenous knowledge specific to its context. It recognises the complexity of interactions between human beings and

their environment, and the capacity of people both to be affected by and to alter the multiple influences upon them including bio-psychosocial factors. The social work profession draws on theories of human development and behaviour and social systems to analyse complex situations and to facilitate individual, organisational, social and cultural changes.

Practice

Social work addresses the barriers, inequities and injustices that exist in society. It responds to crises and emergencies as well as to everyday personal and social problems. Social work utilises a variety of skills, techniques, and activities consistent with its holistic focus on persons and their environments. Social work interventions range from primarily person-focused psychosocial processes to involvement in social policy, planning and development. These include counselling, clinical social work, group work, social pedagogical work, and family treatment and therapy as well as efforts to help people obtain services and resources in the community. Interventions also include agency administration, community organisation and engaging in social and political action to impact social policy and economic development. The holistic focus of social work is universal, but the priorities of social work practice will vary from country to country and from time to time depending on cultural, historical, and socio-economic conditions.

** This international definition of the social work profession replaces the IFSW definition adopted in 1982. It is understood that social work in the 21st century is dynamic and evolving, and therefore no definition should be regarded as exhaustive.*

Adopted by the IFSW General Meeting in Montréal, Canada, July 2000

<http://www.ifsw.org/Publications/4.6e.pub.html> (Stand 20.05.2001)

2. International Declaration of Ethical Principles of Social Work

2.1 Introduction

The IFSW recognises the need for a declaration of ethical principles for guidance in dealing with ethical problems in social work.

The purposes of the *International Declaration of Ethical Principles* are:

1. to formulate a set of basic principles for social work, which can be adapted to cultural and social settings.
2. to identify ethical problem areas in the practice of social work (below referred to as 'problem areas'), and
3. to provide guidance as to the choice of methods for dealing with ethical issues/problems (below referred to as 'methods for addressing ethical issues/problems').

Compliance

The International Declaration of Ethical Principles assumes that both member associations of the IFSW and their constituent members adhere to the principles formulated therein. The IFSW expects each member association to assist its members in identifying and dealing with ethical issues/problems in the practice of their profession.

Member associations of the IFSW and individual members of these can report any member association to the Executive Committee of the IFSW should it neglect to adhere to these principles. National Associations who experience difficulties adopting these principles should notify the Executive Committee of IFSW. The Executive Committee may impose the stipulations and intentions of the Declaration of Ethical Principles on an association which neglects to comply. Should this not be sufficient the Executive Committee can, as a following measure, suggest suspension or exclusion of the association.

The International Declaration of Ethical Principles should be made publicly known. This would enable clients, employers, professionals from other disciplines, and the general public to have expectations in accordance with

the ethical foundations of social work.

We acknowledge that a detailed set of ethical standards for the member associations would be unrealistic due to legal, cultural and governmental differences among the member countries.

2.2 The Principles

Social workers serve the development of human beings through adherence to the following basic principles:

- 2.2.1.** Every human being has a unique value, which justifies moral consideration for that person.
- 2.2.2.** Each individual has the right to self-fulfilment to the extent that it does not encroach upon the same right of others, and has an obligation to contribute to the well-being of society.
- 2.2.3.** Each society, regardless of its form, should function to provide the maximum benefits for all of its members.
- 2.2.4.** Social workers have a commitment to principles of social justice.
- 2.2.5.** Social workers have the responsibility to devote objective and disciplined knowledge and skill to aid individuals, groups, communities, and societies in their development and resolution of personal-societal conflicts and their consequences.
- 2.2.6.** Social workers are expected to provide the best possible assistance to anybody seeking their help and advice, without unfair discrimination on the basis of gender, age, disability, colour, social class, race, religion, language, political beliefs, or sexual orientation.
- 2.2.7.** Social workers respect the basic human rights of individuals and groups as expressed in the United Nations Universal Declaration of Human Rights and other international conventions derived from that Declaration.
- 2.2.8.** Social workers pay regard to the principles of privacy, confidentiality, and responsible use of information in their professional work. Social workers respect justified confidentiality even when their country's legislation is in conflict with this demand.
- 2.2.9.** Social workers are expected to work in full collaboration with their clients, working for the best interests of the clients but paying due regard to the interests of others involved. Clients are encouraged to participate as much as possible, and should be informed of the risks and likely

benefits of proposed courses of action.

- 2.2.10. Social workers generally expect clients to take responsibility, in collaboration with them, for determining courses of action affecting their lives. Compulsion which might be necessary to solve one party's problems at the expense of the interests of others involved should only take place after careful explicit evaluation of the claims of the conflicting parties. Social workers should minimise the use of legal compulsion.
- 2.2.11. Social work is inconsistent with direct or indirect support of individuals, groups, political forces or power-structures suppressing their fellow human beings by employing terrorism, torture or similar brutal means.
- 2.2.12. Social workers make ethically justified decisions, and stand by them, paying due regard to the IFSW International Declaration of Ethical Principles, and to the **International Ethical Standards for Social Workers** adopted by their national professional association.

2.3 Problem Areas

2.3.1. The problem areas raising ethical issues directly are not necessarily universal due to cultural and governmental differences. Each national association is encouraged to promote discussion and clarification of important issues and problems particularly relevant to its country. The following problem areas are, however, widely recognized:

1. **when the loyalty of the social worker is in the middle of conflicting interests**
 - between those of the social workers own and the clients
 - between conflicting interests of individual clients and other individuals
 - between the conflicting interests of groups of clients
 - between groups of clients and the rest of the population
 - between systems/institution and groups of clients
 - between system/institution/employer and social workers
 - between different groups of

professionals

2. **the fact that the social worker functions both as a helper and controller**

The relation between these two opposite aspects of social work demands a clarification based on an explicit choice of values in order to avoid a mixing-up of motives or the lack of clarity in motives, actions and consequences of actions. When social workers are expected to play a role in the state control of citizens they are obliged to clarify the ethical implications of this role and to what extent this role is acceptable in relation to the basic ethical principles of social work.

3. **the duty of the social worker to protect the interests of the client will easily come into conflict with demands for efficiency and utility**

This problem is becoming important with the introduction and use of information technology within the fields of social work.

2.3.2. The principles declared in section 2.2 should always be at the base of any consideration given or choice made by social workers in dealing with issues/problems within these areas.

2.4. Methods For The Solution of Issues/Problems

2.4.1. The various national associations of social workers are obliged to treat matters in such a way that ethical issues/problems may be considered and tried to be solved in collective forums within the organization. Such forums should enable the individual social worker to discuss, analyse and consider ethical issues/problems in collaboration with colleagues, other expert groups and/parties affected by the matter under discussion. In addition such forums should give the social worker opportunity to receive advice from colleagues and others. Ethical analysis and discussion should always seek to create possibilities and options.

2.4.2. The member associations are required to produce and/or adapt ethical standards for the different fields of work, especially for those fields where there are complicated ethical issues/problems as well as areas where the ethical principles of social work may come into conflict with the respective country's legal system or the policy of the authorities.

2.4.3. When ethical foundations are laid down as guidelines for actions within the practice of social work, it is the duty of the associations to aid the individual social worker in analysing and considering ethical issues/problems on the basis of:

1. The basic **principles** of the Declaration (section 2.2)
2. The ethical/moral and political **context** of the actions, i.e. an analysis of the values and forces constituting the framing conditions of the action.
3. The **motives** of the action, i.e. to advocate a higher level of consciousness of the aims and intentions the individual social worker might have regarding a course of action.
4. The **nature** of the action, i.e. help in providing an analysis of the moral content of the action, e.g. the use of compulsion as opposed to voluntary co-operation, guardianship vs participation, etc.
5. The **consequences** the action might have for different groups, i.e. an analysis of the consequences of different ways of action for all involved parties in both the short and long term.

2.4.4. The member associations are responsible for promoting debate, education and research regarding ethical questions.

3. International Ethical Standards for Social Workers

(This section is based on the "International Code of Ethics for the Professional Social Worker" adopted by the IFSW in 1976, but does not include ethical principles since these are now contained in the new separate **International Declaration of Ethical Principles of Social Work** in section 2.2 of the present document.)

3.1 Preamble

Social work originates variously from humanitarian, religious and democratic ideals and philosophies and has universal application to meet human needs arising from personal-societal interactions and to develop human potential. Professional social workers are dedicated to service for the welfare and self-fulfilment of human

beings; to the development and disciplined use of validated knowledge regarding human and societal behaviour; to the development of resources to meet individual, group, national and international needs and aspirations; and to the achievement of social justice. On the basis of the **International Declaration of Ethical Principles of Social Work**, the social worker is obliged to recognise these standards of ethical conduct.

3.2. General Standards of Ethical Conduct

- 3.2.1. Seek to understand each individual client and the client system, and the elements which affect behaviour and the service required.
- 3.2.2. Uphold and advance the values, knowledge and methodology of the profession, refraining from any behaviour which damages the functioning of the profession.
- 3.2.3. Recognise professional and personal limitations.
- 3.2.4. Encourage the utilisation of all relevant knowledge and skills.
- 3.2.5. Apply relevant methods in the development and validation of knowledge.
- 3.2.6. Contribute professional expertise to the development of policies and programs which improve the quality of life in society.
- 3.2.7. Identify and interpret social needs.
- 3.2.8. Identify and interpret the basis and nature of individual, group, community, national, and international social problems.
- 3.2.9. Identify and interpret the work of the social work profession.
- 3.2.10. Clarify whether public statements are made or actions performed on an individual basis or as representative of a professional association, agency or organisation, or other group.

3.3 Social Work Standards Relative to Clients

- 3.3.1. Accept primary responsibility to identified clients, but within limitations set by the ethical claims of others.
- 3.3.2. Maintain the client's right to a relationship of trust, to privacy and confidentiality, and to responsible use of information. The collection and sharing of information or data is related to the professional service function with the client informed as to its necessity and use. No information is released without prior knowledge and informed consent of the client, except where the client cannot be responsible or others may be seriously jeopardized. A client has access to social work records concerning them.
- 3.3.3. Recognise and respect the individual goals,

responsibilities, and differences of clients. Within the scope of the agency and the client's social milieu, the professional service shall assist clients to take responsibility for personal actions and help all clients with equal willingness. Where the professional service cannot be provided under such conditions the clients shall be so informed in such a way as to leave the clients free to act.

- 3.3.4. Help the client - individual, group, community, or society- to achieve self-fulfilment and maximum potential within the limits of the respective rights of others. The service shall be based upon helping the client to understand and use the professional relationship, in furtherance of the clients legitimate desires and interests.

3.4 Social Work Standards Relative to Agencies and Organizations

- 3.4.1. Work and/or cooperate with those agencies and organizations whose policies, procedures, and operations are directed toward adequate service delivery and encouragement of professional practice consistent with the ethical principles of the IFSW.
- 3.4.2. Responsibly execute the stated aims and functions of the agency or organizations, contributing to the development of sound policies, procedures, and practice in order to obtain the best possible standards or practice.
- 3.4.3. Sustain ultimate responsibility to the client, initiating desirable alterations of policies, procedures, and practice, through appropriate agency and organization channels. If necessary remedies are not achieved after channels have been exhausted, initiate appropriate appeals to higher authorities or the wider community of interest.
- 3.4.4. Ensure professional accountability to client and community for efficiency and effectiveness through periodic review of the process of service provision.
- 3.4.5. Use all possible ethical means to bring unethical practice to an end when policies, procedures and practices are in direct conflict with the ethical principles of social work.

3.5 Social Work Standards Relative to Colleagues

- 3.5.1. Acknowledge the education, training and performance of social work colleagues and professionals from other disciplines, extending all necessary cooperation that will enhance effective services.

- 3.5.2. Recognise differences of opinion and practice of social work colleagues and other professionals, expressing criticism through channels in a responsible manner.
- 3.5.3. Promote and share opportunities for knowledge, experience, and ideas with all social work colleagues, professionals from other disciplines and volunteers for the purpose of mutual improvement.
- 3.5.4. Bring any violations of professionals ethics and standards to the attention of the appropriate bodies inside and outside the profession, and ensure that relevant clients are properly involved.
- 3.5.5. Defend colleagues against unjust actions.

3.6 Standards Relative to the Profession

- 3.6.1. Maintain the values, ethical principles, knowledge and methodology of the profession and contribute to their clarification and improvement.
- 3.6.2. Uphold the professional standards of practice and work for their advancement.
- 3.6.3. Defend the profession against unjust criticism and work to increase confidence in the necessity for professional practice.
- 3.6.4. Present constructive criticism of the profession, its theories, methods and practices
- 3.6.5. Encourage new approaches and methodologies needed to meet new and existing needs.



<http://www.ifsw.org/Publications/4.4.pub.html> (Stand 20.05.2001)

Antwort eines Patenkindes nachdem eine Patenschaft übernommen wurde

Hola, buenos dias,
ich bin Euer Patenkind aus Bolivien.
Mein Name ist: I [REDACTED].
Ich bin 7 Jahre alt und lebe seit einiger Zeit hier
im Kinderdorf. Meine Schwestern Ma [REDACTED],
M [REDACTED] und Li [REDACTED] leben auch hier im
Kinderdorf.
Wir haben keinen Vater mehr; er ist verstorben.
Unsere Mutter hat versucht, mit Drogenhandel
Geld zu verdienen. Jetzt ist sie im Gefängnis.
Sie hat noch keinen Richterspruch, muß aber
mit mindestens 8 Jahren Gefängnis rechnen.
Bevor wir ins Kinderdorf kamen, waren wir ganz
allein zu Hause. Wir haben gemacht, was wir
wollten und haben natürlich die Schule ge-
schwänzt. Als wir dann hierher ins Kinderdorf
kamen, haben wir erst viel Theater gemacht
und wollten nicht in die Schule. Heute sind wir
hier glücklich und gehen gern in die Schule.
Ich bin sehr glücklich, daß ich Euer Patenkind
sein darf.
Wir hier im Kinderdorf denken oft an Euch und
schließen Euch in unsere Gebete ein.
Ich wünsche Euch ein frohes Weihnachtsfest
und ein tolles Jahr 2001. Ist bei Euch Winter mit
Schnee? Bei uns hier ist es jetzt ganz warm,
weil wir ja Sommer haben und Sommerferien.
Das ist schon ganz schön komisch, nicht ?

Liebe herzliche Grüße Euer I [REDACTED]